

NEUE ZEIT

NOVEMBER 1980

46

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHESSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum

Unterschrift des Leiters

MASSENPROTESTE GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT



PSF-77

7500-7101
BIBLIOTHEK-BEZ
14159-66 123 678 190

**SOWJETUNION
IM BILD**

Die sagenumwobene Kolchis, das Land des Goldenen Vlieses und der Argonauten, liegt im Westen Georgiens. Fruchtbare Täler wechseln hier mit schneedeckten Berggipfeln. Das Schmelzwasser des Kaukasus speist den reißenden Inguri.

In den letzten Jahren wurde in einer der Schluchten am Inguri eine fast 200 m hohe Bogenstaumauer aufgeführt. So entstand der Stausee Dshawar, aus dem nun Zehntausende Hektar fruchtbare Ländereien bewässert werden.

Im Fluttal und im Vorgebirge sind schöne, komfortable Siedlun-

genen Tunnel im Felskörper stürzen 450 t Wasser je Sekunde herab, zum unterirdischen Turbinensaal des WKW. Er wurde im

Felsen ausgehauen und befindet sich in etwa 15 km Entfernung von der Staumauer. Hier sind sowjetische Turbinen und Generatoren aufgestellt, die schon über 5 Md. kWh erzeugt haben. Der letzte, fünfte Turbinensatz des WKW Inguri wurde Ende Oktober montiert und in Betrieb genommen. Die Bauleute, Montagearbeiter und Energetiker haben das Kraftwerk zwei Monate vor dem Termin voll in Betrieb genommen und somit ihre Hauptverpflichtung zu Ehren des XXVI. Parteitages der KPdSU erfüllt.

Das größte Kraftwerk Transkaukasiens hat die alte Kolchis umgewandelt.

Die Bauleute ziehen inzwischen zu einem neuen Vorhaben: Am Oberlauf des Inguri beginnt die Errichtung der zweiten Stufe der Kaskade, des WKW Chudon.

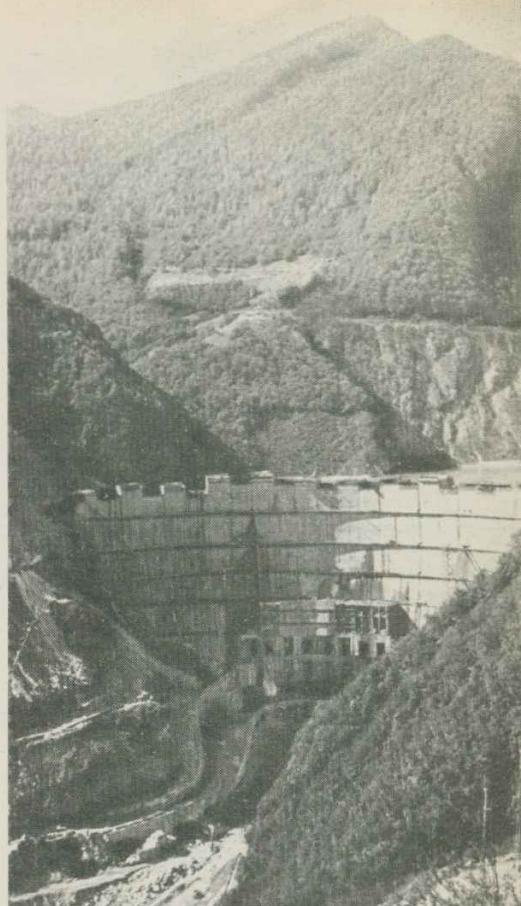


U. Godshiaschwili,
Leiter des Baubereichs
Antriebsgruppe des WKW

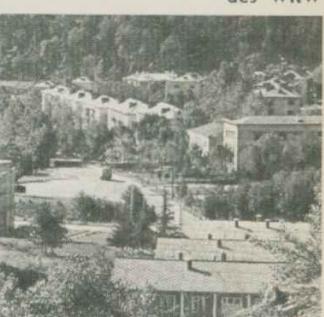
gen entstanden. Hier leben Vertreter aller Unionsrepubliken der UdSSR, die am Bau des Wasserkraftwerkes am Inguri teilnehmen. Die meistvertretenen Berufe sind Tunnelleger und Fahrer diverser Tiefbaumaschinen. Sie mußten viele Sprengarbeiten vornehmen und Millionen Kubikmeter Gestein versetzen. Durch



Touristen
von der ganzen
kaukasischen
Schwarzmeerküste
kommen
zum malerischen
Stausee Dshawar



Die Bogenstaumauer
am Inguri
wird noch aufgestockt



Auf einer
Teepflanze
der Kolchis,
der Inguri-Wasser
zugeführt wird



Fotos:
W. Belikow

ENTSPANNUNG UND REALISMUS

Im Westen sagt man heute, dort werde eine realistische Entspannungspolitik durchgeführt, wobei die Betonung auf „realistisch“ liegt. Ge meint ist eine Politik ohne Illusionen, ohne Euphorie, eine Politik des Möglichen. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Voraussetzung ist hierbei eine ausgewogene Beurteilung sowohl der eigenen als auch der fremden Möglichkeiten. Ohne eine solche Balance der gegenseitigen Interessen kann es keine wirkliche Gleichheit, kein wahres Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen geben.

Aber was hat das Handeln der Kreise, die einen politischen Dialog, eine politische Regelung durch Konfrontation und durch Versuche ersetzen, Weltprobleme von der Position der Stärke aus zu lösen und erneut den Sozialismus „zurückzudrängen“, ihm gegenüber nukleare Erpressung zu üben hoffen, mit Realismus zu tun?

Beim Madrider KSZE-Nachfolgetreffen glauben einige, sich am Verhandlungstisch nach Herzenslust breitmachen und den Partnern sogar auf die Füße treten zu können. Glauben sie denn wirklich, daß sich die UdSSR und ihre Bündnispartner an die Wand spielen lassen? Einige Feinde des Sozialismus finden, nun sei ihre Stunde gekommen, nun hätten sie günstige Möglichkeiten, seine Positionen zu untergraben. Sie reden erneut davon (wie z. B. „Daily Telegraph“, London), die Politik des Westens gegenüber den sozialistischen Staaten müsse darin bestehen, „zur Aufweichung der dort bestehenden Regimes“ zu animieren. In dessen ist die sozialistische Gemeinschaft keineswegs weiches Wachs, an dem gewisse selbstsichere Herrschaften herumkneten könnten. Sie täten besser, ihren Perfektionierungsdrang auf das eigene Heim anzuwenden: Dort gibt es sehr wohl einiges zu tun.

Die Entwertung des Realismus in den politischen Kreisen des Westens, insbesondere der USA, könnte ernste Fehlrechnungen und gefährliche Folgen nach sich ziehen, vor allem für diejenigen, die im Wunscheden behaftet sind. Sie wollten, außer sich über die uner-

wünschte Wende in Afghanistan, die UdSSR politisch blockieren und isolieren. Das schlug fehl. Sie wollten die UdSSR durch Wirtschaftssanktionen „bestrafen“. Auch das mißlang. Nunmehr setzen sie ihre Hoffnungen darauf, die verlorene strategische Überlegenheit zurückzuholen. Meinen sie, die UdSSR würde die militaristischen Aktivitäten der „Falken“ als harmloses Kinderspiel auffassen?

Hierzu hieß es eindeutig in der Festansprache des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Tichonow zum 63. Jahrestag der Oktoberrevolution: „Natürlich müssen wir angesichts der sich in der Außenpolitik der USA verstärkenden, für den Frieden gefährlichen Tendenzen und der Versuche, internationale Probleme von der Position der Stärke aus zu lösen, die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die UdSSR wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um ihre Sicherheit und die ihrer Verbündeten zu garantieren, Frieden und Fortschritt zu verteidigen. Daran sollte niemand zweifeln!“

Ein Politiker kann konservativ oder weniger konservativ, hart oder weniger hart sein. Aber wie er auch sein mag, muß er — wenn ihm und seinen Hintermännern die Endergebnisse der Politik nicht gleichgültig sind — für Realitäten Sinn haben. Er kann nicht von ihnen absehen und in einem Luftschloß leben, darf seine Politik nicht auf Illusionen aufbauen, nicht darauf hoffen oder damit rechnen, daß die UdSSR es jemandem erlaubt, die militärische Überlegenheit zu erlangen, ihr neue Bedingungen der einen oder anderen Vereinbarung zu diktieren oder sie totzurüsten. All diese Gebilde der Phantasie gehören nicht in die zwischenstaatlichen Beziehungen.

Erfreulich ist, daß in den USA selbst Kreise bestehen (hoffentlich recht einflußreiche Kreise), die sich über die Notwendigkeit klar sind, Tatsachen ins Auge zu sehen. Hier ein Zitat aus einem redaktionellen Artikel in der „New York Times“: „Die USA-Politik wird weniger von der Person des Präsidenten oder des Außenministers bestimmt als von den offensichtlichen internationalen Hemmungsmomenten: Das sind die Militärmacht Moskaus, die industrielle Macht Westeuropas und Japans, die Abhängigkeit der USA vom nahöstlichen Erdöl und die wirtschaftliche Labilität daheim. Weder Wahlen noch beliebige militärische Stoßunternehmen können diese Verhältnisse wegräumen oder ändern.“

Kurz, die Realitäten des Nuklearzeitalters unserer veränderungsreichen Welt mit ihren zunehmenden wechselseitigen Abhängigkeiten und ihren globalen, auf eine gemeinsame Lösung drängenden Problemen sind die beste Grundlage für eine vernünftige realistische Politik. Heutzutage kann sie nichts anderes sein als Entspannungspolitik.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 46 NOVEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionsskollegium: L. BESYMEMSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PIITSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Entspannung und Realismus	1
N. Schischlin — Frieden — Anliegen aller	5
J. Gudkow — USA. „Wandlungen nötig“ — welche?	7
Biographisches: Ronald Reagan	8
L. Makarewitsch — Nützlicher Dialog	9
D. Wolski — Persischer Golf, Albtraum und Wirklichkeit	10
G. Marchais — Im Geiste des Internationalismus	12
I. Ussatschow — Wissenschaftler warnen	12
K. Karagesian — BRD. Viermal vier im Abseits	14
Notizen ◆ Glossen	16
J. Shilin, A. Jermonski — Nochmals zum globalen Kräfteverhältnis	18
W. Olgin — UdSSR—Albanien. Zum 35. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen	20
G. Kulikowa — Treffen in Hanoi	20
S. Goljakow — Bulgarien. Neue Horizonte	22
A. Truschin — Panama. Land und Kanal	24
V. Tschernjawska — Diverisionen auf weite Sicht (Das politische Buch)	26
W. Tschirkow — Chile. Henker, Henkersgehilfen	27
L. Welikowitsch — Metamorphosen der Gesellschaft Jesu	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



In den kapitalistischen Ländern schwoll die Streikbewegung an. Durch Massendemonstrationen wollen die Werktagen die Behörden auf die Notlage von Millionen Menschen aufmerksam machen, die eines der Grundrechte — des Rechts auf Arbeit — beraubt sind.

Titelgestaltung: V. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Die UdSSR und die fortschrittliche Öffentlichkeit der Welt begingen den 63. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Auf der Festrede vom 6. November in Moskau hielt Nikolai Tichonow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, das Referat „Nach Lenins Gebot, auf dem Wege des Oktober“. Am 7. November fanden in der Hauptstadt der UdSSR die Parade der Moskauer Garnison und die Demonstration von Vertretern der Werktagen statt. Das Jubiläum wurde in den Hauptstädten der Unionsrepubliken, in allen Städten und Dörfern der UdSSR gefeiert. Die Staats- und Regierungschefs vieler Länder haben den sowjetischen Führern Glückwunschtelegramme gesandt.

■ Am 10. November kam der offizielle Freundschaftsbesuch Mengistu Haile Mariams, Vorsitzender des Provisorischen Militärverwaltungsrates des Sozialistischen Äthiopien und Vorsitzender der Kommission zur Organisierung der Partei der Werktagen Äthiopiens, in der UdSSR zum Abschluß. Leonid Breschnew und Mengistu Haile Mariam unterzeichneten im Kreml eine sowjetisch-äthiopische Erklärung.

■ Am 11. November jährt sich die Ausrufung der unabhängigen VR Angola zum 5. Male. Leonid Breschnew gratulierte dem Präsidenten Angolas Jose Eduardo dos Santos, Vorsitzender der MPLA-Partei der Arbeit. In dem Grußschreiben werden der Führung dieser Partei weitere Erfolge beim Zusammenschluß der werktagigen Massen gewünscht, damit sie radikale sozial-ökonomische Umgestaltungen verwirklichen sowie die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes festigen und entwickeln kann. Darin heißt es u. a.: „Getreu den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus, war und bleibt die UdSSR ein zuverlässiger Freund Volksangolas und ist bereit, ihm Hilfe und Unterstützung zu erweisen.“

■ Wie verlautet, wird Leonid Breschnew in der ersten Dezemberhälfte auf Einladung des Präsidenten, des Ministerpräsidenten und der Regierung der Republik Indien diesem Land einen offiziellen Freundschaftsbesuch abstatten.

■ Vom 29. Oktober bis zum 4. November weilte in der UdSSR eine vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Bulgarischen KP Alexander Lilow geleitete Delegation der BKP. Sie nahm Einblick in die parteiorganisatorische und ideologische Arbeit der KPdSU, wurde von Konstantin Tschernenko, Iwan Kapitonow und Michail Simjanin



Moskau, Roter Platz, 7. November. Demonstration der Werktätigen zum 63. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Foto: W. Koschewoi (TASS)

empfangen und hatte Gespräche mit Viktor Grischin, Grigori Romanow sowie im ZK der KP Armeniens.

■ Auf Einladung des ZK der KPdSU weilte Ferenc Havasi, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, am 3. und 4. November zu einem Arbeitsbesuch in Moskau, wo er von Andrej Kirilenko empfangen wurde.

■ Am 9. November traf Emilio Colombo, Außenminister Italiens, zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Bei Gesprächen zwischen Gromyko und Colombo kamen Fragen der sowjetisch-italienischen Beziehungen und aktuelle internationale Probleme, vor allem in bezug auf Europa, zur Sprache. (Siehe S. 9.)

■ Am 7. November trat in Bogotá der XIII. Parteitag der KP Kolumbiens zusammen. Das ZK der KPdSU richtete ein Grußschreiben an den Parteitag, in dem es u. a. heißt: „Die sowjetischen Kommunisten würdigen den Internationalismus der Kommunisten Kolumbiens und ihren großen Beitrag zur Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, zum Kampf gegen die aggressive Politik der Imperialisten und ihrer Handlanger, darunter der Pekinger Hegemonisten, und zum Schutz des Friedens und der Völkersicherheit.“

■ Zum 70. Geburtstag Gus Halls, Generalsekretär der KP der USA, richtete das ZK der KPdSU ein Gratulationsschreiben an ihn, das Präsidium des Ober-

sten Sowjets der UdSSR verlieh ihm den Orden der Völkerfreundschaft.

■ Am 4. November fanden in den USA die Präsidentschaftswahlen sowie die Wahlen zum Senat und zum Repräsentantenhaus statt. Der republikanische Kandidat Ronald Reagan wurde zum Staatsoberhaupt gewählt. In einem Telegramm gratulierte Leonid Breschnew ihm und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß seine Tätigkeit auf diesem Posten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern im Interesse des sowjetischen und des amerikanischen Volkes, im Interesse des Friedens beitragen wird. (Siehe S. 7.)

■ Am 5. November wählte der Bundestag der BRD Helmut Schmidt erneut zum Bundeskanzler. Leonid Breschnew und Nikolai Tichonow drückten in ihrer Glückwunschnadresse die Hoffnung aus, daß sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD auch künftig konstruktiv aufgrund des Vertrages vom 12. August 1970 und anderer Abkommen zwischen unseren beiden Ländern entwickeln werden.

■ Am 4. November traf Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident der DR Afghanistan, der sich in der UdSSR zu einer kurzen Erholung und Kur aufhielt, die Heimreise an.

■ Vom 3. bis zum 10. November hielt sich in der UdSSR auf Einladung des ZK der

KPD SU eine Delegation der Deutschen Kommunistischen Partei unter Mitglied des Vorstandspräsidiums der DKP Kurt Bachmann auf.

■ Am 5. November beendete eine turnusmäßige Tagung der Sowjetisch-Norwegischen Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ihre Arbeit. Ein langfristiges Programm der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Norwegen wurde unterzeichnet, ein Handelsabkommen für die Jahre 1981—1985 verlängert.

■ Ende Oktober fand in Hanoi ein internationales Treffen von Vertretern der Freundschaftsgesellschaften der sozialistischen Länder mit der UdSSR statt. (Siehe S. 20.)

■ Am 6. November begann in Paris eine Internationale Solidaritätskonferenz für das Volk Zyperns. Vertreten sind die Öffentlichkeit von 30 Ländern, ferner der Weltfriedensrat, der WGB, die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen und andere internationale Organisationen. Sie besprechen Fragen der Verwirklichung der UNO-Resolutionen über Zypern und der Lösung des Zypernproblems im Interesse des Volkes dieses Landes und des Friedens.

■ Vom 6. bis zum 10. November befand sich Veselin Djuranović, Vorsitzender des Bundesexekutivrates Jugoslawiens, zu einem offiziellen Besuch in China. Er verhandelte mit Hoa Guofeng, Zhao Ziyang und Deng Xiaoping.

■ In der vergangenen Woche gingen die Kampfhandlungen zwischen Irak und Iran unter Einsatz von Panzern, Artillerie und Luftwaffe weiter. (Siehe S. 10.)

Die TASS veröffentlichte eine Mitteilung, in der es u. a. heißt: „In letzter Zeit behaupten einige iranische Presseorgane, daß an den Operationen der irakischen Truppen angeblich sowjetische Fachkräfte teilnehmen. Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage, sind von A bis Z erlogen und werden unverkennbar den iranischen Massenmedien von Diensten zugeschoben, die sich auf verleumderische Erfindungen gegen die UdSSR und auf die Desinformation der iranischen Öffentlichkeit spezialisieren.“



In San Francisco demonstrierte die USA-Öffentlichkeit gegen die Verfolgung pueroricanischer Patrioten. Die Regierung wurde aufgefordert, 11 Puerorianer, die aus politischen Motiven ins Gefängnis gesteckt wurden, sofort freizulassen. Die Polizei sprengte die Demonstration und nahm Verhaftungen vor.

Foto: AP/TASS

Die Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten teilte mit: Im Oktober verübte die chinesische Seite 60 Anschläge auf die Souveränität und territoriale Integrität des sozialistischen Vietnam. Viele Gebiete seiner Nordprovinzen wurden unter massiven Artillerie- und Raketenbeschluß genommen sowie mehrmaligen Invasionen großer Gruppen bewaffneter chinesischer Soldaten ausgesetzt.

In der vergangenen Woche trugen die Truppen der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ (FMLN) in El Salvador ihre Offensive im Departamento Morazán vor. Unter den Schlägen der Aufständischen mußte das 5000 Mann starke Korps der Junta das Departamento räumen. Wie es in einer Erklärung der Front heißt, wurden dort in den drei letzten Wochen fast 300 Soldaten getötet bzw. verletzt, 20 Militärfahrzeuge vernichtet und ein Hub- schrauber der salvadorianischen Luft-

waffe abgeschossen. Die Aufständischen nahmen einen USA-Militär„berater“, der die Uniform eines Offiziers der Armee von Honduras trug, gefangen. Zusammen mit 200 USA-Militärangehörigen, die sich in El Salvador befinden, beteiligte er sich an Strafoperationen. Auch in der Hauptstadt wurde gekämpft. Der Weltfriedensrat verurteilte in seiner ad-hoc-Erklärung die in El Salvador nicht abreißenden Repressalien und die Verstöße der herrschenden Junta gegen die elementaren Menschenrechte; er forderte die Regierungen und die Völker der Welt auf, die Solidarität mit den Patrioten El Salvadors zu stärken.

Am 7. November verübte das israelische Militär eine weitere großangelegte aggressive Aktion in Südlibanon. Fast zwei Stunden lang warfen ca. 20 israelische Flugzeuge vom Typ „Phantom“, „Skyhawk“ und „Kfir“ auf Nabatiye, Tyr, die nahegelegenen Ortschaften und palästinensischen Flüchtlingslager Rakefen, Napalm- und Phosphorbomben ab. Den Luftangriffen ging der Beschluß vieler Gebiete Südlibanons durch die weitragende Artillerie Israels voraus. 33 Zivilisten wurden getötet bzw. verletzt, zahlreiche Häuser und öffentliche Bauten zerstört.

Der Marsch von Vertretern der amerikanischen Indianer auf Washington kam zum Abschluß. Die Teilnehmer dieses Marsches „für das Überleben“ befanden sich eine Woche lang in der Hauptstadt, um die Behörden auf die Notlage der USA-Indianer aufmerksam zu machen.

Am 3. November wurde in der Hauptstadt von Bangladesch gemäß einem Aufruf der Volksliga (die größte Oppositionspartei) ein Generalstreik ausgerufen: Geschäfte und Ämter hatten geschlossen, der städtische Verkehr lag still. Wie die dortige Presse feststellt, ist die allgemeine Unzufriedenheit, die im Streik gipfelte, auf die sich verschlechternden Lebensbedingungen der Volksmassen als Folge von Inflation und Teuerung zurückzuführen. Die Streikenden forderten u. a. den Rücktritt der Regierung und vorfristige Parlamentswahlen.

Die Polnische Presseagentur teilt mit: Gemäß dem Ausbildungsplan und der langjährigen Tradition wurden auf einem Übungsgelände Manöver der Polnischen Volksarmee und der Nordgruppe der sowjetischen Truppen abgehalten. Das half, die Kampfbereitschaft beider Armeen und das Zusammenwirken des Oberkommandos und der Stäbe auf verschiedener Ebene zu vervollkommen sowie die Freundschaft und die polnisch-sowjetische Waffenbrüderlichkeit zu festigen.

Die Rede Leonid Breschnew auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Oktober d. J. zeugt von der großen Sorge für das Sowjetvolk. Man macht sich Gedanken, warum die Führer der bürgerlichen Länder so viele Haushaltssmittel dem Wettrüsten zufüllen, die Sozialausgaben aber kürzen. Die UdSSR dagegen wird auch im nächsten Jahr die Militärausgaben abbauen und noch mehr Mittel zur Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen verwenden. Ebendeshalb genießt die Politik der KPdSU eine so große Unterstützung aller Sowjetbürger. Ich bin ein alter Arbeiter, heute Rentner, und stimme den Beschlüssen des ZK-Plenums vom Oktober restlos zu.

W. JAROSLAWSKI
Kriwoi Rog, Ukr. SSR

Warum berichtete die westliche Presse vor der Revolution in Afghanistan nichts über die Lage in diesem Lande, über seine Probleme, seine Armut und Rückständigkeit, über die Unwissenheit seines Volkes? Warum wurde Afghanistan erst jetzt „entdeckt“, nachdem man dort mit dem Aufbau der neuen Gesellschaft begonnen hat? Warum finden sich ausgerechnet jetzt so zahlreiche „Verteidiger“ Afghanistans? Wohlgemerkt: Sie verteidigen Fanatiker und Rückschrittler, die mit den Geheimdiensten fremder Staaten verbunden sind.

Aleramo RASTELLI
Neapel, Italien

Über 35 Jahre sind nach dem zweiten Weltkrieg vergangen, aber meiner Meinung nach muß man die wahnwitzige Nazi-Ideologie auch jetzt entlarven. Es war ja der Nazismus, der die Menschheit in den zweiten Weltkrieg stürzte, was sie 50 000 000 Menschenleben kostete. Auf diese Ideologie gestützt, vernichteten die Faschisten in Konzentrationslagern kaltblütig Millionen Kinder, Frauen und andere wehrlose Menschen. Man kann die Kriegsopfer unmöglich vergessen. Die Werktätigen Europas müssen all das wissen, dann wird es den Nazikriegsverbrechern schwerer fallen, der Vergeltung zu entgehen.

Roque MORILLA
Hamburg, BRD

FRIEDEN—ANLIEGEN ALLER

Nikolai SCHISCHLIN

Dieser Herbst steht im Zeichen hoher diplomatischer Aktivität. Bilaterale Kontakte zwischen den Ländern haben sich nach den Sommerferien wiederbelebt. Zur festgelegten Zeit begann die UNO-Vollversammlung. Madrid nahm bei sich Vertreter der KSZE-Staaten auf.

Bemerkenswert ist zweifellos der Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf. Sie werden um so mehr beachtet, als sie einer langwierigen Pause im politischen Dialog Moskau—Washington folgten.

Und doch sind die internationalen Beziehungen nach wie vor stark überschattet: Der Entspannungsprozeß kann noch immer nicht wieder zu Atem kommen, und die Welt ist alles andere als heil.

USA-Politiker, darunter hochgestellte, tun so, als hätte ihr Land die Macht, zu lösen und zu binden. Ohne Vorbehalte reden sie von der amerikanischen Vormachtstellung in der Welt von heute. Wie ein Schulmeister verteilt Washington Zensuren für das Betragen souveräner, unabhängiger Staaten und versucht, sie zu belehren, ja zu „bestrafen“.

Alle wissen noch, wie die USA-Administration auf die Ereignisse in Afghanistan, genauer gesagt, auf die internationalistische Hilfe der UdSSR für dieses Land, reagierte. Bis heute rechnet man in den USA eifrig, wieviel die UdSSR infolge der amerikanischen Diskriminierungsmaßnahmen verloren habe. Solche Rechenübungen sind ein Pflaster auf das vom gescheiterten Boykott der Moskauer Olympiade angekratzte Selbstbewußtsein und sollen außerdem die Bündnispartner dazu bewegen, strikter der USA-Politik zu folgen und sich den in Übersee getroffenen Beschlüssen anzupassen.

Ahnlich wie die USA geht China vor, wenn auch die chinesischen Äußerungen natürlich nicht ihres Kolorits entbehren. So erklärte

Deng Xiaoping vor kurzem: „Die Welt von heute ist noch unruhiger geworden und strotzt von Krisen. Das steht außer jedem Zweifel. Wir müssen alle Kräfte einsetzen, damit sich alle im Kampf gegen den Hegemonismus, für den Aufschub des Weltkrieges, zum Schutz des Weltfriedens zusammenschließen.“ Die Worte vom „Schutz des Weltfriedens“ sind die Verpackung, doch kommt es auf den Inhalt an: auf den Aufruf, alles gegen die UdSSR zu vereinigen. Ebenso wie die USA glaubt China sich berechtigt, andere zu „bestrafen“ und ihnen „Lehren“ zu erteilen, obwohl die Erfahrungen aus der Aggression gegen Vietnam die Pekinger Lehrer hätten ernüchtern sollen.

Unklug und unmoralisch ist der Kurs auf die Isolierung der UdSSR, Vietnams, Kubas oder eines anderen sozialistischen Landes. Überdies ist er absolut haltlos.

Bekanntlich zeigten viele west-europäische Politiker ein größeres Maß an Verantwortung für die Geschichte des Friedens als das amtliche Washington, das sich in Drohungen und Ultimaten gefällt. Auch die chinesischen Anstrengungen, eine „außerordentlich breite internationale antisowjetische Front“ zusammenzimmern, finden in Westeuropa offensichtlich keine übergroße Sympathie. Was die morschen Barrieren wert sind, die der Imperialismus errichtet, beweisen der erstarkende Einfluß und die wachsende Autorität des sozialistischen Kuba in Lateinamerika und der ganzen Welt, das internationale Ansehen Vietnams, ganz zu schweigen vom Einfluß der UdSSR auf das Weltgeschehen. Für die Politik der Isolierung der sozialistischen Staaten bietet die heutige Welt einfach keinen Raum.

Die Welt von heute ist nicht mehr auseinanderzureißen. Darin darf es

keine unüberlegten, rücksichtslosen Handlungen geben, die von egoistischen oder hegemonistischen Motiven eingegeben sind. Unsere Welt erfordert gemeinsame Aktionen aller Staaten, gegenseitig annehmbare Kompromisse, eine aufmerksame, behutsame Haltung zum Recht jedes Volkes auf freie und unabhängige Entwicklung.

Die Welt von heute ist im ständigen Wechsel. Die revolutionären Veränderungen müssen deshalb als objektive Realität, als organische Gesetzmäßigkeit der weltweiten sozialen Entwicklung verstanden werden. Im Grunde sind diese Veränderungen, die auf nationalem Boden der einen oder anderen Länder vor sich gehen, unumkehrbar.

In einer seiner Reden aus der letzten Zeit verwies Leonid Breschnew mit Recht auf die schlimme Angewohnheit der USA, bei jedem Anlaß Flottenverbände umzugruppieren und militärische Aktivitäten dort zu verstärken, wo Zurückhaltung am meisten not tut. Die Uhr der Geschichte zurückstellen zu wollen ist eine grundsätzlich fruchtbare Beschäftigung. Viel nützlicher wäre, im Einklang mit der heutigen Zeit leben und handeln zu lernen, Rücksicht nehmend auf die revolutionären Wandlungen und Wertlegend auf die Möglichkeiten der friedlichen sachlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die offensichtlich allen nur nutzen kann.

Die sowjetische Politik wurde und wird von Vernunft und gutem Willen diktiert. Leonid Breschnew betonte: „Wir lassen uns nicht von der fruchtbaren Gereiztheit anstecken und sind stets zu ernsten Bemühungen um Entspannung und Frieden bereit.“

Die UdSSR denkt nicht etwa, daß sie das Monopolrecht auf den Friedenskampf besitzt. Sie behauptet

konsequent und beharrlich die internationale Sicherheit; deshalb strebt sie nach einem Dialog und danach, daß Streitfragen politisch beigelegt werden, deshalb würdigt sie jede Initiative, die auf internationalem Beziehungen stabilisierend wirkt.

Was sind die Vorrangziele der sowjetischen Außenpolitik? Der Frieden? Unbedingt. Die eigene Sicherheit? Ebenfalls. Aber darüber hinaus setzt sich die UdSSR dafür ein, daß die Souveränität und Unabhängigkeit aller Länder genauestens respektiert, daß die friedliche Zusammenarbeit aller Staaten umfassend und reibungslos entwickelt wird.

Die besten Argumente sind Fakten, konkrete Handlungen und Positionen.

Nehmen wir das Treffen in Madrid. Mit welchem Gepäck sind die Delegationen der 35 Staaten in der spanischen Hauptstadt eingetroffen? Was die sozialistischen Länder betrifft, so ist ihre Bereitschaft zu konstruktiver Zusammenarbeit klar in den Beschlüssen der Warschauer Tagung des Außenministerkomitees der Warschauer Vertragsländer ausgedrückt. Die sozialistischen Länder möchten, daß eine Bilanz aus der Realisierung der Schlusssätze von Helsinki gezogen wird. Sie haben nicht die Absicht, der Diskussion über die Probleme, die seinerzeit in Helsinki erörtert und zu denen entsprechende Empfehlungen angenommen wurden, aus dem Wege zu gehen. Nichtsdestoweniger meinen die sozialistischen Länder, daß das Hauptaugenmerk in Madrid nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft gelten soll; der Ausarbeitung von Vereinbarungen, die zur vollen Realisierung aller Festlegungen und Prinzipien der vor fünf Jahren aufgesetzten Charta der friedlichen Koexistenz führen würden.

Die Möglichkeiten, die politischen Kontakte zu intensivieren, die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auszubauen, sind groß. Wenn sie nicht ausgeschöpft werden, so hängt das in hohem Maße mit dem Mißtrauen und Argwohn zusammen, die unweigerlich in der Atmosphäre des ununterbrochenen Wettrüstens aufkommen. Deshalb messen die sozialistischen Länder, die konkrete Vorschläge zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten unterbreiten, der Erreichung der Übereinkunft, eine europäische Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung einzuberufen, besondere Bedeutung bei. Die Konferenz wäre ein gutes Forum

zur Erörterung von Gedanken und Erwägungen, die viele Länder zum Abrüstungsproblem äußern, sowie dafür, praktische Schritte zu beschließen, um vertrauensbildende Maßnahmen in Europa zu erweitern und das Niveau der militärischen Konfrontation dort zu senken.

Wir begrüßen das Madrider Treffen. Schon seine Einberufung zeugt von der Haltlosigkeit der Versuche, die UdSSR und die sozialistische Gemeinschaft international zu isolieren. Wenn guter Wille und Vernunft die Position aller Teilnehmer des Treffens bestimmen werden, so könnten seine Ergebnisse der Entspannung neuen Auftrieb geben.

Selbstverständlich steht man in der UdSSR negativ zu den Schritten der USA-Administration, die darauf hinauslaufen, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen künstlich einzuziehen. Ubrigens schlagen zahlreiche Beschlüsse des Weißen Hauses — vom Embargo über die Getreidelieferungen bis zur Drosselung der wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte — auch auf die USA-Interessen zurück.

Die weltherrschaftlichen Ambitionen der USA werden in der UdSSR entsprechend bewertet werden. Sie brauchen nicht mit der Nachgiebigkeit der UdSSR zu rechnen, wenn es um deren staatliche Interessen und den Weltfrieden geht. Deshalb ist die UdSSR nicht gegen einen Dialog mit den USA, vielmehr setzt sie sich dafür ein, daß Geist und Buchstabe aller sowjetisch-amerikanischen Abkommen genau eingehalten werden. Deshalb empfinden die Sowjetbürger Genugtuung über die Aufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung des nuklearen Wettrüstens in Europa. Klar ist jedoch, daß ihr Erfolg in vieler Hinsicht von der USA-Position abhängen wird, zumal die Verhandlungsergebnisse in letzter Instanz mit der (von den USA verhinderten) Ratifizierung von SALT II zusammenhängen.

Die UdSSR ist weit davon entfernt, auf die Isolierung Chinas hinzuwirken. Im Westen glaubt man aus irgendeinem Grunde, die UdSSR rege sich über die Kontakte zwischen dem Westen und China auf. Hier muß man präzisieren. Absurd wäre, das bevölkerungsreichste Land der Erde von der übrigen Welt abschneiden zu wollen. Die Austausch von Besuchen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit Chinas mit verschiedenen Staaten sind natürlich und normal.

Die UdSSR ist für die Normalisierung der Beziehungen zu China, und ihre diesbezüglichen Vorschläge bleiben in Kraft. Wenn die sowjetisch-chinesischen Verhandlungen über

eine solche Normalisierung und die Grenzfragen heute eingefroren sind, ist das restlos durch die Position Pekings bedingt.

Die außenpolitischen Orientierungspunkte der jetzigen chinesischen Führung haben wenig gemein mit der internationalen Sicherheit und der friedlichen internationalen Zusammenarbeit. China strebt, zumindest heute, nicht nach einer harmonischen Welt, in welcher der Dialog dominiert, sondern nach einer Welt akuter Konflikte und Streitigkeiten. Nach Ansicht der Pekinger Politiker werde China dann seine Pläne leichter in die Tat umsetzen. Profitiert die Sache des Friedens, wenn die chinesische Politik gefördert wird, die so eindeutig darauf abgestellt ist, die Entspannung zu blockieren, das Wettrüsten aber anzuheizen? Keineswegs.

Eine unvoreingenommene Analyse der außenpolitischen Bestrebungen des Chinas von heute bringt zu dem Schluß, daß es die internationalen Beziehungen destabilisieren will. Solche Bestrebungen wären einzudämmen, wenn der chinesische Kurs gegen die Entspannung weder heimlich noch offen unterstützt wird, wenn, entgegen den chinesischen Empfehlungen, der konstruktive politische Dialog zwischen den Staaten unterschiedlichen sozialen Systems sachlichen Charakter gewinnt. Wird das erreicht, so gewinnt der Frieden, gewinnen Ost und West und in letzter Instanz gewinnt auch China.

In der UdSSR würde man es begrüßen, wenn Peking seine These von der Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkrieges aufgäbe und China sich umfassend in alle Bemühungen einschaltete, die eine radikale Verbesserung des politischen Weltklimas zum Ziel haben.

Es gibt gewiß internationale Probleme, die diskutiert werden müssen. Doch bestehen auch unstreitige Angelegenheiten. Hierzu gehört die Respektierung des Rechts eines jeden Volkes auf freie, unabhängige Entwicklung. Wird dieses Recht in Zweifel gezogen oder verletzt, dann entstehen gefährliche internationale Kollisionen.

Nicht anders war es ja, als die Kräfte der äußeren und inneren Konterrevolution sich vornahmen, die Errungenschaften der afghanischen Revolution aus der Welt zu schaffen. Diese Revolution gefährte kein einziges der Nachbarländer. Auch heute befürwortet Kabul konsequent gute Beziehungen, ob zu Pakistan oder Iran. Auch die UdSSR hat keinerlei Absichten, die sich gegen andere Länder und deren Interessen richten. Ihre Hilfe für Afghanistan hat nur das eine Ziel:

zu erreichen, daß die militärische Intervention gegen die afghanische Revolution, daß jede Einmischung in die afghanischen Angelegenheiten eingestellt wird.

Ein grober Verstoß gegen die souveränen Rechte des kampucheanschen Volkes war die Tatsache, daß China dort das Marionettenregime Pol Pots errichtete. Die ungeheuerlichen Missetaten der Kreaturen Chinas sind traurig bekannt. Die Entstehung des wirklich unabhängigen, freien Kampuchea war ein Akt der nationalen Rettung. Zudem eröffnete die Beseitigung der Pol-Pot-Clique eine gute Perspektive dafür, die Situation in ganz Südostasien zu verbessern, dort eine Zone des Friedens und der Stabilität zu schaffen. Wenn diese Möglichkeit bisher nicht genutzt ist, so liegt das wiederum an der andauernden Einmischung der äußeren Kräfte, lies: des chinesischen Hegemonismus, in die internen Angelegenheiten des neuen Kampuchea.

Die UdSSR nimmt stets Rücksicht auf die legitimen Interessen jedes Landes, war stets gegen die Politik grober Druckausübung und Erpressung und wird ihr auch künftig entgegentreten.

In diesem Zusammenhang sei die Lage am Persischen Golf erwähnt. Sie ist höchst explosiv. Die zunehmende militärische Präsenz der USA in diesem Raum ist natürlich nicht dazu angetan, die Situation dort zu stabilisieren.

Sowjetischerseits wurde maßgeblich erläutert: Wenn in der Tat Befürchtungen über die Sicherheit der wichtigsten Seestraßen, darunter der Hormus-Straße, bestehen, gibt es einen realen Weg, diese Sicherheit zu gewährleisten. Er wurde im Mai auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten gewiesen. Die sozialistischen Länder setzen sich für freie Seeschiffahrt ein. Ebendeshalb schlagen sie vor, die militärischen Aktivitäten dort, wo die wichtigsten Seestraßen verlaufen, zu senken und einzuschränken.

Die außenpolitischen Ziele der UdSSR sind klar und human. Sie will den Frieden heute, morgen, für alle Zeit. Um dieses Ziels willen ist sie bereit, mit allen Ländern, die die gleiche Auffassung vertreten, zusammenzuarbeiten. Eine solche Zusammenarbeit entspricht den Lebensinteressen der Menschheit, ihr gehört die Zukunft. Dagegen kann eine Politik keine Zukunft haben, wenn sie auf Versuchen basiert, ein Land zu isolieren oder die internationalen Beziehungen nach eigenem Gutdünken umzumodeln.

USA

„WANDLUNGEN NÖTIG“ – WELCHE?

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

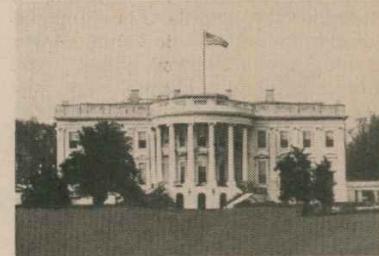
Die „Wahlnacht“ ist wohl die längste Show im USA-Fernsehen. Das Leitmotiv sind die Stimmen der Wahlmänner. „Ausgespielt“ werden insgesamt 538 Stimmen. Die Tür zum Weißen Haus öffnet sich bei der „magischen Zahl“ 270 (absolute Mehrheit). Die ersten Angaben laufen früh ein, nach 18 Uhr New Yorker Zeit. Aber die Auszählung dauert gewöhnlich bis spät in die Nacht hinein, weil zwischen der Ost- und der Westküste ein Zeitunterschied von 3 Stunden besteht und weil die Wahlen in den einzelnen Bundesstaaten verschieden lange dauern: in Kentucky und Indiana z. B. bis 18, in New York (Staat) bis 21 Uhr.

Für die „Wahlnacht“ in ihrer TV-Ausführung wurden 7 Mio Dollar bereitgestellt. Ein ganzes Heer von Menschen gab telefonisch die Abstimmungsergebnisse aus 120 000 Wahlbezirken (bei insgesamt 178 000) durch. 3000–4000 davon waren entscheidend und mußten die dominierende Tendenz voraussagen. In den Vorschauern war die „Wahlnacht“ nach Stunden aufgeschlüsselt und mit Tips versehen, wann auf was besonders zu achten sei. Für die Zeit zwischen 3 und 4 Uhr nachts hieß es kategorisch: „Nicht das Zimmer verlassen, um sich eine Tasse Kaffee zu kochen...“ Eines der Fernsehprogramme kann jede Minute den neuen Präsidenten bekanntgeben; ein jedes möchte das erste sein, um seinen „Sieg“ am nächsten Tag hinauszupausen.“ Das war der Fall vor vier Jahren, als die Fernsehgesellschaft NBC um 3.29 Uhr früh Carter als Sieger angab. Die vorsichtige CBS tat das 16 Minuten später.

Diesmal war die „Wahlnacht“ beispiellos kurz. Schon um 20.15 Uhr verkündete die NBC erneut als erste den Namen des Siegers. Eine Stunde später gratulierte der Präsident Ronald Reagan telefonisch zum Sieg, und um 21.50 gab er seine Niederlage offiziell zu.

Eine solche Hast kränkte die Wähler, da Carter seine Erklärung abgab, lange bevor die Wahllokale in Kalifornien, Oregon, Washington, Alaska und auf Hawaii geschlossen waren.

Eine Umfrage von Experten des Weißen Hauses zeigte: Carter begann schon am Freitag an Unterstützung einzubüßen, drei Tage nach



dem Disput mit Reagan am Abend des 28. Oktober in Cleveland. Am Sonntag, dem 2. November, nahmen seine Chancen noch mehr ab. Der Montag, der letzte Tag der Wahlkampagne, war für Carter am anstrengendsten und endete spätnachts in Seattle. Als der Präsident in ein Flugzeug stieg, um in seine Heimatstadt Plains zur Abstimmung zu fliegen, erfuhr er, daß er keine Aussichten hatte.

Doch war wohl niemand auf eine solche Niederlage gefaßt. Sie war niederschmetternd. Reagan siegte in 44 Staaten und vereinigte 489 Stimmen der Wahlmänner auf sich. Für Carter stimmten nur 6 Staaten, der Bundesdistrikt Columbia und 49 Wahlmänner. Nach Herbert Hoover, der seinen Posten 1932, mitten in der Großen Krise, verlor, war Carter der erste Präsident, der nicht für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde.

Aber die Ausmaße der Niederlage beschränken sich nicht auf das persönliche Schicksal des 39. Präsidenten. Gleichzeitig mit Carter wurde das gesamte Repräsentantenhaus (435 Sitze) und ein Drittel des Senats (34 Senatoren) gewählt. Überall waren die Republikaner den Demokraten voraus und erhielten zusätzlich 12 Sitze im Senat, so daß sie sich erstmals seit 26 Jahren die Mehrheit sicherten, und weitere 32 Sitze im Repräsentantenhaus, das vorläufig in den Händen der Demokraten ist.

Die Wahlen zeigten ferner, daß die Republikaner von einem bedeutenden Teil des Blocks von Wählern unterstützt werden, die seit den 30er Jahren, seit dem Sieg von Franklin Delano Roosevelt, traditionell als Stütze der Demokratischen Partei galten. Vor vier Jahren hatte Carter alle südlichen Staaten für sich gewonnen. Diesmal folgte

ihm nur Georgia, und auch dieser Staat nur, weil der Präsident von dort stammt. Reagan erhielt 41% der Stimmen der Mitglieder der größten Gewerkschaften, d. h. einer weiteren Stütze der Demokraten. Diejenigen, die sich unabhängig nennen, gaben ihre Stimmen dem republikanischen Kandidaten im Verhältnis 54:30%.

Daher röhren die Erwägungen der letzten Tage vom Anbruch einer „republikanischen Ära“ im politischen Leben Amerikas nach den Wahlen. Anthony Lewis von der „New York Times“ schreibt: „Der Übergang der Kontrolle im Senat in die Hände der Republikaner führt zu so radikalen politischen Veränderungen, wie sie das Land lange nicht mehr erlebt hat.“

Ein solcher Standpunkt scheint von den Veränderungen im Senat selbst bestätigt zu werden, und die Rechten berufen sich ständig darauf. Die Verlierer sind in der Tat die namhaftesten liberalen Demokraten, die jahrelang die öffentliche Meinung im Lande beeinflußten: die Senatoren George McGovern, Birch Bayh, John Culver und Frank Church. Mit der Mehrheit errangen die Republikaner auch das Recht auf leitende Posten in allen Senatsausschüssen, die bisher in der Hand der Demokraten waren. So soll Strom Thurmond dem juristischen Ausschuß vorstehen (anstelle von Edward Kennedy), Charles Percy dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten (anstelle von Frank Church), John Tower dem Verteidigungsausschuß (anstelle von John Stennis).

Bedeutet der Übergang der Präsidentschaft an die Republikaner und der Rechtsruck im Senat eine Wandlung in den politischen Anschauungen des ganzen Landes, wie die Anhänger des republikanischen rechten Flügels heute behaupten? Nichts spricht für diese Annahme — außer den Wunschvorstellungen der Urheber solcher Erklärungen.

Die größte Partei Amerikas ist noch immer die „Partei der Wahlabstinentzler“. Die Wahlbeteiligung sinkt sukzessive seit 1960. Die jüngsten Wahlen sind keine Ausnahme. An ihnen beteiligten sich 52,3% der Wahlberechtigten gegenüber 54,4% im Jahre 1976. Über 76 Millionen Amerikaner, fast die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung, stimmten weder für Demokraten noch für Republikaner.

Gewiß, die Mehrheit unterstützte die wichtigste Wahllosung der Republikaner: „Veränderungen sind nötig“. Das heißt jedoch nicht, daß sie damit auch die Ideologie des rechten Flügels übernommen hätte. Schon einen Tag nach den Wahlen schrieb die „New York Times“ im Leitartikel warnend: „Selbst wenn die Wähler energisch ‚Raus mit den Gaunern‘ sagen, wollen sie damit nicht sagen, daß sie neue Gauner lieben. Eine vernünftigere Art, die Botschaft der Wähler vom Dienstag zu entschlüsseln, ist: ‚Wir verzweifeln daran, ein neues Herangehen zu versuchen.‘“

Heute läßt sich nicht sagen, was die Republikaner außer dem Slogan haben, denn die Positionen der beiden Kandidaten in den Hauptfragen



Bei ihrem außenpolitischen Kurs auf Wettrüsten, auf die Realisierung der selbstmörderischen „Direktive Nr. 59“ über die Zulässigkeit eines „begrenzten Nuklearkrieges“ setzt sich die USA-Administration über die Öffentlichkeit und die Interessen der Nation hinweg. In diesem Sinne sind die USA-Wähler wirklich die „Geiseln“ der Washingtoner Politik, wie die „International Herald Tribune“ (USA) sie darstellt.

unterscheiden sich kaum voneinander. Außenpolitisch setzten sich Reagan wie auch Carter während der Wahlkampagne für höhere Militärausgaben, für den Bau neuer strategischer MX-Raketen, für das „Recht“ der USA auf bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder mit Hilfe der „Eingreiftruppe“ und für die Doktrin des „begrenzten Kernkrieges“ ein. Innenpolitisch versprachen alle beide eine Steuerenkung, eine Beschränkung der Regierungskontrolle über die Tätigkeit der Konzerne und den Kampf gegen die Inflation durch Verlangsamung der Geschäftsaktivität und der Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Der bekannte liberale Demokrat Adlai Stevenson forderte schon vor Jahren dazu auf, „die Möglichkeit, die sich uns alle vier Jahre einmal bietet, zu nutzen, um die Probleme vernünftig und nüchtern zu erörtern“. Die gegenwärtige Kampagne stand diesem Ziel weit entfernt.

Der Präsident vermied geflissentlich alle heiklen Themen in der Befürchtung, daß schon ihre Erwähnung in eine Diskussion über die Ergebnisse seiner Amtszeit umschlagen könnte. Reagan hielt dem im Grunde keine klar umrissene Alternative entgegen. Deshalb kann von einer Wahl zwischen zwei Kursen keine Rede sein. Recht hat eher Patrick Caddell, der im Weißen Hause für Fragen der öffentlichen Meinung zuständig ist und der meint: „Keine der Angaben, die ich bisher

BIOGRAPHISCHES



NEUER US-PRÄSIDENT Ronald REAGAN

ketball — und trat in Schulaufführungen auf. Von 1928 bis 1932 studierte er am Eureka College, wo er sich auf Wirtschaft und Soziologie spezialisierte. Nach Collegeabschluß war er Sportberichter in Davenport (Iowa). Fünf Jahre später bekam er ein Hollywood-Angebot. Er drehte 50 Filme.

Von 1942 bis 1945 diente Reagan in der Armee, wo er sich mit der Vorbereitung von Ausbildungsfilmen beschäftigte. Einen aktiven Armeedienst konnte er wegen man gelnder Sehschärfen nicht ausüben. Nach der Armeeflüssung (im Range eines Captain) setzte er seine Filmkarriere fort. Bis 1954 war er Moderator

eines von General Electric finanzierten TV-Programms.

Mitte der 60er Jahre begann Reagan sich in der Politik zu versuchen und wurde schließlich 1966 zum Gouverneur des Bundesstaats California gewählt und vier Jahre später wiedergewählt.

Zweimal kandidierte er bei Präsidentschaftswahlen für die Republikanische Partei, zu der er nach kurzer Mitgliedschaft bei der Demokratischen Partei übergetreten war. 1968 verlor er allerdings gegen Richard Nixon und 1976 gegen Gerald Ford. Bei den Wahlen am 4. November 1980 siegte er über James Carter.

Ronald Wilson Reagan wurde am 6. Februar 1911 in Tampico, Bundesstaat Illinois als Sohn eines Schuhhändlers geboren. 1920 übersiedelte die Familie nach Dixon im gleichen Bundesstaat. Dort beendete Reagan die Mittelschule. Er war ein guter Sportler — Leichtathletik, Football und Bas-

eingesehen habe, läßt auf einen Übergang von liberalen zu konservativen Ansichten im Lande schließen. Was wir sahen, war ein Massenprotest der Wähler gegen die regierende Partei. Wir wußten seit langem, daß es viel Enttäuschung und Ärger gab. Letzten Endes sagten die meisten: „Ich habe genug und will das nicht länger dulden.“

Was die Republikaner an die Macht brachte, war nicht ein Programm von Veränderungen, sondern das System des Zwei-Parteien-Pendels, das dazu ist, eine der bürgerlichen Hauptparteien an der Macht zu halten. Die 38%, die für Reagan stimmten, erklärten ihre Entscheidung nicht aus konkreten Motiven, sondern aus dem Protest gegen Carters Politik.

In den letzten Jahren taten die Republikaner viel, um nicht mehr die „Partei der Minderheit“ zu sein. Dutzende Millionen Dollars wurden für die organisatorische und propagandistische Arbeit ausgegeben, um den Massenwähler — die Arbeiter, Neger, Lateinamerikaner und die anderen nationalen Minderheiten — zu gewinnen. Es ist beileibe kein Zufall, daß der Republikanerkonvent in dem vorwiegend „schwarzen“ Detroit stattfand, und zwar auf dem Höhepunkt einer Wirtschaftskrise, in der Zehntausende Automobilarbeiter aufs Plaster gesetzt wurden. Reagan war bemüht, die Vorstellung von den Republikanern als von der Partei des Großkapitals zu überwinden, und beteuerte in der Wahlkampagne immer wieder: „Wir sind die Partei der Kleinstädte, der Farmer, der Vororte, in denen die werktätige Bevölkerung lebt. Unsere Kraft kommt vom Ladenbesitzer, Handwerker, Farmer, Polizisten, Feuerwehrmann, vom Arbeiter und Angestellten.“ In den letzten drei Jahren ist die Republikanische Partei größer geworden und macht nicht mehr 24, sondern bereits 30% der Wahlberechtigten aus.

Aber nicht nur das brachte den Republikanern den Erfolg. Umfragen zeigen: Entscheidend für den Wahlausgang waren wirtschaftliche Probleme, in erster Linie die Inflation und die Arbeitslosigkeit, welche die derzeitige Regierung nicht mehr in der Gewalt hat.

Die Wall Street reagierte auf Reagans Sieg mit einem Rekord-Aktienverkauf. Besonders gefragt waren die Aktien der Monopole, die als Hauptlieferanten des Pentagon bekannt sind. Das Big Business rechnet mit einer sprunghaften Vergrößerung der Militäraufträge, versprach Reagan doch, den Militärhaushalt zu erhöhen. Unbeantwortet bleibt jedoch die Hauptfrage: Wie will die republikanische Administration es

anstellen, um die Militärausgaben zu heben, die Steuern zu senken, den Haushalt auszugleichen und die Sozialprogramme unverändert zu lassen, d. h. alle Versprechungen gleichzeitig zu erfüllen? Wirtschaftsexperten nennen das Ganze irreal und Wahlhierotik. Zugleich gibt Bill Brock, Vorsitzender der Republikanischen Partei, zu: „Wir müssen sofort die Probleme anpacken, über die abgestimmt wurde: die Arbeitslosigkeit und die Inflation.“

In den letzten Wochen der Wahlkampagne rückte das Problem von Krieg und Frieden in den Vordergrund. Carters Erklärungen über die Verantwortungslosigkeit seines Herausforderers in dieser Frage wirkten sich verhängnisvoll auf seine Chancen aus. Reagan verzichtete auf die Formel „Frieden durch militärische Überlegenheit“ zugunsten einer weniger aggressiven: Die USA müßten „Festigkeit“ haben. Er bemühte sich redlich, die ihm von den Demokraten beharrlich angeklebte Etikette eines „Kriegsbrandstifters“ abzuschütteln. Aber erst die eindeutige Erklärung während des Disputs in Cleveland, er wolle zur Festigung des Weltfriedens beitragen, hat ihm wohl die Masse der schwankenden Wähler zugefügt. Reagan gab seine Absicht bekannt, nicht auf die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages hinzuwirken, versicherte jedoch, im Prinzip sei er nicht gegen SALT-Verhandlungen.

Die Fragen von Krieg und Frieden bewegen den USA-Wähler an sich, aber außerdem haben sie direkten Bezug auf die schmerzlichen inneren Probleme, die sich angesichts des immer intensiveren Wettrüstens nicht lösen lassen. Deshalb betont James Reston: „Keines dieser Probleme kann im ideologischen, personen- oder parteigebundenen Rahmen gelöst werden... Offensichtlich erfordern die heute vor Mr. Reagan stehenden Probleme eher eine Philosophie der Zusammenarbeit als Konfrontation zwischen den rivalisierenden Kräften im In- und Ausland.“

Solche Warnungen werden immer lauter. In der „New York Times“ lesen wir: „Im Grunde gleichen die Wahlen 1980 der Auslosung vor Beginn einer Verlängerung in einem Fußballspiel. Im Januar erhalten die Republikaner den Ball und damit die Möglichkeit, einen politischen Erfolg zu erzielen, der die Demokraten in den kommenden Jahren in den Hintergrund drängen kann. Wenn sie nicht den Erfolg erzielen, werden die Demokraten den Ball zurückbekommen...“

New York

NÜTZLICHER DIALOG

Beim UdSSR-Besuch des italienischen Außenministers Emilio Colombo kamen zahlreiche Fragen zur Sprache: zweiseitige Beziehungen; das Treffen in Madrid; militärische Entspannung und Abrüstung in Europa; die Lage im Nahen und Mittleren Osten.

Die UdSSR und Italien blicken auf eine fast 20jährige recht stabile und vielseitige Zusammenarbeit zurück. Dank den Bemühungen beider Länder wurden in dieser Zeit die sowjetisch-italienischen Zusammenkünfte, bei denen aktuelle Probleme der Weltpolitik erörtert werden, eine ständige Einrichtung. Der Warenaumsatz nimmt zu und soll sich 1980 auf 3 Md. Rubel belaufen. Die Kulturkontakte haben sich erweitert. Es ist zu hoffen, daß eine solche Zusammenarbeit zum Wohl beider Völker auch in den 80er Jahren fortgesetzt wird.

Natürlich stimmen nicht alle Ansichten überein. Aber Moskau blickt optimistisch in die Zukunft und glaubt daran, daß bei einem konstruktiven Dialog Streitfragen im Geiste des Einvernehmens gelöst werden können.

Bei den Gesprächen mit Colombo wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß in Rom und anderen westeuropäischen Hauptstädten die gesamteuropäische Zusammenarbeit verantwortungsbewußt und konsequent fortgeführt wird. Dazu könnte u. a. eine auf dem Madrider Treffen zu erzielende Übereinkunft beitragen, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa abzuhalten. Italien könnte sein gewichtiges Wort zugunsten der Einstellung des Wettrüstens einlegen.

Die Kräfte, die heute für die Entspannung eintreten, sind beachtlich und durchaus imstande, in die zwischenstaatlichen Ost-West-Beziehungen in die günstige Bahn zurückzulenden, die durch die Helsinki-Konferenz gegeben wurde.

Deshalb muß die UdSSR dem Madrider Treffen eine so große Bedeutung bei und will erreichen, daß es in sachlicher Atmosphäre verläuft und nicht in fruchtbaren Polemiken versendet.

Der UdSSR-Besuch Emilio Colombos bestätigte: Sowohl Moskau als auch Rom sind weiterhin für Kontakte auf verschiedenen Ebenen, für den Ausbau der Beziehungen zwischen der UdSSR und Italien im Interesse beider Länder, der Entspannung und des Friedens.

L. MAKAREWITSCH

ALBTRAUM UND WIRKLICHKEIT

Dmitri WOLSKI

„Die Vereinigten Staaten haben gegenwärtig in der Region des Persischen Golfs Marinestreitkräfte konzentriert, die in ihrer Schlagkraft alles dort vor und während der jetzigen Krise übertreffen“, erklärte Ende Oktober US-Außenminister Muskie.

Im Dunst des Golfs und dicht davor lassen sich bereits fast vier Dutzend US-Kriegsschiffe ausmachen. Sie waren aus dem Indischen Ozean und aus dem Mittelmeer gekommen. Das war Washingtons Reaktion auf den militärischen Konflikt Irak–Iran, den es, wie ein westlicher Beobachter äußerte, „als Loch in den Persischen Golf“ benutzte.

Es ist jedoch klar: Je breiter das Loch, desto leichter kommt man hindurch. „Langwieriger Krieg“, „Eventuelle Eskalation“ — titelten westliche Blätter. Ein Zufall? Wie auch immer, die Kämpfe, insbesondere am südlichen Frontabschnitt, in der erdölrreichen iranischen Provinz Khuzistan, dauern mit unverminderter Heftigkeit an. Beide Seiten verzeichnen bereits Tausende Menschenopfer und riesigen materiellen Schaden. Persien werde mindestens drei bis vier Jahre lang kein Öl mehr exportieren. Der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Ölindustrie seines Landes Dutzende von Dollarmilliarden verschlingen, schrieb Anfang November die „Frankfurter Allgemeine“. Auch kostspielige Anlagen der irakischen Ölindustrie seien zerstört worden. Mit einer reibungslosen Wiederaufnahme der Ölförderungen sei auch aus dem Irak nach dem Ende des irakisch-persischen Kriegs zunächst kaum zu rechnen, fuhr die Zeitung fort. Dabei habe man noch jüngst ein hoffnungsvolles Bild der Ölversorgung Westeuropas, Amerikas und Japans entworfen. Das US-Magazin „Time“ schließt sogar eine „Panik“ auf dem Erdölmärkt, die Schließung der Straße von Hormus und eine Verdreifachung der Erdölpreise auf mehr als 100 Dollar pro Barrel nicht aus. Dies sei ein „Albtraum“ der USA und sie bemühten sich, das er nicht Wirklichkeit werde.

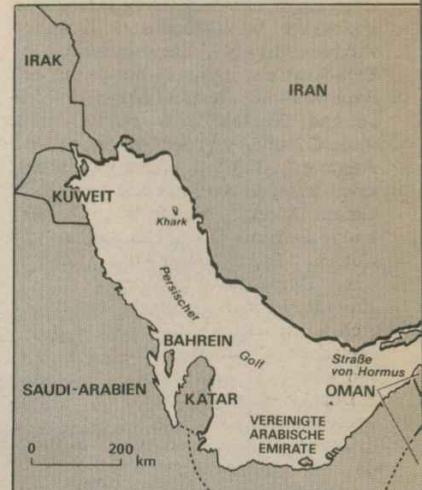
Wenn aber etwas derartige Albträume rechtfertigt, dann ist es der Kurs der Vereinigten Staaten. Offenbar haben einflußreiche Kreise dort beschlossen, das Knäuel der Widersprüche, in das sich die Politik

Washingtons im Nahen und Mittleren Osten verwickelt hat, zu zerhauen, wenn es sich einmal nicht entwirren läßt.

Tatsächlich läßt sich die Unterstützung des expansionistischen Kurses Israels, das Washington als „zuverlässigsten Verbündeten“ im Nahen und Mittleren Osten betrachtet, nicht mit dem Bemühen in Übereinstimmung bringen, das arabische und iranische Erdöl in die Hand zu bekommen. Indem Washington Israel zuliebe den Palästinensern ihre Rechte streitig macht, und dessen Intentionen in Ostjerusalem unterstützt, ruft es sogar die Unzufriedenheit dortiger Kreise hervor, die seit alters her als imperialistisches Bollwerk dienten. Gar nicht zu reden von den immer stärker werdenden demokratischen Kräften, die zunehmend die Entwicklung der Lage bestimmen. Läßt sich die unausgesetzte Feindschaft gegenüber diesen Kräften mit den Versuchen, die Position in der Region zu stärken, in Einklang bringen? Die Antwort dürfte klar sein. Und es ist gesetzmäßig, daß „Camp David“ in eine Sackgasse geraten ist, daß die Versuche der USA nicht gelangen, sich selbst, mit den Ereignissen in Afghanistan spekulierend, als „Verteidiger des Islams“ hinzustellen.

Doch nicht umsonst sagt man, die Situation im Mittleren Osten sei so fließend wie Treibsand in der Wüste. Dort wirken Faktoren, die schwer vorhersagbar sind. Darunter sind die weit in die Vergangenheit zurückreichenden komplizierten Beziehungen zwischen Arabern und Persern, innerarabische Zwistigkeiten, Gebietsstreitigkeiten, religiöse Differenzen innerhalb des Islams, vor allem zwischen Sunniten und Schiiten. All diese seltsamen historischen Verknüpfungen zeugten den scharfen gegenwärtigen Konflikt: zwischen den Wünschen der zum politischen Leben erwachten Millionen Menschen und dem Neokolonialismus, der diese um jeden Preis unterdrücken will.

Man muß es den westlichen Meistern orientalischer Intrigen lassen: die Erfahrungen des Mr. Lawrence haben sich sogar manche Universitätsdozenten zu eigen gemacht. Eine ganze Geschichte aus 1001 Nacht erzählte Ende Oktober der Pariser „Figaro“ über den Washingtoner Palast-



wächter Brzezinski. Der Zeitung zufolge habe er im Juni d. J. bei seiner Reise durch den Nahen Osten „eine außerordentlich gekonnte Intrige“ inszeniert, um Irak und Iran gegeneinander zu hetzen. Auf „Umwegen“ agierte gleichzeitig die CIA. „Die amerikanischen Machenschaften“, begeistert sich der US-freundliche „Figaro“, „wurden unter strengster Geheimhaltung und mit Raffinesse eingefädelt, so daß Washington unabhängig vom Ausgang der Ereignisse der Gewinner sein mußte.“

Dabei handelt es sich jedoch um einen recht zweifelhaften Gewinn. Er kommt lediglich jenen Kreisen im Westen zugute, denen es um eine Zusitzung der Konfrontation mit den nationalen Befreiungskräften und der internationalen Spannungen insgesamt geht.

Worauf rechnen sie konkret? Ganz deutlich ist der Wunsch, endlich die OPEC, die den westlichen Monopolen so viel Ärger bereitet, zu spalten und lahmzulegen. Tatsächlich konnte die letzte, für Anfang November geplante Tagung der Organisation nicht stattfinden, weil sich zwei ihrer Mitglieder in einer bewaffneten Auseinandersetzung befinden. Offensichtlich ist auch das Bemühen der Imperialisten, die Aufmerksamkeit der arabischen und anderer moslemischer Völker vom Widerstand gegen die neuerlich merklich verstärkte israelische Expansion abzulenken.

Aber es gibt auch weiterreichende Pläne. Dabei handelt es sich darum, die Grundlage dafür zu schaffen, neue Länder in „Camp David“ einzubeziehen, was dazu beitragen könnte, die Kapitulantenpolitik Sadats aus der Sackgasse zu holen. Camp David löst in der arabischen Welt natürlich noch immer Empörung aus. Man darf sogar annehmen, daß der Kampf dagegen, insbeson-

dere am westlichen Jordanufer, noch zunehmen wird. Die dort lebenden Palästinenser erkennen, daß ihr Schicksal zur Scheidemünze in den Separatabmachungen zwischen Kairo und Tel Aviv gemacht wurde. Ende Oktober schrieb die jordanische Zeitung „Al Ra'i“: „Zur Stärkung und zum weiteren Ausbau von Camp David versucht Sadat, den irakisch-iranischen Krieg auszunutzen.“ Der Mechanismus sieht so aus: Der Konflikt verschärft die innerarabischen Differenzen, in die sich natürlich Kairo und seine überseelischen Freunde einmischen wollen.

Der US-Journalist Ottawa konkretisiert die Pläne Washingtons: Sie gründen sich, seinen Worten nach, darauf, daß „der erste Schritt auf diesem Weg eine Annäherung zwischen Ägypten und Saudi-Arabien sein müsse“. Weiter schreibt er: „Das würde die zwei wichtigsten arabischen Verbündeten der USA zu einer militärpolitischen Allianz zusammenschließen, die Washington als Sprungbrett zum Einsatz seiner Streitkräfte benutzen könnte (!)“. Ottawa zufolge könnte ein solcher Gang der Ereignisse „den USA eine hohe Dividende“ aus dem iranisch-irakischen Krieg erbringen, und die US-Administration fördert „inoffiziell, aber aktiv“ die Entwicklung in dieser Richtung.

Tatsächlich so „inoffiziell“? Zbigniew Brzezinski prahlte kurz vor den Präsidentschaftswahlen ganz offen mit Plänen zur Bildung einer Art Atlantikpakt in der Golfzone, die unter dem Vorwand besonders beschleunigt wurden, daß der irakisch-iranische Krieg die Gefahr eines Chaos in dieser Region noch erhöht habe.

„Wir können nicht im Alleingang irgend eine Sicherheitsstruktur schaffen“, sagte er, „Dabei müssen uns andere und nicht nur befreundete Staaten der Region, sondern auch unsere Verbündeten in Europa und in Asien helfen.“

Es ist leicht zu begreifen, was hier gemeint wird: Die in der Entwicklung begriffene Mittelostallianz soll keineswegs eine selbständige militärpolitische Kraft sein. Ihr ist weniger die Rolle des Wächters als die des Torhüters zugeschrieben, der den Streitkräften der USA und jener kapitalistischen Länder, die Washington in dieses gefährliche Spiel einbezieht, die Türen aufstößt. Pressemeldungen zufolge hat das Pentagon bereits ein AWACS in Saudi-Arabien installiert und mehrere hundert Militärexperten zu seiner Bedienung entsandt. Auf die Golfzone zielt die berüchtigte „Eingreiftruppe“. Ihr Befehlshaber, General Kelley, dem 200 000 Soldaten unterstellt werden können, versichert, diese Elitetruppen „sind

in gutem Zustand und werden immer besser“ (allerdings sind einige Berater des Generals anderer Meinung). Und das zusätzlich zu der in den Golfwässern noch nie gesunkenen US-Armada!

Erinnern wir daran, daß diese Flotte nicht erst vor einem Tag oder einem Monat, sondern zumindest schon vor einem Jahr zusammengestellt wurde. Die ersten großen Flottenverbände wurden sofort nach der Geiselnahme in Teheran in den Persischen Golf entsandt. Das Paradoxe daran ist, daß die Meldungen über eine eventuelle Freilassung der Geiseln das alles keineswegs eingedämmt haben. Die Aufstellung der „Eingreiftruppe“ begann sogar noch früher. Lange schon war man auch an den Bau des Netzes von Stützpunkten mit dem Zentrum in Diego Garcia gegangen.

Jetzt stellt sich heraus, daß die eiserne Faust aus Flotte, Luftwaffe und Landstreitkräften schon zu wenig ist. Militärkommentator Middleton versicherte unter Berufung auf anonyme „Analytiker im Verteidigungsministerium“ am 8. November in der „New York Times“, daß man „wirksamere Mittel ins Auge fassen müsse“, daß „nicht einzelne Objekte, deren Nutzung von der Stimmung der Regierungen, auf deren Territorium sie sich befinden, abhängt, sondern Landstützpunkte, die von den US-Streitkräften auf langfristiger und dauerhafter Basis genutzt werden könnten“, gebraucht würden. Diesen „Analytikern“ nach, ist „das vordringliche Problem die Kontrolle über den Persischen Golf“, da dieser Region — wie denn auch anders! — „eine politische oder militärische Invasion der Sowjetunion“ drohe.

Das Gespenst der „sowjetischen Bedrohung“ wird zu einem ganz bestimmten Zweck an die Wand gemalt. Es soll den Schlag gegen die Völker der Mittelostregion recht fertigen. Halten wir uns an Tatsachen. Für Mitte November wurden Manöver von Einheiten der „Eingreiftruppe“ angesetzt, die aus Ägypten überstellt werden. Es gab Gerüchte über die Vorbereitung einer neuen antiiranischen Aktion unter dem Vorwand der „Geiselrettung“.

Das Magazin „Time“ schreibt: „Die Länder des Persischen Golfs fürchten, die USA könnten an eine Okkupation der Erdölfelder denken“. Auf den ersten Anhieb scheint das in unserer Zeit undenkbar. Aber es gibt Leute, die sich ganz ernsthaft damit beschäftigen. Zu ihnen gehört z. B. der US-amerikanische Professor Robert Tucker. Er veröffentlichte bereits 1975 in der Zeitschrift „Commentary“ einen Artikel, in dem er „eine eventuelle Okkupation der Erdölfelder durch die Amerikaner“ mit einer „rationellen Ba-

sis“ untermauerte. Inzwischen ist Tucker nicht mehr nur Professor, sondern außenpolitischer Berater des neugewählten Präsidenten Reagan.

Ob sich sein Standpunkt in den fünf Jahren geändert hat oder nicht, in amerikanischen Regierungskreisen nehmen derartige Projekte nicht wunder. Sie ergeben sich aus der in jüngster Zeit weit verbreiteten Konzeption des „Krieges für Ressourcen“, den die Vereinigten Staaten angeblich überall in der Welt, vor allem aber in der Golfzone und im Süden Afrikas, führen müßten. Der Etablierung dieser Konzeption gilt ein spezielles Weißbuch, das unlängst von einer amerikanischen „Privatorganisation“ herausgegeben wurde. Seine Verfasser verlangen den Ausbau der „militärischen Präsenz“ in an raren Rohstoffen reichen Regionen, die Schaffung eines globalen Systems von Militärbündnissen, das den USA die Kontrolle über die dortigen Quellen sichern würde, verlangen die Vorbereitung von Eingreifaktionen, eigentlich aber die Erneuerung der kolonialistischen Politik in eindeutiger und grober Form.

Realistisch denkende Menschen im Westen begreifen die ungeheure Gefahr derartiger Abenteuer. Kann man schließlich im Ernst daran denken, daß die Söhne derer, die vor 25 Jahren den Befreiungskampf im Nahen und im Mittleren Osten aufnahmen, sich mit einer Rückkehr der Kolonialherrscher abfinden? Eine neue Generation füllt die Reihen der Kämpfer für Unabhängigkeit und Fortschritt. Diese Reihen werden rasch stärker, was seine Komplikationen und Probleme mit sich bringt. Insgesamt aber nimmt mit den politischen Erfahrungen, mit der Bildung das nationale, aber auch das soziale Selbstbewußtsein zu. Die antiamerikanische Stimmung wird teilweise außerordentlich heftig. In dieser Situation hilft kein Machiavellismus von Diplomaten und keine Rangierspezialausbildung. So ist es verständlich, daß sogar General Warner aus der „Eingreiftruppe“ im Unterschied zu seinem Befehlshaber meint, „die Vereinigten Staaten müssen die Möglichkeit in Betracht ziehen, Tausende Soldaten bei dem vergeblichen Versuch zu verlieren, die nahöstlichen Erdölvorkommen zu verteidigen“ (lies: zu okkupieren).

Doch die Gefahr ist groß. Man möchte hoffen, daß das Bewußtsein dieser Gefahr, das Verständnis für die Gemeinsamkeit der grundsätzlichen Ziele und Aufgaben zur Beilegung des Konflikts zwischen Iran und Irak beitragen werden. Je eher, desto besser, sowohl für die Völker dieser Länder selbst wie für den Weltfrieden.

IM GEISTE DES INTERNATIONALISMUS

Das Organ der Partei der Arbeit der Schweiz „Voix Ouvrière“ feierte vor kurzem in Genf sein Pressefest. Auf einer von der Partei der Arbeit veranstalteten Kundgebung sprachen der Generalsekretär der Partei Armand Magnin sowie der Generalsekretär der FKP Georges Marchais.

Wir bringen hier eine Zusammenfassung seiner in der „Humanité“ veröffentlichten Ansprache.

Vor nichts haben die Kräfte der Reaktion so viel Angst, wie vor der Geschlossenheit der nach Veränderungen strebenden Menschen, die sich um die Französische Kommunistische Partei scharen, auf die sie ihre Erfolgshoffnungen setzen, erklärte Marchais.

Er sprach dann von der Einschätzung der Weltlage durch den XXIII. Parteitag der FKP und betonte: Wir sind die Beteiligten an den großen Umgestaltungen der Menschheitsgeschichte... Wir behaupten nicht, daß das eine einfache und bereits entschiedene Sache und daß der Kampf der Fortschrittskräfte leicht sei. Nein. Es steht ein schwerer Kampf bevor. Eine harte, grausame Auseinandersetzung voller Widersprüche und häufig auch Mißerfolge. Der Hauptsinn der Evolution in der Welt ist jedoch klar: Das Kräfteverhältnis verändert sich im Weltmaßstab zugunsten der Kräfte der sozialen und nationalen Befreiung.

Wovon sind wir nun tatsächlich Zeuge? Wir sehen, daß der Sozialismus unaufhörlich vorwärts kommt und daß er seine Fähigkeit zeigt, alle auf seinem unbegangenen Pfad entstehenden Aufgaben zu lösen. Daß der Kampf der Arbeiterklasse und der Völker der kapitalistischen Länder sich ausweitet und häufig zum Erfolg führt. Daß die Völker der Länder der dritten Welt in den letzten Monaten und Jahren ihre Positionen im Kampf gegen den Imperialismus wesentlich festigen konnten.

Eben die Besorgnis des Imperialismus angesichts dieser Evolution erklärt seine Aggressivität, insbesondere das sich erneut verstärkende Wettrüsten.

Ich will nicht verbergen, daß wir französische Kommunisten in dieser Wut des Imperialismus ein echtes und ernst zu nehmendes Risiko für den Frieden auf unserem europäischen Kontinent sehen. Alle jetzigen Maßnahmen sind voll und ganz an der in diesem Sommer veröffentlichten sogenannten Direktive Nr. 59 des US-Präsidenten orientiert. Dieses Dokument sieht kaltblütig die Möglichkeit eines „begrenzten Kernkriegs“ vor, eines Krieges, der Amerika nicht berühren soll, für

Frankreich aber zu einer wahren Katastrophe würde.“

Marchais hob hervor, die französische KP wende sich entschieden gegen dertartige Ziele. Er fügte hinzu:

„Wir wenden uns in unserem Land gegen den Beschuß, die Entwicklung der entsetzlichen Neutronenbombe aufzunehmen; wir kämpfen dafür, daß die Sicherheit jedes Volkes durch eine ausgewogene Eindämmung nicht aber durch eine teuflische Forcierung des Wettrüstens garantiert wird. Deshalb halten wir die dieser Tage in Genf laufenden Vorverhandlungen über die Mittelstreckenraketen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten für einen ersten Erfolg; diese Verhandlungen müssen alle Aspekte dieses Problems berücksichtigen.“

Die Tatsache, daß diese Verhandlungen das Ergebnis eines sowjetischen Angebots sind, stellt einen neuen Beweis für die entscheidende Rolle der sozialistischen Länder bei der Stärkung der internationalen Sicherheit und der Vertiefung des Entspannungsprozesses dar.

Diese Verhandlungen sind ebenfalls ein Ergebnis des Kampfes der Völker in aller Welt. Die Erhaltung des Friedens, die Entspannung und die friedliche Koexistenz erfordern heute mehr denn je die aktive Beteiligung der Werktäglichen und der Öffentlichkeit. In diese Richtung gehen unsere Anstrengungen in Frankreich. Und wir tun das mit Gewißheit, in dem deutlichen Bewußtsein, daß dies die einzige Möglichkeit ist, es dem Imperialismus nicht zu gestatten, die Welt in einen neuen Kriegsbrand zu stürzen, keine Stationierung neuer US-Raketen in Europa zuzulassen, die Ratifizierung von SALT II durch Washington zu erreichen und kernwaffenfreie Zonen ohne ausländische Nuklearstützpunkte zu schaffen.

Wir sind überzeugt davon, daß wir gemeinsam mit den Friedenskräften, gemeinsam mit allen Völkern der Welt dem Imperialismus neue Schläge versetzen können. Wir werden ihn zwingen, den Frieden und die friedliche Koexistenz zu achten. Wir gehen weiter

unserem Ideal entgegen — einer Welt ohne Waffen und ohne Krieg!

Gute Möglichkeiten für diesen Friedenkampf entstehen im Zusammenhang mit dem Madrider Treffen der Repräsentanten der 35 Staaten, die in Helsinki die KSZE-Schlüsselekte unterzeichneten haben.

Unter dem Vorwand der Spannungen, die sie selbst ausgelöst haben, beschäftigten sich einige kapitalistische Länder mit der Möglichkeit, dieses Treffen einfach ausfallen zu lassen. Andere schlugen vor, sie auf unbestimmte Frist aufzuschieben. Aus diesen Manövern ist nichts geworden: Die Vorbereitungen begannen zum festgesetzten Termin.

Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß es jetzt wichtig ist, den Entspannungsfeinden nicht zu gestatten, die Begegnung in eine Sackgasse zu führen oder vom gesteckten Ziel abzubringen, indem man auf den einen in Helsinki verkündeten Prinzipien beharrt und andere vergibt. Unsere besondere Beachtung gilt der militärischen Entspannung.

„Das Wettrüsten verschlingt täglich über anderthalb Milliarden Dollar, und das, während die halbe Menschheit hungert und der notwendigen ärztlichen Betreuung entbehrt, während die energiewirtschaftliche und die ökologische Krise mit jedem Tag akuter wird und sich die unersetzbaren Naturschätze erschöpfen“ Mit diesen Worten eröffnete Prof. Dr Kirill Bratanow in Warna (Bulgarien) ein von der Weltföderation der Wissenschaftler angeregtes internationales Symposium.

Um die brennenden Probleme des Hungers und der Zurückgebliebenheit baldigst lösen zu können, bedarf es nicht nur der Verhütung eines Krieges, sondern eines wirklich festen Friedens, einer guten Nachbarschaft der Staaten und ihres Vertrauens zueinander. Man muß dem Wettrüsten energisch ein Ende machen, denn es erschöpft die Mittel und vergiftet die Beziehungen zwischen Staaten und zwischen Völkern. Dieser Gedanke sprach aus allen Diskussionsbeiträgen. Die Redner betonten, daß durch die Wendung des Wettrüstens zur „Qualität“ der Vernichtungsmittel hin Verhandlungen noch schwieriger werden. Was sich heute noch verhältnismäßig leicht lösen läßt, kann morgen selbst bei gutem Willen nicht zu Vereinbarungen führen, die auf gegenseitiger Kontrolle beruhen.

Besorgnis erregt, daß die Bewilligungen für militärische Forschungen und Entwicklungsarbeiten bedeutend erhöht worden sind. So steigen sie nach Angabe des Instituts für Friedensforschung in Oslo im Militäretat der USA für 1981 um 22%. Folglich wird das gesamte große Forschungspotenz



Erstrangige Bedeutung gewinnt die Notwendigkeit, auf dem Weg zur Vertrauensbildung weiterzukommen. Deshalb haben wir erklärt, die wichtigste Pflicht der Begegnungsteilnehmer müsse die Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz sein. Es ist längst an der Zeit zu einer solchen Initiative, deren Gedanke übrigens bereits von vielen Staaten aufgegriffen wurde, um die militärischen Spannungen auf dem Kontinent zu mindern, wo die zahlmäßig stärksten Streitkräfte und die zerstörerischsten Waffen konzentriert sind. Wir sind überzeugt, daß die europäischen Völker eine solche Entscheidung erwarten, die einen positiven Abrüstungsprozeß einleiten würde.

Große Bedeutung messen wir auch der Stärkung der Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen wie auch im kulturellen und humanitären Bereich bei. Alle diese Kräfte der Zusammenarbeit sind dazu berufen, die Freundschaft unter den Völkern zu fördern, das gegenseitige

Verständnis zu verbessern und infolgedessen den Frieden zu stärken.

Ja, Madrid kann tatsächlich einen günstigen Impuls für die Weiterentwicklung geben, sofern die Friedenskräfte mobilisiert werden und die Völker ihre Wachsamkeit verstärken."

Georges Marchais ging ferner auf den Kampf der FKP zur Verteidigung der Freiheit und der Rechte des Menschen ein.

Er sagte: „Wir verteidigen die Rechte des Menschen und der Völker überall, wo sie verletzt werden. Wir verlangen dabei Unvoreingenommenheit und lasten dem Imperialismus deshalb die schwere Verantwortung für die von ihm in aller Welt begangenen Verbrechen an."

Georges Marchais unterstrich auch die Wichtigkeit der Aktionen der FKP zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

„Wir französische Kommunisten sind Verfechter einer echten Politik der Zusammenarbeit, basierend auf Unabhängigkeit und dem Recht jedes Lan-

des, sein Schicksal ohne fremde Einmischung frei zu wählen," erklärte er.

„Wir begrüßen den Vorschlag Fidel Castros zur Einrichtung eines Weltentwicklungsfonds in Höhe von 300 Md. Dollar für 1980—1990.

Wir sind überzeugt: Frankreich kann seinen wirksamen Beitrag zur Lösung dieser dringlichen Probleme, zur gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit leisten. Es kann die demokratischen Beziehungen neuen Typs zu den Entwicklungsländern unterstützen, den wirtschaftlichen Aufschwung der armen Länder, und d. h. auch unseren eigenen Aufschwung fördern. Das ist unser Ziel."

Zum Abschluß dankte Georges Marchais der Partei der Arbeit und wünschte ihr Erfolg in ihrem Kampf. Er unterstrich: „Ich möchte Ihnen versichern, daß wir mit verdoppelter Energie in Frankreich und in der Welt gegen die Pläne des Imperialismus, für die Gewährleistung eines würdigen, freien und friedlichen Lebens für unser Volk und für alle Völker der Welt kämpfen werden."

WISSENSCHAFTLER WARNN

Doktor der Geschichtswissenschaften Igor USSATSCHOW

tial der Kriegsmaschinerie dienstbar gemacht. Das Institut errechnet, daß in der ganzen Welt für diese Zwecke jährlich 50—75 Md. Dollar verausgabt werden. Und es ist ja nicht nur Geld.

Bei den Forschungen wird das an die erste Stelle gesetzt, was die Militär- und Industriekomplexe interessiert. Sogar der bloße Begriff des Vorrangs in der Wissenschaft ist entstellt.

Prof. Dumas von der Universität Texas konsulierte mit berechtigter Besorgnis, daß die Verlegung von Ressourcen in den militärischen Bereich schon jetzt die Zivilproduktion einengt und weniger konkurrenzfähig macht. Während die Rüstungsindustriekonzerne, die ja garantierter Gewinne haben, am Wettrennen gewinnen, verliert die Wirtschaft der USA in ihrer Gesamtheit daran. Gefährlich sei auch, daß in den USA eine ganze Generation von Ingenieuren und Managern auf den Plan getreten ist, deren einzige Beschäftigung die Rüstungsproduktion ist, was die imperialistischen Kreise benutzen, um dem Wettrennen eine breitere soziale Basis zu geben.

Während der US-Imperialismus also die eigenen militärischen Aufwendungen systematisch erhöht, zwingt er auch seine Alliierten dazu. Japanische Wissenschaftler haben dem Symposium einen Bericht eingereicht, laut dem die Rüstungskäufe Japans seit 1977 jedes Jahr um 10% und dieses Jahr sogar um 15% gestiegen sind.

Die militaristische Politik wirkt sich besonders verheerend auf die Entwicklung der jungen Nationalstaaten aus. Im letzten Jahrzehnt sind deren militärische Aufwendungen doppelt so schnell wie die der Industrieländer gestiegen. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung hat errechnet, daß die der Entwicklungsländer, die 1960 22 Md. Dollar (in Preisen von 1978 gerechnet) ausmachten, 1978 aber 92 Md.

Geschehnisse der letzten Jahre haben eindeutig bewiesen, daß die nationale Entwicklung direkt von einer Vertiefung des internationalen Entspannungsprozesses abhängt. Es ist doch Tatsache, daß die Versuche, sich auf eine neue Weltwirtschaftsordnung zu einigen, an der die Entwicklungsländer größtes Interesse haben, mit der Verschlechterung der internationalen Lage im Sande verlaufen sind.

Es ist alarmierend, daß die imperialistischen Mächte, die mit Waffen handeln, sie möglichst Gebiete zukommen lassen, in denen zwischenstaatliche Reibungen bestehen und Konflikte heranreifen. So gelangt mehr als die Hälfte aller Waffen, die nach Entwicklungsländern gehen, in den explosiven Nahen Osten. Am meisten bekommt Israel, und deshalb kann es den Angriffskrieg gegen arabische Völker fortsetzen.

Schon 1955 sagte Frédéric Joliot-Curie: „Das Problem besteht nicht darin zu wissen, auf welcher Ebene der

Staatsmacht oder von welchem Minister oder Ministerrat (mit oder ohne Vetorecht) ein Kernkrieg beschlossen werden kann. Das Problem besteht darin zu wissen, ob die Menschheit auf die Verheerungen und auf den Tod von Hunderten Millionen, auf die Qualen der Überlebenden, auf die Möglichkeit, daß Mißgeborenen zur Welt kommen, und sogar auf die Wahrscheinlichkeit eingehen wird, daß alles Leben von der Erde verschwindet."

Heute sind diese Worte noch aktueller. Die Wissenschaftler forschen danach, warum das Wettrennen weitergeht und sogar anschwillt, trotz der Bemühungen der Landes- und Weltorganisationen um die Abrüstung und den Frieden. Sie bemühen sich, die Menschen davon zu überzeugen, daß sie sich nicht hilflos an die Kräfte ausliefern dürfen, die das Wettrennen organisieren und daran profitieren. Die Öffentlichkeit muß über die Entwicklung der Wissenschaft und ihre Ziele ständig informiert werden. Man muß ständig gegen die Versuche ankämpfen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse für Kriegsvorbereitungen zu mißbrauchen.

Die Teilnehmer des Symposiums sind einmütig zu dem Schluß gelangt, daß eine Milderung der internationalen Spannungen eine unerlässliche Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und dafür ist, daß die Wirtschaftsbeziehungen im Interesse aller Völker umgestaltet werden. Das Symposium hat sich dem Appell des Weltparlaments der Völker für Frieden angeschlossen, „in Frieden und Verständigung zu leben".

VIERNAL VIER IM ABSEITS

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

Um die Politik ist es in Bonn nach den Wahlen wieder still geworden. Die Regierungsbildung lief ohne Sensationen ab. Als einzige Neuheit ist zu vermelden, daß statt bisher 15 nun 16 Minister im neuen Kabinett sitzen, da das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen und das Verkehrsministerium getrennt wurden.

Ziemlich lange, insgesamt rund 50 Stunden, dauerten die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP zum Regierungsprogramm. Ergebnis war eine ganze Liste von harten Sparmaßnahmen, selbstverständlich auf Kosten des Steuerzahlers. „Als größtes Ärgernis muß der Bürger, Wähler und Steuerzahler jedoch die Tatsache empfinden, daß die Regierenden immer erst nach der Wahl damit herausrücken, was sie wirklich vorhaben“, äußert die „Süddeutsche Zeitung“. „Selbstverständlich gibt es für diese Steuererhöhung und jenen Sparbeschluß gute, ja überzeugende Gründe. Aber diese Gründe tauchen nicht erst völlig unvermutet gerade zu dem Zeitpunkt auf, da die Stimmen ausgezählt und die Mandate vergeben sind. Offensichtlich gehört es zum Zynismus der Macht, daß man vor den Wahlen anders redet, als man nachher handelt.“

Das einzige, was bei den Koalitionsverhandlungen nicht in Frage stand, war die Außenpolitik. Beide Parteien haben insbesondere eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie für die Fortsetzung der Entspannung sind.

Auch bei der Opposition scheint es auf den ersten Blick ruhig. Die Ursachen für die Niederlage und die Zukunftspläne werden hinter verschlossenen Türen diskutiert. Nur selten machen nach außen dringende Dampfschwaden deutlich, wie sehr es im Kessel kocht. Gründe dafür gibt es genügend. Die Opposition hat die vierte Niederlage hintereinander in 12 Jahren einstecken müssen. Seit 1949 war das für sie das schlechteste Resultat bei den Bundestagswahlen.

Man hat also etwas zum Nachdenken. Denn das Unvermögen der CDU/CSU, eine Wählermehrheit

hinter sich zu bekommen, birgt für sie das Risiko, den Kredit der „Arbeitgeber“, des Großkapitals, einzubüßen. Natürlich bleibt die CDU/CSU auch jetzt die politische Kraft, die dessen Interessen vertritt. Wenn sie aber ihre deutliche Unfähigkeit demonstriert, die Lage real zu beurteilen, werden ihre „Arbeitgeber“ Lust bekommen, sie an die Kandare zu nehmen. Um so mehr, als sie über eine Reservevariante verfügen.

Zwei Tage nach den Wahlen schrieb die „Frankfurter Rundschau“: „Ausgesprochen positiv haben am Montag die Börsen auf das Ergebnis der Bundestagswahl reagiert. Der Commerzbank-Index stieg um rund 5,6 Punkte an. Nichts verdeutlicht besser, wie sehr sich das Bild der Sozialliberalen in den 70er Jahren gewandelt hat. 1972 und 1976 war es noch zu Kurseinbrüchen nach der Wahl gekommen. Die Gunst der wichtigsten Wirtschaftsbosse ist Helmut Schmidt schon lange sicher. In den Konzernzentralen weiß man es zu schätzen, daß Schmidt bisher die Gewerkschaften recht gut zu disziplinieren verstand.“

Die von der Konkurrenz überflügelten Oppositionsführer gaben sich qualvollen Überlegungen über die Gründe für die Niederlage vom 5. Oktober hin. Einer davon ist klar: Die Kandidatur Franz Josef Strauß', dieses reaktionären und skandalträchtigen Politikers mit seinem Hang zum Abenteuer, kostete die Opposition viele Stimmen. Davon sprach man schon vor den Wahlen, aber es galt als zu riskant, den bayrischen Duodezfürsten, hinter dem sich der ganze rechte Flügel der Opposition formiert hatte, auszusparen. Auch jetzt wird davon nicht laut geredet: Strauß ist beim Prügeln gefährlich. Deshalb versuchen seine Gegner, ihn ohne überflüssigen Lärm und sogar mit Ehrengeläut in den Hintergrund zu drängen.

Doch es geht nicht nur und nicht so sehr um Personen. Die Schlappe hat der Kurs der CDU/CSU erlitten, insbesondere ihr Verhältnis zur sogenannten Ostpolitik. Diese außenpolitische Konzeption war in einer



Periode entstanden, als die revisionistischen Ansprüche gegenüber dem Nachbarn von Adenauer in den Rang der Regierungspolitik erhoben worden waren. Ich denke noch jetzt an das Geflüsterte: „Vergessen Sie nicht zu sagen, daß wir die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 fordern“, womit ein Berater des Kanzlers Ludwig Erhard ihn an die unabdingbare These Bonns erinnerte, die auch bei einer Begegnung mit sowjetischen Journalisten aufs Tapet gebracht wurde. (Das war 1964).

Es gibt fast keinen Vorschlag, der sich vollständig oder teilweise auf die Entspannung bezieht, den die CDU/CSU nicht sofort von der Hand gewiesen oder den sie nicht ver sucht hätte, auszuhöhlen oder zu verfälschen. Sie widersetzt sich aus aller Kraft dem Abschluß des Moskauer Vertrags, dem Vertrag mit Polen, dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR (apropos: die CDU/CSU-Führer lernten es erst 1970, die DDR ohne Gänsefüßchen auszusprechen, als die Bezeichnung zum ersten Mal in einem Programm entwurf benutzt wurde).

Die bundesdeutsche Reaktion griff, um dem Gegner stärker eins auszuwischen, am häufigsten zu der Beschuldigung, er verrate die Interessen des Vaterlands und diene irgendwelchen fremden. Mit dieser Waffe zogen die Rechten auch vor den Wahlen ins Feld. Auf dem CDU/CSU-Kongreß in Mannheim fiel mir eine von der bayrischen CSU zum Wahlkampf herausgebrachte Broschüre in die Hand. Titel: „Die Moskau-Fraktion der SPD.“ Hier noch einige Headlines daraus: „SPD auf sowjetischem Kurs. Die Volksfront als Vehikel zur Durchsetzung der sowjetischen Politik. Bahrs Kapitulation in Moskau. Herbert Wehner als Sachwalter der Interessen Moskaus. Das SPD-Komplott mit den deutschen Kommunisten. Sozialdemokraten und Kommunisten gegen Demokraten.“ Hätte

der berühmte Hexenjagdveranstalter McCarthy diese Broschüre lesen können, er hätte im Grab vor Neid rotiert.

Es wäre falsch zu glauben, derartiger Schmonzes sei das Privileg des Strauß-Getreuen Zimmermann. Eine ganze Kohorte seiner Oppositionskollegen — von Wrangel, Wörner, Marx, Abelein, Mertens, Dregger u. a. — zeigten, was haste was kannste, solche Thesen vor. Sie bildeten eine Art „schwarze Garde“, eine Formation professioneller Dinosaurier des kalten Krieges, die sich jedesmal auf die Hinterbeine stellten, wenn irgendeiner ihrer Kollegen die Neigung zeigte, die Dinge nüchtern zu betrachten.

Während der Hochsaison des Wahlkampfs wollte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Manfred Wörner, einen Sensationsrummel um die Firma Gildemeister aufziehen, die mit der Sowjetunion zusammenarbeitet. Es wurde behauptet, die Firma verkaufe militärtaugliche Erzeugnisse. Damit sollte gleichzeitig auch der „Moskau-Fraktion“ und der wirtschaftlichen Ost-West-Zusammenarbeit eine Ohrfeige versetzt werden.

Die Seifenblase platzte jedoch sehr bald. Es erwies sich, daß die Angaben erstens veraltet waren und es sich zweitens um ganz gewöhnliche Werkbänke handelte. Eine extra eingeleitete Untersuchung zeigte, daß die Firma Gildemeister keine der Regeln verletzt hatte, die in der BRD für den Handel mit den sozialistischen Ländern bestehen. Heraus kam auch noch etwas anderes: Die Papiere, die die „Welt“ in „ausgewählter“ Form vorlegte, waren von einem Mitarbeiter der Firma aus deren Archiv geklaut worden (von einem „angesehenen Mitglied der CDU in Bielefeld“, wie die „Frankfurter Rundschau“ meldete). Dann hatte sie der Bielefelder CDU-Abgeordnete Ottfried Hennig erhalten. Manfred Wörner reagierte auf den Vorfall: „Mir ist es völlig Wurscht, woher das Material kommt.“ Die Zeitung „Die Tat“ titelte ihren Kommentar dazu: „Herr Wörner ist der Diebstahl Wurscht.“

Nach derartigen Wahlkampfstückchen waren hiesige Beobachter einfach baff, als sich aus dem CDU-Lager plötzlich Stimmen vernehmen ließen, man brauche eine neue Orientierung in der Ostpolitik. Zum ersten Mal äußerte das der Baden-Württembergische Ministerpräsident Lothar Späth, der sich über eine „unverständliche Kontaktchwäche zum Osten“ beklagte. Dann schalte-

ten sich seine Ministerpräsidenten-Kollegen Vogel, Stoltenberg und Albrecht ein. Und nun kam geradezu eine Lawine ins Rollen: Kein irgendwie achtungheischender CDU-Politiker vergaß in seinen Ansprachen zu erwähnen, ein Wandel in der Außenpolitik sei wünschenswert, und es würde der Opposition nicht schlecht anstehen, in dieser Hinsicht „gemeinsame Standpunkte“ mit der Regierung zu haben.

Allerdings kamen gleich Nuancen auf. Leute wie Zimmermann interpretierten die „Gemeinsamkeit“ dahingehend, die Regierung solle sich die Standpunkte der Opposition zu eigen machen. In den meisten Fällen jedoch wurde nach einer Be standsaufnahme der eigenen Standpunkte gerufen. CDU-Generalsekretär Geissler machte sogar eine rechtliche, obwohl ziemlich ver spätete Entdeckung. „Die kommunistischen Staaten sind eine Realität“, erklärte er in einem „Welt“-Interview. „Man kann sich z. B. als Schachspieler nicht auf den Standpunkt stellen, das Brett habe nur 32 Felder.“ Bald traf auch der CDU-Vorstand zu dieser Frage eine Entscheidung.

Die bundesdeutsche Presse motiviert diesen plötzlichen Umschwung unterschiedlich. Für die einen handelt es sich um ein Liebäugeln mit den Freien Demokraten. Einige CDU-Führer setzen, da sie die Regierungskoalition nicht im Alleingang aus dem Feld schlagen konnten, erneut auf ihre Spaltung. Andere sind nur einfach beunruhigt, daß die alten Wahlkampfparolen das Publikum vergnauzt hatten. „Da ist die Erkenntnis, daß die ostpolitische Präsentation der Union im Wahlkampf dem Erfolg der Union abträglich war, daß vielen Wählern, vor allem den jüngeren, die Ostverträge längst selbstverständlich zur Grundausrüstung der Bonner Politik gehören. Die Union möchte aus der unattraktiven Position der Njet-Partei herauskommen“, äußert die „Zeit“. Zum gleichen Schluß finden auch andere Kommentatoren. Sie alle schließen jedoch nicht aus, daß das jetzige Gewese in der CDU in bestimmtem Maße auch tiefgreifendere Tendenzen widerspiegle.

Daß derartige Tendenzen vorhanden sind, steht außer Zweifel. Jüngst haben sich rund 200 CDU-Mitglieder zu einer sogenannten Reformgruppe zusammengeschlossen und erklärt, sie wollten die Parteiführung zur Diskussion herausfordern. Die Gruppe faßte ein Sechs-Punkte-Papier ab, das die Lage der Opposition analysiert. Hier einige Zita-

te daraus unter der Überschrift: „CDU auf dem Weg ins Abseits“.

„Das katastrophale Abschneiden der Union hat mehrere Gründe. Einer davon ist sicherlich die Person des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß... Das Wahlergebnis ist auch Ausdruck einer Bewertung der Politik der Union insgesamt... Die CDU befindet sich auf dem Weg ins Abseits. Dies bezieht sich auf die Glaubwürdigkeit ihrer praktischen Politik ebenso wie auf die Glaubwürdigkeit eines großen Teils der Personen, die die Politik der Union repräsentieren.“

Nach Klagen über den diktatorischen Führungsstil und der Kritik am Verhältnis der Parteifunktionäre zur Jugend folgt ein außenpolitischer Abschnitt, in dem Fraktur ge redet wird: „Zwar wird lauthals das Eintreten für Menschenrechte, Freiheit und Gerechtigkeit propagiert, doch gilt dies allenfalls im einseitig antikommunistischen Sinne... Hier gilt die Maxime: Gut ist, was uns nützt und antikommunistisch ist.“

Derartiges vernahm man von der CDU noch nie. Allerdings steht den Reformisten die alteingewurzelte Politik gegenüber. Die „Frankfurter Rundschau“, die sich mit Versuchen des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl beschäftigte, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion straffer zu halten, bemerkte: „Im ost- und deutschlandpolitischen Bereich kann das nur gelingen, wenn er auch die wiedergewählten Ostlandritter vom Schlag des Professors Manfred Abelein oder des Oberstudienrats Herbert Czaja an die kurze Leine nimmt.“

Keiner der hiesigen politischen Insider wagt vorauszusagen, wie die Gespräche in der umorientierten CDU tatsächlich ausgehen werden. Und läßt sich das überhaupt voraussagen? Alois Mertens, ein recht gesprächiger Abgeordneter, den man in der CDU als Ostpolitik-Experten bezeichnet, hat ebenfalls viele Worte über den neuen Trend verloren. Man denke nur, er sprach sich sogar dagegen aus, auf dem Treffen in Madrid ein „Tribunal“ über die sozialistischen Länder abzuhalten...

Die Opposition bleibt eine starke politische Kraft in der BRD. Dreimal drängte sie in den letzten Jahren an die Macht unter Einsatz der alten Parolen, und dreimal fiel sie durch. Eine ihrer politischen Tragfähigkeit entsprechende Position kann die Opposition offenbar nur dann einnehmen, wenn sie ihrem bisherigen Kurs eine mehr oder minder realistische Alternative entgegensezt.

Bonn, am 10. November

NEUE WAFFEN, ALTE LIEDER

Bundesdeutschlands Bundeswehr beginnt am 12. November ihren 25. Jahrestag. Und Bonn kann auf seine Armee stolz sein, ist sie doch die stärkste in Westeuropa. Die Bundeswehr steht zahlenmäßig an zweiter Stelle in der NATO. Ihr Heer stellt über die Hälfte und die Luftwaffe ein Drittel der NATO-

Streitkräfte. Die BRD-Flotte wird mit jedem Jahr ausgebaut.

Das alles hat man natürlich nicht umsonst. Der Verteidigungshaushalt hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Waren es 1970 19,4 Md. DM, so sind es 1980 38,5 Md.

Die Bundeswehr hat's auch mit der Perspektive.



Sie bestellte z. B. 322 modernste Mehrzweckmaschinen Tornado, von denen jede zusammen mit dem Warnsystem 82 Mio DM kosten wird.

Das Heer bekommt die neuesten Leopard-2-Funker. Aber auch die erscheinenden bündesdeutschen Strategen schon veraltet und sollen von einem neuen Wunderpanzer der 90er Jahre abgelöst werden, dessen Kosten sich auf an nähernd 8 Mio pro Stück belaufen.

Die BRD war bemüht, das Bundeswehrjubiläum auf neue Weise zu feiern. Nur eins ist dabei schiefgegangen: Die Marschlieder blieben die alten. So schreiten die Bundeswehrsoldaten unter Absingen der aus dem „dritten Reich“ übernommenen Gesänge einher.

N. SHOLKWER

Foto aus „Stern“ (BRD)

ZUM ABMAGERN

„Wir gewähren den afghanischen Flüchtlingen humanitäre Hilfe“, verkündete Washington lautstark, damit die ganze Welt wisse: Die USA lassen niemanden fern vom reichen Amerika an Hunger und Krankheit leiden.

Etwas später beobachtete in einem anderen Weltteil ein Vertreter des UNO-Hochkommissars für Flüchtlingsangelegenheiten, Robin Macalpine, das Entladen und Auspacken überseeischer Geschenksendungen. Reuter meldete dazu, in den Kisten seien Röhrenhosen, Korsetts, Miniröcke und hochhackige Damenschuhe gewesen. Und die Hauptsache: Schlankheitspulver. 16 000 Büchsen.

Die UNO-Mitarbeiter waren natürlich empört, aber es gibt keinen Grund, sich über die extravaganten Washingtoner Präsente zu wundern. Die sogenannte Flüchtlingshilfe ist nur der Deckmantel für die umfangreichen Waffenlieferungen an die afghanischen Konterrevolutionäre.

Die Banditen, die man in den USA als Aufständische bezeichnet, würden allerdings gerne noch „Erde-Luft-Raketen“ und Panzerabwehrwaffen bekommen...

Man darf sicher sein, daß diese Wünsche erfüllt werden. Alles, was die Hilfe für die Konterrevolutionäre angeht, macht ihren Gönner in Washington keine Schwierigkeiten.

G. SIDOROWA

NICHT ZUM STERBEN

Vor Kälte zitternd, wurde er in einen Kofferraum gesperrt. Dann mußte er dort eine Pinte Bourbon, eine Flasche Wein und sechs Dosen Bier austrinken. Als man den Kofferraum endlich öffnete, war er bereits leblos. Diagnose: Starke Alkoholvergiftung und allgemeine Unterkühlung. Der Amerikaner Chuck Stevens war 20 Jahre alt...

Wer waren die Mörder — Vergnügungssüchtige Gangster oder Irrsinnige? Eileen Stevens, Chucks Mutter, wollte die Antwort finden. Nach hartnäckigen Bemühungen gelang es, wie ein Korrespondent des britischen „Guardian“ aus den USA meldete, festzustellen, daß der Sohn Opfer einer an amerikanischen Colleges verbreiteten „Studentenweihe“ geworden war. Bei diesen „Mutproben“ soll der „Fuchs“ Charakterstärke, körperliche und geistige Widerstandskraft beweisen. Es wurden Fälle bekannt, in denen Studenten gezwungen wurden, aus einem fahrenden Kraftwagen zu springen. Auch Zwangsverhöre werden angestellt, wobei die Verhörenden Scheinwerferlicht ausgesetzt werden.

Eileen Stevens stellte fest, daß in den letzten zwei Jahren bei solchen „Weihen“ mindestens 15 Personen ums Leben kamen.

Mrs. Stevens will die Öffentlichkeit auf dieses Problem aufmerksam machen, in der Hoffnung, damit den sadistischen Riten ein Ende zu beenden.

Sie sagte, ihr Kampf verfolge das Ziel, mit einer sinnlosen und schändlichen Praxis an US-Colleges aufzuräumen. „Unsere Kinder werden zum Lernen und nicht zum Sterben an die Colleges geschickt...“

W. KSENIN

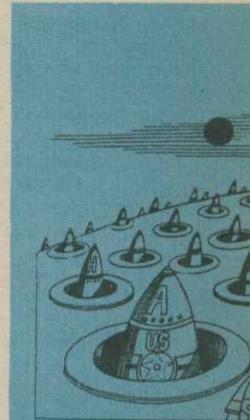
ERDÖLFI

Das italienische Parlament jüngsten Skandal. Helden Firmen, die mit Hilfe von cher, sondern politischer machten. Ein dicker sch Umgehung des Fiskus. Drogen den Staat um ein zwei Billionen Lire.

Statt Steuern wurden benötigten Leute gezahlt. E hochgestellte Staatsbeamte Finanzgarde, die eigentli visenmißbrauch bekämpfe

Letzten Endes wurden Kurz vor der parlamentarischen Wahlen konnten viele Helfershelfer fest gemacht werden. In sich auch namhafte Politiker Christdemokraten, die Ansehen und Einfluß geworfen. Sie schossen für Finanzen und Mitglied Segnana ganze Szenen. Den Parlamentsmitgliedern gehalten hatte, die ihm von zugestellt worden waren.

Wie die Untersuchung aussagen. Was die DC betrifft, ruft, der ohnehin schon erinnert, einen weiteren Erdöl.



Australien hat viele Bodenschätze wie Blei und Zink. In jüngster Zeit ist immer häufiger reiche Vorstufen gefunden.

Aus



MORAL UND ORDEN

Der jährliche Tag der Kultur, der in Japan gewöhnlich fast unbemerkt vergeht, fand diesmal allgemeine Aufmerksamkeit. Aus seinem Anlaß wurden in Tokio Orden verteilt. Unter den Ausgezeichneten befanden sich der ehemalige Verkehrsminister Sasaki und der ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Zivilluftfahrt der regierenden Liberaldemokratischen Partei Fukunaga. Diese Namen sind in Japan aus der Lockheed-Affäre gut bekannt.

Das Gerichtsverfahren läuft schon vier Jahre. Der Hauptangeklagte — der einstige Ministerpräsident Tanaka — wurde in dieser Zeit erneut ins Parlament gewählt und bewarb sich sogar um den Posten des Regierungschefs. Im Parlament sitzt auch ein weiterer Angeklagter, der ehemalige stellvertretende Verkehrsminister Sato.

Recht wohl befinden sich auch andere hochgestellte „Geldnehmer“, was kein Wunder ist, da sie von noch höhergestellten Freunden begönnert werden.

Kaum war nach den letzten Wahlen das Kabinett gebildet, erwies sich, daß der Minister für Gesundheitswesen und Sozialversicherung Saito Gaben in Höhe von 13 Millionen Yen erhalten hatte. Saito mußte zurücktreten. Dennoch weigerte sich der Ministerpräsident, ihn irgendwie zur Verantwortung zu ziehen. Trotz des Verlangens der Opposition konnte ein LDP-Führer, Hamada, der in Las Vegas riesige, offenbar von Lockheed stammende Summen verspielt hatte, Japan unbehelligt verlassen.

In Tokio steht man derartigen

Dingen verständnisvoll gegenüber, nach dem Prinzip: „Heute du mir, morgen ich dir“. Eben erst wurden auf einer Tagung eines Parlamentsausschusses neue sensationelle Tatsachen ans Licht gebracht, die den Kreis der in den Lockheedskandal verwickelten Personen noch erweitern.

Um „anständige Leute“ vor Unannehmlichkeiten zu bewahren, forderten Regierung und LDP unlängst, die Parlamentsausschüsse aufzulösen, die sich mit den Untersuchungen der Machenschaften beim Ankauf von Flugzeugen der US-Luftfahrtfirmen Grumman und McDonnell Douglas befassen. Sie seien nicht mehr nötig, erklärten die LDP-Führer und schlugen vor, statt dessen einen „Moralausschuß“ zu bilden.

Gespräche über Moral sind heute in offiziellen Kreisen Tokios überhaupt große Mode. Die Behörden versprechen, die Politik von jeglichen Geschäftchen zu säubern und das Vertrauen des Volkes zu erringen. Bislang aber werden Orden verteilt.

L. MLETSCHIN



Eine Welle der Gewalt sucht die USA heim. Weder modernste Schlosser noch elektronische Wächter garantieren den Amerikanern Sicherheit. Die Karikatur aus „U.S. News & World Report“ verdeutlicht, daß nicht einmal sieben Siegel die Verbrecher abhalten können.

DAS „GESETZ“ TRIUMPHIERTE

Ein Gericht in Aschaffenburg (BRD) sprach zwei ehemalige SS-Leute, die des Mordes an 21 Häftlingen im KZ „Jaworzno“ (bei Auschwitz) angeklagt waren, frei. Der Grund? Es gibt nichts schriftliches, das die Schuld dieser „ehrenwerten Bürger“ bestätigen würde. Die 150 durch ein Wunder am Leben gebliebenen Zeugen aber konnten dem Gericht das Gegenteil nicht beweisen. Außer der Freilassung der SS-Leute legten die Richter auch noch eine „Haftentschädigung“ für sie fest.

L. NIKOLAJEW

sich mit dem
s sind einige
nicht götli-
n Erdölimport
om floß unter
temacher be-
es Sümmchen,

gelder an die
Geld lockten
Offiziere der
Jugend und De-

reichs gefäßt.
Untersuchung
früger ding-
schen setzten
regierenden
mit ihrem
en. Es stellte
es Senatsaus-
, das DC-Mit-
te hindeutet
richte voren-
minister Reviglio

Et sich schwer
„unbefleckter“
Leopardenfell
erhalten. Aus

MAKAROW



Gold, Silber,
er finden sich
an US-Raketen
riegel“ (DDR)

F. JURJEW

NOCHMALS ZUM GLOBALEN KRÄFTEVERHÄLTNIS

Juri SHILIN, Andrej JERMONSKI

Wir leben in einer sich wandelnden Welt. Und dabei geht es natürlich nicht nur darum, daß die stürmische, bisweilen geradezu phantastisch erscheinende Entwicklung der Produktivkräfte, von Wissenschaft und Technik sozusagen vor unseren Augen selbst das äußere Erscheinungsbild unserer Erde ändert. Noch zu Lebzeiten einer Generation ändert sich ihr soziales und politisches Antlitz. Diese letztgenannten Veränderungen führen zu verschiedenen Konfliktsituationen nicht nur mit der Umwelt, sondern zwischen Klassen, Staaten und Nationen. Unter diesen Konfliktsituationen ist die akuteste und tatsächlich globale die Konfrontation der Kräfte des Friedens und des Krieges, also der Zusammenprall der Tendenzen, die zu einer thermonuklearen Katastrophe führen, und der Faktoren, die diese zu verhindern vermögen.

Millionen und aber Millionen bekunden ihren Willen sozusagen auf zwei Ebenen. Vor allem verteidigen sie ihr Recht auf ein Leben in Frieden, in einem demokratischen und gerechten Frieden. Das ist untrennbar verbunden mit ihrem Streben, in sozialem Fortschritt, wie dieser im einzelnen auch verstanden werden mag, zu leben. Das findet seinen Ausdruck in dem immer breiteren Streben zu Sozialismus, Demokratie, zu nationaler — politischer und ökonomischer — Befreiung, dazu, alle Kräfte zu zügeln, die auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, auf Militarismus und Wettrüsten und letztlich auf Krieg setzen.

Diese Tendenz, die auf den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zurückgeht, stößt auf den aktiven und immer noch sehr starken Widerstand jener Klassen und sozialen Schichten, die den besagten Prozeß anhalten oder zumindest stoppen wollen. Das manifestiert sich in den verschiedensten, nicht selten raffiniersten Versuchen, die demokratischen und Befreiungsbewegungen zu spalten, die Völker daran zu hindern, ihr Leben selbst zu gestalten sowie die Aufgaben der nationalen Erneuerung und der sozialen Befreiung anzugehen. Und es macht sich natürlich auch in der Weltarena bemerkbar, in der „großen Politik“.

Das internationale Verhältnis der sozialen und politischen Kräfte bestimmt grundlegend Richtung und Charakter der Veränderungen in der heutigen Welt. In der jetzigen, sehr widerspruchsvollen Lage, die sich an der Schwelle zweier Jahrzehnte in den internationalen Beziehungen herausgebildet hat, wäre es durchaus

nützlich, nicht scholastisch und doktrinär, sondern konkret erneut darüber nachzudenken, was dieses Kräfteverhältnis heute darstellt, aus welchen Faktoren es sich zusammensetzt, wie es sich ändert und wozu das führt oder führen kann.

Dem globalen Kräfteverhältnis liegt vor allem die Kräftegruppierung zwischen Sozialismus und Kapitalismus zugrunde. Bei aller Vielfalt der Faktoren, die zusammen diese Kräftebalance bilden, lassen sich diese auf zwei, zudem unterschiedliche Hauptfaktoren zurückführen — erstens auf das Verhältnis der militärisch-strategischen Möglichkeiten der antagonistischen Gesellschaftssysteme und zweitens auf das Verhältnis ihrer sozialen und politischen Potentiale.

Beginnen wir mit dem ersten Hauptfaktor.

Erinnern wir daran, daß auf dem Juni-Plenum (1980) des ZK der KPdSU betont wurde: „Die Entspannung ist das logische Ergebnis des sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildeten internationalen Kräfteverhältnisses. Das erzielte militärisch-strategische Gleichgewicht zwischen der Welt des Sozialismus und der des Kapitalismus ist eine Errungenschaft prinzipieller, historischer Bedeutung. Es ist ein Faktor, der die Aggressionsgelüste des Imperialismus zügelt, was den Grundinteressen aller Völker entspricht. Versuche, dieses Gleichgewicht zu erschüttern, sind zum Scheitern verurteilt.“

Die Führungsrolle im Wettrüsten gehörte stets, in allen Nachkriegsjahrzehnten dem Imperialismus. So ist es auch heute, was übrigens kein ernsthafter Politiker, kein ehrlicher und objektiver Beobachter selbst im Westen schon lange nicht mehr bestreitet. Die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten haben diese Führungsrolle nie übernehmen wollen. Das einzige, wonach die sozialistischen Länder streben — genauer gesagt, streben müßten —, war ein ungefähres militärisch-strategisches Gleichgewicht. Und als es ihnen schließlich unter enormen Anstrengungen und bei starker Anspannung aller Mittel und Kräfte gelungen war, diese so schwere und kostspielige Aufgabe zu lösen, entstand international eine völlig neue Lage. Worin liegt nun das Neue?

Der Imperialismus hat jegliche Hoffnung verloren, durch einen Krieg den internationalen Klassenkampf zu gewinnen. Seine Pläne, in einem von ihm geplanten Nuklearkrieg zu „überleben“, wurden umgeworfen. Der Einsatz von Waffen, vor allem von Nuklearwaffen, als politisches Druckmittel gegen die

Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder ist für den Imperialismus überaus gefährlich geworden. Schließlich sind der Charakter des heutigen Wettrüstens und dessen Logik objektiv so beschaffen, daß einfach eine Seite nicht die militärische Überlegenheit erlangen kann. Löst ja das Streben nach derartiger Überlegenheit automatisch eine Gegenreaktion aus, und letztlich wird erneut ein militärisch-strategisches Gleichgewicht erzielt, nur auf höherer und immer gefährlicher Ebene. Die Kalkulation mit der militärischen Überlegenheit ist unter den heutigen Bedingungen nicht nur absurd, sondern völlig sinnlos.

Alle genannten Faktoren insgesamt haben viele Politiker der kapitalistischen Welt zur Besinnung gebracht. Der Entspannungskurs — als einzige vernünftige Alternative zum kalten und um so mehr zum heißen Krieg — wurde ein wichtiges Element, das auf die Herausbildung des außenpolitischen Kurses einiger Regierungen der kapitalistischen Welt, vor allem in Westeuropa, spürbar einwirkt. Vielen von ihnen sind die Ergebnisse der Entspannung teuer.

Der vom XXIV. und XXV. Parteitag der KPdSU verkündete Kurs trug seine Früchte: Eine Wende vom kalten Krieg und der Konfrontation zur Lösung der komplizierten internationalen Probleme am Verhandlungstisch und zur Entwicklung der Zusammenarbeit entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zeichnete sich ab. Überdies brachte der Mechanismus der zwischenstaatlichen friedlichen Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur, der sich in den 70er Jahren zu formieren begann und sich allmählich immer mehr vervollkommnete, erste Ergebnisse. Unter die politischen Prozesse der Entspannung wird also ein zuverlässiges materielles Fundament gezo- gen.

Die UdSSR strebt nicht nach militärischer Überlegenheit. Die Welt des Sozialismus ist davon überzeugt, daß der von ihr gewählte Weg richtig ist, daß er den Lebensinteressen des Volkes entspricht. Und deshalb hegt der Sozialismus keine Hegemoniepläne, träumt nicht von der Weltherrschaft. Ebendeshalb geht die Sowjetunion beim militärisch-politischen Kräfteverhältnis nach wie vor erstens davon aus, daß das abenteuerliche Rennen um die Führungsrolle bei den Rüstungen und den militärischen Potentialen beendet werden muß, und zweitens von der Notwendigkeit, nicht nur den hier bestehenden Status quo zu wahren,

sondern die allmähliche Senkung des militärischen Konfrontationsstandes bei striktester Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit durch beide Seiten anstreben. Das ist der feste und unveränderliche Kurs der Sowjetunion, der keinerlei vorübergehenden Schwankungen ausgesetzt ist.

Die USA und einige ihrer Verbündeten lassen sich verbal von anderen Erwägungen leiten. Ist es ja eine Tatsache, daß die Kriegsgefahr, die Gefahr eines globalen thermonuklearen Konflikts, die Mitte der 70er Jahre etwas nachgelassen hatten, jetzt erneut zugenommen haben. Das Wettrüsten hat Ende der 70er Jahre neben dem rein militärischen auch einen deutlich ausgeprägten politischen Aspekt gewonnen. Es wurde jetzt Hauptinstrument der außenpolitischen Strategie des Imperialismus, vor allem des US-Imperialismus. Die neue Spirale des Wettrüstens hat zu ernsten und gefährlichen Veränderungen im gesamten internationalen Leben geführt. Mittels der unkontrollierten Eskalation der Rüstungen wollen gewisse Kreise des Westens, der NATO, auf die internationale Entwicklung Einfluß nehmen. Und folglich haben sich dabei nicht leicht zu überwindende Hindernisse eingestellt, die Entspannung zur dominierenden Tendenz der internationalen Beziehungen zu machen, was noch vor einigen Jahren durchaus real, realisierbar und greifbar erschien.

Auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU wurde betont, daß der Grund hierfür darin liegt, daß die USA und deren Helfershelfer, vor allem die chinesische Führung, die Entspannung durch das Wettrüsten zu Fall bringen wollen. Das ist eine Art Gegenreaktion der Friedensfeinde darauf, daß sich bei Bewahrung der militärisch-strategischen Parität das gesamte internationale Kräfteverhältnis auch weiterhin zugunsten von Frieden und Sozialismus verschiebt. Und das ist keineswegs ein Widerspruch.

Das Problem der Kräftebalance läuft ja keineswegs auf eine Parität im militärisch-strategischen Bereich hinaus. Ihr soziales Hauptelement ist die Bewegung der Massen, ihr gesellschaftlicher Bewußtseinsstand, ihre Entschlossenheit und Bereitschaft, ihre Möglichkeiten, einen eigenen Beitrag zur Gestaltung ihres Schicksals zu leisten, der Geschicklichkeit und künftiger Generationen. Unter diesem Gesichtspunkt bleibt das Übergewicht der Kräfte, die von Positionen des Sozialismus, gegen Krieg und Imperialismus, von Positionen der Demokratie und des sozialen Fortschritts auftreten, nicht nur erhalten, sondern nimmt weiter zu. Hier gibt es und kann es keine Parität geben. Hier wäre es naiv, versuchen zu wollen, irgendeine Gleichheit, einen Status quo herzustellen, die Bestrebungen und

Stimmungen der Massen in irgendwelche Bahnen zu lenken.

W. I. Lenin hat seinerzeit geschrieben, daß Revolutionen nicht auf Bestellung oder Übereinkommen gemacht werden. Und das ist heute nicht weniger richtig als vor Jahrzehnten. „Wir waren stets der Meinung“, betonte Leonid Breshnew, „daß die Wahl des gesellschaftlichen Entwicklungsweges die innere Angelegenheit jedes Volkes ist, daß sie von ihren eigenen Motiven, Bedürfnissen, von der sozialen und politischen Praxis, dem Verhältnis der Klassenkräfte bestimmt wird.“

Eben das internationale Verhältnis der Klassenkräfte zeigt auch heute, bei einer neuen Zuspitzung der Lage, wie auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU betont wurde, daß es große und reale Möglichkeiten dafür gibt, das Abgleiten in einen neuen kalten Krieg nicht zuzulassen und die normale friedliche Koexistenz zu gewährleisten.

Vor allem sind die internationalen Errungenschaften der sozialistischen Ländergemeinschaft in den 70er Jahren eine gute Grundlage, um der Offensive des Imperialismus und seiner Helfershelfer entgegenzutreten, um die Entspannung als beherrschende Tendenz der Weltpolitik zu bewahren. Das wirtschaftliche und politische Potential der sozialistischen Gemeinschaft hat zugenommen, und dadurch ist auch deren Einfluß auf den Lauf und den Charakter der internationalen Entwicklung gestiegen. Die Solidarität der sozialistischen Bruderländer in den internationalen Grundfragen ist ein Faktor von globaler Bedeutung. Sie hat klaren Ausdruck auf der letzten Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten im Mai d. J. in der polnischen Hauptstadt gefunden. Die dort verabschiedete Deklaration und die Erklärung sind Dokumente, die die Ziele des gemeinsamen Kampfes der Länder der sozialistischen Gemeinschaft gegen die Kriegsgefahr und reale Wege hierfür aufzeigen. Es ist ein neues konstruktives Programm für den Friedenskampf, das die ganze Kompliziertheit der derzeitigen Situation berücksichtigt.

Die Positionen der Arbeiterbewegung in den Ländern des Kapitals festigen sich. Sie kämpft immer aktiver für die Bewahrung und Ausweitung ihrer sozialen und politischen Rechte, gegen neofaschistische und militaristische Tendenzen. Sie setzt die herrschende Klasse in Fragen der Außenpolitik unter immer spürbareren Druck, womit die Bourgeoisie nun zu rechnen hat. Insgesamt begann die Arbeiterbewegung (insbesondere gilt das für die Sozialdemokratie) eine aktiveren Rolle im Kampf gegen den Krieg, für die Abrüstung und die Bewahrung der Entspannung zu spielen.

Die Entwicklungsländer und die Bewegung der Nichtpaktgebundenen

haben trotz gewisser Meinungsunterschiede zu einigen außenpolitischen Fragen objektiv ihre anti-imperialistischen Positionen gestiftet. Die Prozesse in der dritten Welt bringen besonders deutlich das immer stärkere Streben breiter Volksmassen nach antiimperialistischen, antikolonialistischen Umgestaltungen zum Ausdruck.

Und diese Tendenzen lassen sich natürlich selbst mit Waffengewalt nicht aufhalten. Derartige Versuche können nur zu einer bisweilen sehr starken Komplizierung der Weltlage führen. Doch die Schuld für eine derartige Verschärfung, für die Untergrabung von Frieden und Entspannung darf nicht dem Kampf der Völker gegen den Krieg, für sozialen Fortschritt gegeben werden. Die Schuld dafür trägt die imperialistische Politik der „Anti-Entspannung“, die durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker, durch Wettrüsten und internationale Konfrontation das Verhältnis der sozialen Klassenkräfte verändern will.

Die UdSSR, die KPdSU traten stets entschieden, fest und konsequent gegen die Konzeption des sozialen Status quo auf. Das ist unser prinzipieller Kurs, der die objektiven Erfordernisse der globalen gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck bringt. Ebenso konsequent und entschieden wurden jegliche Versuche zurückgewiesen, die besonders in diesem Jahr unternommen wurden, um die Entspannung zu untergraben. In der internationalen Tätigkeit der KPdSU werden jetzt schon mehr als sechs Jahrzehnte seit der Oktoberrevolution zwei strategische Aufgaben untrennbar miteinander verbunden: der Kampf für Entspannung und friedliche Koexistenz sowie der leninistische Internationalismus. Leonid Breshnew hat das erneut betont: „Wir werden auch in Zukunft alles tun, um die Entspannung und all das Positive zu bewahren, was uns die 70er Jahre gebracht haben, um eine Wende zur Abrüstung herbeizuführen, das Recht der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung zu unterstützen, um den Frieden zu schützen und zu festigen.“

Die KPdSU ist bekanntlich stets gegen einen Export der Revolution aufgetreten. Doch sie wendet sich entschieden auch gegen einen Export der Konterrevolution und unterstützt unablässig den Kampf der Völker für ihre Rechte, für die Möglichkeit, selbständig den eigenen Entwicklungsweg zu wählen.

Es geht also um die tiefe, organische Verbindung des Kampfes für

Entspannung mit dem Kampf für sozialen Fortschritt, und nur unter diesem Gesichtspunkt sind die konkreten Erscheinungen in der Welt zu verstehen, die bisweilen selbst in der linken, demokratischen Bewegung umstritten sind — so die Bewertung der afghanischen Revolution und ihres Kontextes, der iranischen Revolution, das Verhältnis zur Revolution in Nikaragua oder zum Sturz des Pol-Pot-Regimes in Kampuchea.

Es heißt auch so: Damit die Entspannung stabil und beständig werde, müsse man von der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung Abstand nehmen. Konkret solle man z. B. in Kampuchea nicht verhindern, daß mit Hilfe äußerer Kräfte erneut das bestialische Pol-Pot-Regime in den Sattel gehoben wird; Angola solle man seinem Schicksal überlassen und den imperialistischen Kräften und dem rassistischen RSA-Regime erlauben, die neue Ordnung, die dort durch den Sieg der Befreiungskräfte entstanden ist, abzuwürgen und von CIA und Peking ausgehaltene Organisationen an die Macht zu bringen; die äthiopische Revolution, die immer noch Attacken von außen gegen die territoriale Integrität des Landes ausgesetzt ist, solle man ohne Unterstützung lassen, der afghanischen Revolution solle man nicht helfen und es bei verbalen Protesten dagegen bewenden lassen, daß die auf dem Territorium anderer Staaten vom Imperialismus und von Peking organisierte, finanzierte und aufgerüstete Konterrevolution vor nichts haltmacht, um Afghanistan in das finstere Mittelalter zurückzuwerfen.

Revolutionen können nicht auf Bestellung oder Übereinkommen gemacht werden. Doch Revolutionen können auch auf Bestellung und Übereinkommen nicht verboten werden. Die alte Welt muß damit rechnen, daß die Völker ihr Leben selbst gestalten wollen. Die Welt des Sozialismus und die Arbeiterbewegung aber haben das Recht und sogar die Pflicht, Geburthelfer der neuen Welt zu sein.

Die KPdSU hat nie ihr Interesse verhehlt, daß sich das globale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, der Friedenskräfte verändert, d. h. zum Nachteil des Imperialismus, mit anderen Worten zum Nachteil der engen Fraktionen der herrschenden Klasse der kapitalistischen Länder, die um ihrer eigennützigen Klassen- und Ausbeuterinteressen willen auf Krieg und die Unterdrückung der

demokratischen Bewegungen in der ganzen Welt setzen.

Heute nimmt die Antikriegsbewegung neue Dimensionen an. Sie erfaßt die breitesten Schichten der Weltöffentlichkeit, wovon z. B. das Weltparlament der Völker für den Frieden (September d. J., Sofia) zeugte. Ungeachtet aller Differenzen und sogar der Teilnehmer dieser Bewegung ist zu konstatieren, daß sie sich in der Hauptfrage einig sind. Darin, daß erstens die Entspannung gerettet und bewahrt werden muß und daß dies nur mit vereinten Anstrengungen gelingen kann. Zweitens darin, daß man nicht für Frieden und Entspannung durch Abgehen von dem heiligen Prinzip zahlen darf, daß jedes Volk das souveräne Recht auf seinen eigenen Weg zum sozialen Fortschritt hat. Und schließlich darin, daß die siegreichen Kräfte des Fortschritts, die bereits über ein großes Potential des Friedens und des sozialen Fortschritts verfügen (übrigens nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die revolutionäre Weltbewegung und die Befreiungsbewegung), ihrerseits das Recht und die Pflicht haben, einen Kurs auf Entspannung wie auf soziale und nationale Befreiung der Völker zu steuern.

Gerade das heutige soziale und politische Kräfteverhältnis in der Welt berechtigt zu der Feststellung, daß die Entspannung lebt und wirkt, daß der Frieden bewahrt und gefestigt werden kann.

Daß sich das Kräfteverhältnis auch weiterhin zugunsten von Frieden und Sozialismus ändert, ist die Gewähr dafür, daß Versuche, den Kampf der Völker für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt aufzuhalten, völlig aussichtslos sind. Derartige Versuche rufen nur schwere internationale Komplikationen hervor, doch vermögen sie diese Bewegung nicht aufzuhalten, das Rad nicht zurückzudrehen.

Der Klassenantagonismus, der das Rückgrat, das eigentliche Wesen der globalen Entwicklung darstellt, ist eine objektive Realität, die niemand beseitigen kann. Die Träume von einem sozialen Status quo sind absurd. Die prinzipielle Haltung der KPdSU ist es nach wie vor, in Anerkennung dieser objektiven Realität und verstehend, daß wir in einer sich wandelnden Welt leben, wobei wir zu diesen Veränderungen in Richtung auf den sozialen Fortschritt beitragen, danach zu streben, daß dieser Klassenantagonismus einen Weltkrieg ausschließt. Das war und bleibt der prinzipielle internationale Kurs unserer Partei im Kampf für Frieden und Sozialismus. ■

Am 10. November 1945 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien aufgenommen. Dies war die logische Folge des Kurses der KPdSU und der Sowjetregierung auf die Unterstützung des Kampfes der Völker für ihre nationale und soziale Befreiung, war Ausdruck dessen, wie unser Land die souveränen Rechte jedes Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit achtet. Es brachte die aufrichtige Sympathie der sowjetischen Menschen für das albanische Volk zum Ausdruck, für seinen jahrhundertelangen Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat, die im gemeinsamen Kampf gegen den Feind in den Jahren 1941—1945 noch weiter erstarkte.

Gleich nach der Befreiung des Landes von den faschistischen Okkupanten und der Errichtung der volksdemokratischen Ordnung wurde Albanien von den imperialistischen Mächten politischem, wirtschaftlichem und militärischem Druck ausgesetzt. Die Ermunterung und Unterstützung der einheimischen Reaktion, Komplotten, Erpressungsmanöver, Diversionsakte und Grenzprovokationen, die Verweigerung der Anerkennung der Volksmacht und Versuche, sie international zu isolieren... Was unternahm der Westen nicht alles, um das Rad

Am 29. und 30. Oktober fand in Hanoi auf Initiative der Gesellschaft für vietnamesisch-sowjetische Freundschaft ein internationales Treffen der Freundschaftsgesellschaften sozialistischer Länder mit der UdSSR zum Thema statt: „Die Rolle der Öffentlichkeit bei der Festigung und Entwicklung der brüderlichen Freundschaft und der kämpferischen Solidarität mit den Völkern der sozialistischen Länder.“

Neben Vertretern der Freundschaftsgesellschaften mit der Sowjetunion aus Bulgarien, der CSSR, der DDR, Kuba, Laos, der Mongolei, Polen, Ungarn und Vietnam nahm eine Delegation der Gesellschaft für kampuchäisch-sowjetische Freundschaft an dem Treffen teil. Die sowjetische Öffentlichkeit wurde vom Verband der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland und von der Gesellschaft für sowjetisch-vietnamesische Freundschaft repräsentiert.

Die Teilnehmer des Treffens, das am Vorabend des 63. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution stattfand, konstatierten übereinstimmend, daß die Einheit der sozialistischen Bruderländer und die Koordinierung ihrer Aktionen eine wichtige

Zum 35. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen

der albanischen Geschichte zurückzudrehen.

Daß die UdSSR diplomatische Beziehungen zu Albanien aufnahm, brachte den Plänen der imperialistischen Mächte einen empfindlichen Schlag bei und half, die diplomatische Isolierung des jungen Staates an der Adria zu durchbrechen. Dank den Bemühungen der UdSSR wurden die Ansprüche auf die Südgebiete Albaniens zurückgewiesen und die Versuche imperialistischer Kreise vereitelt, dem albanischen Volk die Verantwortung für die Politik der faschistischen Okkupanten und Verräter des albanischen Volkes gegenüber anderen Ländern aufzuladen. Auf der Pariser Friedenskonferenz setzte die UdSSR durch, daß Albanien als vollberechtigter Teilnehmer der Antithlerkoalition anerkannt wurde. Die feste, prinzipielle Haltung der Sowjetunion förderte die Aufnahme Albaniens in die UNO (1955) und in andere internationale Organisationen.

In ihrer Deklaration über die Beziehungen der VR Albanien zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern vom 4. November

1956 erklärte die albanische Regierung: „Die Rettung des albanischen Volkes aus der jahrhundertelangen Knechtschaft, der Triumph der Volksrevolution, die Schaffung und Festigung des neuen sozialistischen Staates wären ohne die Hilfe und die allseitige uneigennützige Unterstützung der Sowjetunion unmöglich gewesen. Die Geschichte hat die überaus große Bedeutung der internationalen Unterstützung und Verteidigung des albanischen Volkes und des jungen albanischen Staates durch die Sowjetunion bewiesen. Die Sowjetunion hat stets mit großer Entschiedenheit die gerechte Sache des albanischen Volkes gegen Intrigen, Komplotten, imperialistischen Druck und die Versuche einer Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verteidigt.“

Die breite Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ermöglichte es dem albanischen Volk, in historisch kürzester Zeit die Wunden des Krieges zu heilen und die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in Angriff zu nehmen. Die ersten Objekte der nationalen In-

dustrie, die ersten Kader für Volkswirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die erste Universität des Landes, das nationale Filmstudio, die Erfolge bei der Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen — all das ist untrennbar mit den Jahren der fruchtbaren sowjetisch-albanischen Zusammenarbeit verbunden.

Zusammen mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern beteiligte sich Albanien aktiv an der Ausarbeitung und Verwirklichung der gemeinsamen außenpolitischen Vorschläge für eine Verringerung der internationalen Spannungen, zur Bewahrung des Friedens und zum Kampf gegen das Wettrüsten. Die sozialen und wirtschaftlichen Erfolge Albaniens und die friedliebende Außenpolitik trugen dazu bei, daß sein internationales Ansehen ständig zunahm.

Die sowjetischen Menschen und die Gesellschaft für sowjetisch-albanische Freundschaft begehen die denkwürdigen Daten in der Geschichte Albaniens und der sowjetisch-albanischen Beziehungen.

Die Wiederherstellung normaler sowjetisch-albanischer Beziehungen wäre, wie auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU betont wurde, für unsere beiden Länder ebenso wie für die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Staaten nützlich.

W. OLGIN

TREFFEN IN HANOI

Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung der Aufgaben beim Aufbau der neuen Gesellschaft, bei der Festigung der internationalen Positionen des Sozialismus und der weiteren Zunahme seines Einflusses auf die Weltentwicklung ist. Alle Redner betonten, daß die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft besondere Bedeutung in der heutigen internationalen Lage gewinnt, da die US-Imperialisten und ihre Pekinger Verbündeten der Entspannungspolitik das Wettrüsten und die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder entgegengesetzt.

Die Teilnehmer des Treffens bekundeten ihre Besorgnis über die Lage in Indochina. Die Pekinger Expansionisten verüben fortgesetzte militärische Provokationen an den Grenzen Vietnams, wobei sie zynisch von ihrem „Recht, eine weitere Lektion zu erteilen“, sprechen. Peking und Washington fördern die Überfälle versprengter Pol-Pot-Banden auf die VR Kampuchea und üben offen Druck auf die Staaten Südostasiens aus.

In dem Kommuniqué erklärten die

Teilnehmer des Treffens ihre entschlossene Unterstützung für die Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea und verlangten von der chinesischen Führung die vollständige und unverzügliche Einstellung der Provokationsakte gegen diese Länder.

Vietnamesische, laotische und kampucheanische Delegierte betonten in ihren Reden, daß sie in dem internationalen Treffen von Hanoi einen weiteren Beweis für die Unterstützung ihrer gerechten Sache durch die Bruderparteien, -länder und -völker sehen. Die internationalistische Unterstützung der sowjetischen Menschen, der Werktätigen der sozialistischen Länder hat zu ihren Siegen im heldenhaften Kampf gegen die französischen Kolonialherren und die US-Aggressoren beigetragen. Die brüderliche Solidarität ist die Gewähr jetziger und künftiger Sieges des vietnamesischen, des laotischen und des kampucheanischen Volkes bei der Abwehr der Umtriebe und Aggressionsakte der Pekinger Hegemonisten

wie beim erfolgreichen Aufbau eines neuen Lebens.

Die Teilnehmer des Treffens besuchten den Bau des Wasserbaukomplexes am Schwarzen Fluß, des leistungsstärksten hydrotechnischen Objekts in Südostasien, das mit Unterstützung der UdSSR entsteht, und trafen mit dem ruhmvollen Kollektiv des Werkzeugmaschinenbetriebes von Hanoi, mit Vertretern der Arbeiterklasse von Ho-Chi-Minh-Stadt zusammen.

Pham Van Dong, Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Ministerpräsident der SRV-Regierung, bedankte sich bei einem Empfang für die Teilnehmer des internationalen Treffens herzlich bei der KPdSU, den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, bei allen Bruderländern und -völkern für die Unterstützung der gerechten Sache Vietnams. „Der Weg des Großen Oktober ist ein Weg des Sieges. Er ist der Weg unserer Revolution, der Weg, den die anderen Bruderländer und -völker erfolgreich gehen“, sagte Pham Van Dong. „Der stets siegreiche Marxismus-Leninismus ist unser Leitstern.“

G. KULIKOWA

NEUE HORIZONTE

Von unserem Sonderberichterstatter Sergej GOLJAKOW

In diesem Herbst wurde in Bulgarien die Bilanz dreier Quartale des laufenden Jahres gezogen. In den statistischen Mitteilungen hieß es: In den letzten Monaten hat das Tempo der Industrieproduktion zugenommen. Die höchsten Kennziffern weist die Chemieindustrie auf, wo der Produktionszuwachs bei mehr als 11% liegt. Um ca. 10% stieg das Produktionsvolumen der elektronischen und elektrotechnischen Industrie. Dieser Wirtschaftszweig entwickelt sich weiterhin sehr intensiv. Immer mehr Präzisionsgeräte und -anlagen „Made in Bulgaria“ werden exportiert.

Bei den Konsumgütern ist ein stabiler Produktionszuwachs zu verzeichnen. Die Geschäfte der Handelsfirma Valentina in der Hauptstadt bieten ein breitgefächertes Angebot, demonstrieren die hohe Qualität der modischen bulgarischen Kleidung. Weltneuau zu erschwinglichen Preisen!

Vor zwölf Jahren, bei meinem letzten Besuch in Sofia, gab es dort noch keine Valentina-Geschäfte oder Fernsehgeräte eigener Produktion und viele andere Waren, die heute in großer Auswahl angeboten werden. Auch die bulgarische Metropole sah damals anders aus. Jetzt ist nur die Stadtmitte mit ihren alten Bronzedenkmalen und dem hallenden Pflaster fast unberührt geblieben. Um das Zentrum herum aber ist alles neu — Häuser, Hotels, die breiten Straßen, der Zentralbahnhof. Die alte Hauptstadt ist jünger geworden. Auf das wichtigste neue Bauobjekt werden wir noch zu sprechen kommen, zunächst aber noch etwas Statistik.

In diesem Herbst erinnerte man sich des 80. Jahrestages des Beginns der Elektrifizierung des Landes. Am 1. November 1900 war das erste

Wasserkraftwerk Bulgariens am Isker bei Sofia in Betrieb genommen worden. Zwei Jahre später wurde in Sofia ein Wärmekraftwerk mit vier Dampfturbinen (Gesamtleistung 200 PS) fertiggestellt.

1905, nach der Elektrifizierung der Hauptstadt, des damalig einzigen Industriezentrums und Stromverbrauchers, hielten Glühbirnen in Gabrowo, Kazanlik, Warna, Plowdiw und einigen anderen Städten Einzug. Doch zu Beginn des ersten Weltkriegs betrug der Pro-Kopf-Stromverbrauch hier nur 2–3 kWh jährlich. In den nachfolgenden beiden Jahrzehnten lebte Bulgarien weiterhin bei Kerzenlicht und Petroleumlampe. 1939 waren nur 13% der Städte und Ortschaften elektrifiziert. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch stieg auf 45 kWh jährlich, während er im Weltschnitt fünfmal so hoch lag und in den europäischen Industriestaaten 500–800 kWh erreichte.

Allein in den 35 Jahren der Volksmacht sind die Stromerzeugung in der VR Bulgarien um mehr als das 89fache und der Pro-Kopf-Stromverbrauch fast um das Hundertfache gestiegen. Dieser Kennziffer zufolge hat Bulgarien alle anderen Balkanstaaten und Italien überholt.

Viel geschieht in Bulgarien für das Gesundheitswesen, die ständige Hebung des Lebensniveaus der Bürger und die Verbesserung der sozialökonomischen Arbeitsbedingungen. All das war stets ein besonderes Anliegen der Volksmacht. Die Ära des Sozialismus, die am 9. September 1944 in Bulgarien anbrach, wurde für die Bevöl-

kerungsentwicklung ein wahres „goldenes Zeitalter“. In 35 Jahren erreichte man eine sehr hohe Lebenserwartung: 71 Jahre und 4 Monate, also fast 20 Jahre mehr als zu Beginn der 40er Jahre.

Diese Zahlen verdeutlichen die Anstrengungen und Errungenschaften eines ganzen Volkes. Das kleine Bulgarien mit seinen 9 Millionen Einwohnern, einst ein reines Agrarland, ist zu neuen Ufern des industriellen Fortschritts aufgebrochen, stellt sich in eine Reihe mit den europäischen Industriestaaten.

Ganz Bulgarien geht mit großen Leistungen dem XII. Parteitag der BKP entgegen.

Ich besuchte das bedeutendste Bauobjekt des heutigen Bulgarien, das in unmittelbarem Zusammenhang mit dem bevorstehenden Parteitag steht. Ebendort, im neuen Volkskulturpalast, werden am 31. März 1981 die bulgarischen Kommunisten zusammentreffen.

Ein Sechseck aus weißem Marmor, ähnlich einem Kristall, ist das Hauptgebäude des künftigen Palastkomplexes. Mehr als 40 Meter hoch (plus 14 Meter unter der Erde). Vor dem Haupteingang ein weitläufiger Platz mit Springbrunnen. Rechts und links Einkaufszentren, Hotels und Nebenräume. Hinten eine Tiefgarage für 2000 Wagen. In den Komplex einbezogen ist eine Station der neuen Metro.

Im Zentralteil des Hauptgebäudes befinden sich einige Säle. Der Hauptsaal verfügt über 4900 Plätze, kann mit einer Schiebewand geteilt werden. Die beiden Konzertsäle bieten je 900 und 700 Plätze. Im Bankettsaal können mehr als 4000 Gäste auf einmal speisen. Plus diverse Räume mit Bibliotheken, Lesesälen und Hobbyräumen.

„Der Gedanke für ein solches

Der Volkskulturpalast in Bau



kulturelles Zentrum wurde im Volk selbst geboren", sagte mir der Autor des Projekts, der bekannte bulgarische Architekt Alexander Barow. „Er geht auf die bescheidenen Lesehallen zurück, die schon seit langem in bulgarischen Städten und Dörfern aus Spenden eingerichtet wurden. Die Menschen spendeten stets bereitwillig für solche allgemein zugänglichen Bildungs- und Kulturstätten, wo man nicht nur zu einem Buch greifen, sondern auch Musik, Chorgesang und Kunsthandwerk nachgehen konnte.“

Auch bei dem Großobjekt von Sofia hat ganz Bulgarien mitgewirkt. Fünf- bis sechstausend Arbeiter der verschiedenen Berufe sind dort gleichzeitig tätig — in drei Schichten, rund um die Uhr.



Montagebrigadier Pjotr Milew

Fotos des Autors

Die bulgarischen Bauleute beschlossen, den gesamten Komplex in nur drei Jahren fertigzustellen. Und sie werden ihr Wort halten! Projektanten sind neben Armierungsschmieden, Monteuren, Betonbauern, Verkleidern und Arbeitern vieler anderer Berufe tätig. Und nur mein Gesprächspartner Georgi Kirow, Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees der vierten Bauverwaltung von Sofia, des Hauptauftragnehmers dieses Objektes, kann sich jetzt in Ruhe der gesellschaftlichen Arbeit widmen. Der Geodät Georgi Kirow hat seine Arbeit abgeschlossen.

Die bulgarischen Hüttenarbeiter haben für den Komplex einen besonderen Stahl entwickelt, der selbst den höchsten Anforderungen gerecht wird. Doch dieser neue Stahl stellt auch besondere Anforderungen.

„Dieser Stahl ist sehr fein. Man muß es verstehen, mit ihm umzugehen“, sagte Montagebrigadier

Pjotr Milew. Bis 1973 arbeitete Milew zusammen mit seiner 100köpfigen Brigade beim Bau des Hüttenkombinats in Kremikowzi, dann ging seine ganze Brigade in die Sowjetunion zum Lebedinsker Erzaufbereitungskombinat. Für seine erfolgreiche Arbeit verlieh die Sowjetregierung ihm den Orden der Völkerfreundschaft.

„Ganze fünf Jahre sammelten wir Erfahrungen bei Großobjekten“, erinnerte sich Milew. „Damals meinten wir, diese Erfahrungen würden wir zu Hause nicht bald nutzen können. Doch das war aber ein Irrtum.“

Im Februar 1979 kehrte die Hälfte der Brigade nach Sofia zurück, die andere Hälfte aber unter Leitung eines Assistenten von Milew, Sheljasko Shljaskow, blieb in der UdSSR. Beide Gruppen schlossen einen Wettbewerbsvertrag.

11 000 t Stahlkonstruktionen wurden bei dem Objekt von Sofia montiert. Präzisionsgeräte überprüften jede Schweißnaht.

„Qualität und nochmals Qualität, das ist unsere Devise. Dieser Bau hat viele dazu gebracht, sich fortzubilden und die Produktionskultur zu haben. Und noch vor seiner Eröffnung sollte der Kulturpalast so seine Wirkung tun“, scherzte Milew zum Schluß.

Das Bauobjekt am Fuße des Witoscha-Gebirges wird zu Recht als Jahrhundertobjekt bezeichnet. Es verkörpert die Erfahrungen der meisten früheren bulgarischen Großbauten. Hier kommen die progressivsten Formen der Arbeitsorganisation, eine fortschrittliche Technologie, moderne Materialien und Konstruktionen zum Einsatz. Nicht nur die Architekten und die Bauleute hatten sich zu bewähren, sondern die ganze bulgarische Industrie.

Sicher wird im neuen Volkskulturpalast immer reges Treiben herrschen. Natürlich werden auch Vertreter der internationalen Öffentlichkeit, die Bulgarien immer häufiger für ihre Begegnungen wählt, im Palast zusammenkommen. In diesem Herbst gaben sich ausländische Gäste geradezu die Klinke in die Hand. In Sofia nahmen Delegierte aus fünf Kontinenten am Weltparlament der Völker für den Frieden teil.

Großes Interesse bei den Mitarbeitern von Massenmedien in aller Welt fand die Tagung des Initiativausschusses zum Schutz der Rechte der Journalisten, die Ende September

ber in der bulgarischen Hauptstadt mit Unterstützung der Internationalen Organisation der Journalisten und der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen stattfand. Der Ausschuß appellierte an die Journalisten aller Kontinente, 1981 ein Weltforum nach Sofia einzuberufen, das die Frage der Verteidigung der Rechte und der Lebensinteressen der Journalisten im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt erörtern soll.

Im Oktober erlebte das bulgarische Fernsehpublikum das 8. Internationale Festival der Fernsehtheater in Plowdiw. 37 Theateraufführungen von Fernsehstudios aus 19 Ländern wurden gezeigt. Als bestes Stück wurde ein Schauspiel des schwedischen Fernsehens „Giena lacht nicht gern“ ausgezeichnet.

Dann das internationale Seminar für die Geschichte und Kultur der Thraker, die Ausstellung lateinamerikanischer Grafik, die Gastspiele ausländischer Ensembles, u. a. des Moskauer Theaters des Leninschen Komsomol.

Fünf Millionen ausländische Touristen haben in diesem Jahr Bulgarien besucht. Und für so viele Urlauber wird alles getan, damit sie sorgenlose Ferientage verleben können. Immer mehr Touristen besuchen Bulgarien, und dort wird man allen ihren Ansprüchen gerecht.

Natürlich gibt es auch Probleme. Im Herbst schrieb die hiesige Presse, daß die Ergebnisse in Industrie und Bauwesen trotz allem nicht den hohen Anforderungen gerecht werden, die auf der Landeskongress der BKP (April 1978) formuliert wurden. Immer noch geht zuviel Arbeitszeit verloren. Der Kampf gegen solche Unzulänglichkeiten erlangt heute besondere Bedeutung, da Partei und Staat Maßnahmen zur Vervollkommenung des Wirtschaftsmechanismus verwirklichen, die die Arbeitsproduktivität heben, die wirtschaftlichen Kennziffern und die Tätigkeit aller Betriebe verbessern und zu steigenden Gewinnen führen sollen, von denen letztlich die Löhne und Gehälter der Werkstätigen abhängen.

In den Diskussionen hierüber wird in der Presse ebenso wie in den Arbeitskollektiven deutlich, daß man sich mit dem Erreichten nicht zufriedengeben darf. Ein ganzes Volk baut seine Zukunft.

Sofia—Moskau

LAND UND KANAL

Alexander TRUSCHIN

In der Zone des Panamakanals geht es immer lebhaft zu. Unseren Wagen überholen Autobusse, die, wie es hier so üblich ist, mit Fantasievögeln und Helden von Cowboyfilmen bemalt und mit bunten Bändern behängt sind. Sie befördern Hafenarbeiter. Oder ausländische Touristen zu den Aussichtsplateaus, von denen aus man Ozeanriesen den Kanal passieren sehen kann.

Noch vor einem Jahr hatten die meisten hier eingetragenen Autos keine panamaischen Nummernschilder, sie gehörten Nordamerikanern. Jetzt sind einheitliche Nummernschilder eingeführt, grüne Buchstaben und Nummern auf weißem Grund und die Aufschrift „Panamá soberana“, souveränes Panama. Früher hatten die Orte an der Autobahn durch die Kanalzone nur englische Namen. Heute sieht man schon Schilder mit spanischen Aufschriften. Also sind auch die Orte jetzt panamaisch. Vom 1. Oktober v. J., an dem die neuen amerikanisch-panamaischen Verträge über den Kanal in Kraft traten, bis zum Jahr 2000 soll die Kanalzone mit den dort befindlichen Bauten und Anlagen allmählich in den Besitz Panamas übergehen.

Das stößt jedoch auf unzählige Hindernisse. Die Presse Panamas meldet besorgt, daß die in der Kanalzone angesiedelten chauvinistischen Nordamerikaner mehrere Schulen und Verwaltungsgebäude zerstört haben, die an Panama übergehen sollten. Beim Verlassen Panamas haben sie kostbare Denkwürdigkeiten und Werke der indianischen Kunst mitgenommen. Eines Nachts entführten unbekannte Personen sogar eine der ersten Lokomotiven von der Bahn zwischen der Pazifik- und der Atlantikküste, die aus dem vorigen Jahrhundert stammen. Diese Lokomotive, die noch die Kanalbauer aus aller Herren Ländern befördert, hatte man in Panama als Denkwürdigkeit aufzubewahren wollen.

Fünf Kilometer hinter der Einfahrt in die Kanalzone zeigt sich ein

Wegweiser zur Miraflores-Schleuse. Der Wagen überquert einen Schienenstrang, umrundet ein Benzindepot, fährt bergan und erreicht ein Aussichtsplateau, auf dem dicht bei dicht Touristenbusse und PKWs parken. In einem zweistöckigen Haus mit rotem Ziegeldach — der Schleusenverwaltung — unterhalten wir uns mit Ingenieur Sergio Samañega, einem Fahrdienstleiter.

Er erzählt, bevor die neuen Kanalverträge in Kraft traten, hätten die Yankees eine antipanamaische Kampagne aufgezogen und behauptet, die Panamaer seien unfähig, den komplizierten Kanalbetrieb selbstständig zu leiten, die Anlagen in Ordnung zu halten und instand zu setzen.

In der Tat gibt es eine ganze Menge Schwierigkeiten, weil die Instandsetzung der Schleusenmechanismen und anderer Kanalausrüstungen sehr kompliziert ist. Die meisten Ersatzteile muß man von Hand herstellen, denn die Maschinenbaubetriebe haben die Erzeugung der veralteten Kanalmechanismen — die aufgestellten sind von 1910 — schon lange eingestellt. Ihre Anfertigung ist, trotz aller pessimistischen Voraussagen, aber doch in Gang gebracht, und ein stockungsloses Funktionieren aller Anlagen ist gewährleistet worden.

Aber neben der aufdringlichen Hetzpropaganda verschmähten die USA auch eine ausgesprochene Sabotage nicht. So holten sie einen Teil der Schleppdampfer und von anderen die Besetzungen weg. Auch das erzählte mir Samañega und fuhr fort, es habe nur sehr wenig panamaische Matrosen mit Erfahrung gegeben, die frühere, nordamerikanische Verwaltung habe keine Panamaer auf die Schleppdampfer zugelassen. In kurzer Zeit mußten eigene Besetzungen ausgebildet werden. Jetzt versehen sie den Dienst auf den Schleppern nicht schlechter als die Nordamerikaner.

Beim Zuhören muß ich an meine Begegnung mit Luis Anderson denken, der der Gewerkschaft der in

der Zone beschäftigten Panamaer vorsteht. Anderson sagte:

„Die Verträge über den Kanal entsprechen zwar nicht allen Erwartungen unseres Volkes, sie sind aber bestimmt ein wichtiger Schritt dazu, daß Panama aufhört, ein koloniales Anhängsel der USA zu sein. Die langjährige Diskriminierung der Panamaer z. B. hat schon ein Ende. Wir verdienten weniger und durften an einigen Orten der Zone nicht wohnen. Die meisten meiner Landsleute hausten in Slums, komfortable Häuser wurden auf dem Boden Panamas nur für die Yankees gebaut und obendrein Luxushotels, Spielkasinos und Gaststätten.“

Gleich nachdem die Verträge ratifiziert waren, übernahm es die Regierung Panamas, die Arbeitsplätze in der Zone zu besetzen. Früher hatte es 14 000 gegeben. Als aber die nordamerikanischen Angestellten und ihre Familien abreisten, die zahlreiche Bedienstete gehabt hatten, schrumpfte die Zahl der Arbeitsplätze um 4000, von denen 3500 mit Amerikanern besetzt gewesen waren. Der Kanal wird jetzt fast ganz von 11 000 panamaischen Ingenieuren, Technikern, Arbeitern und Angestellten bewirtschaftet.

Panama ist aber großzügig zu nordamerikanischen Fachkräften. Es ist auf viele Forderungen der USA bezüglich ihrer Zukunft eingegangen. Auf Wunsch dürfen sie ihre Stellungen behalten. Trotz der Hetze in der reaktionären Presse der USA haben manche nordamerikanische Fachkräfte eingewilligt, Panama anzulernen.

Schema und Realität

Im großen Saal der Schleusenverwaltung hängt noch immer das Firmenzeichen der Panamagesell-



schaft: Ein Schiff mit geschwellten Segeln auf dem Kanal und darunter die englische Aufschrift: „The Land Divided — the World United“. Wie zweideutig und heuchlerisch diese Devise ist, springt heute ins Auge. Der US-Imperialismus, der Panama zu Anfang des 20. Jahrhunderts zweiteilte, schuf keine Voraus-

setzungen für Frieden, sondern erhielt dort viele Jahre lang Spannungen aufrecht.

Auf einem mitten im Raum aufgestellten schmalen, langen Schema zeigen kleine Glühbirnen die den Kanal passierenden Schiffe an. Durch das breite Fenster aber hat man eine wunderschöne Aussicht auf eine feingeschwungene Brücke, malerische Hügel an beiden Ufern und Segeljachten in der Ferne. Auf dem Ancónberg, der höchsten Stelle in der Kanalzone, weht jetzt die Nationalflagge Panamas.

Direkt unter uns befindet sich eine Schleusenkammer. Ein japanischer Tanker ist eingefahren, und nun hebt sich der Wasserspiegel und damit das riesige Fahrzeug. Vier kleine Lokomotiven auf gezahten Schienen an den Längsböschungen der Kammern stehen still, zwei vorn und zwei hinten neben einem Schiff. Sie sind dazu da, die Schiffe zu stoßen oder, falls nötig, abzubremsen. Auf dem Aussichtsplateau, wo es sich ausländische Touristen mit Coca-Cola-Büchsen in den Händen bequem gemacht haben, wird ein Lautsprecher eingeschaltet, und ein Fremdenführer erzählt, das erste Schiff habe den Kanal am 15. August 1914 durchfahren; der größte Dampfer, der an die Kanalgesellschaft 68 500 Dollar zahlte, sei die berühmte „Queen Elizabeth“ gewesen, und die geringste Kanalgebühr – 36 cent – habe der amerikanische Schwimmer Richard Halliburton gezahlt, der 1928 schwimmend den ganzen Kanal, vom Pazifik bis zum Atlantik, zurückgelegt habe.

Man kann hinzufügen, daß die USA dank dem Kanal seit 1914 über 15 Md. Dollar Fracht sparen konnten und daß die Kanalgesellschaft viele Millionen Gewinn eingeschlagen hat. Die Republik Panama bekam jährlich aber nur etwa 2 Mio. Dollar.

Jetzt ist diese haarsträubende Ungerechtigkeit behoben. Der jährliche Anteil Panamas an den Einkünften vom Kanal wächst auf 60 bis 80 Mio. Dollar an. Außerdem sind ihm die beiden tiefen Häfen Balboa am Pazifik und Colin am Atlantik sowie die parallel zum Kanal verlaufende Eisenbahn übergeben worden.

Fachkräfte Panamas planen jetzt den Bau neuer, auf Behältertransporte eingerichteter Häfen.

Vertragsbrüche

Viele der politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die sich Panama von den neuen Verträgen ver-

sprach, haben noch nicht Gestalt angenommen. Die wirtschaftliche Entwicklungsrate, die voriges Jahr nur 2,7% betrug, bleibt noch jetzt hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück. Arbeitslosigkeit und Lebenshaltungskosten nehmen noch immer zu.

Das erklärt sich nicht nur mit der Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt, sondern ganz unmittelbar auch damit, daß die USA andauernd gegen die Verträge über den Kanal verstossen und deren Ausführung nach Kräften hintertrieben. Die nordamerikanische Reaktion hat den Abschluß und die Ratifizierung der Verträge nicht vereiteln können, aber im Kongreß einige Zusatzträge durchgedrückt, die ihnen dem Sinn und dem Buchstaben nach zu widerlaufen. Entgegen den Vereinbarungen hat der US-Kongreß die gemeinsame Kanalverwaltungskommission (5 Vertreter der USA und 4 Vertreter Panamas) bis zum Jahr 2000 unter die Kontrolle des US-Verteidigungsministeriums gestellt. Dazu sagte Senator Javits ruhmedig: „Dieser Zusatz gibt uns das absolute Recht, mit Panama zu machen, was wir wollen.“ Kein Wunder, daß die Kommission so gut wie untätig ist. Außerdem sind von nordamerikanischer Seite in den bereits ratifizierten Verträgen finanzielle Änderungen vorgenommen, so z. B. die festgesetzte Höhe der Zahlungen an Panama für die Bewirtschaftung des Kanals annulliert worden. Der US-Kongreß wird sie alljährlich bestimmen. Ein direkter Verstoß gegen die Souveränität Panamas ist auch der Beschluß der US-Regierung, Panama 28 Mio. Dollar für die Benutzung von Wasser aus den Seen, durch die der Kanal fließt, abzuziehen. Darauf hat Panama mit Recht erklärt, daß sowohl der Kanal, als auch die Flüsse und Seen, die ihn speisen, seine Naturschätze sind. Ferner hat der US-Kongreß im vergangenen August beschlossen, den Kanal zu den Höhegewässern der USA zu zählen, was ein notorisches Verstoß gegen die Vereinbarungen und gegen die Souveränität der Republik Panama ist.

Drei „Verteidigungsherde“

Die wolkenlose Bläue über der Kanalzone erzittert vom Dröhnen schwerer Transportflugzeuge. Sie kreisen über dem Dschungel und setzen Paras ab. An den Toren der US-Stützpunkte sind Panzer eingegraben. Die Rohre ihrer Geschütze sind auf die Hafenanlagen und Benzindepots gerichtet. Als der Kampf gegen das Diktatorregime in Nika-

ragua im Aufschwung begriffen war, wurden dort nacheinander Manöver unter Teilnahme der in der Kanalzone stehenden US-Truppen und auch aus den USA hinausgeworfen abgehalten. Aus der Kanalzone wurden Hercules-Flugzeuge mit Kriegstechnik und Munition Somoza zu Hilfe geschickt. Jetzt, wo die in El Salvador regierende Junta einen unerklärten Krieg gegen das eigene Volk führt, werden in den militärischen Schulungszentren des Pentagon in der Kanalzone rund 300 Offiziere El Salvadors ausgebildet. Dann werden sie heimgeschickt, damit sie dort die erworbenen „Kenntnisse“ anwenden, d. h. unbewaffnete Menschen umlegen und Dörfer mit Brandsatz einäschern.

Die regelmäßigen Manöver in dieser Gegend Panamas werden vom Stab des Südlichen US-Militärmandos als ein „einfaches Durchspielen des Zusammenwirkens der Luft-, See- und Landstreitkräfte der USA bei der Verteidigung der Hafenanlagen des Panamakanals“ bezeichnet.

Die Öffentlichkeit Panamas meint mit Recht, daß die 14 US-Basen, die zahlreichen Schießplätze und Waffendepots in der Kanalzone vom Pentagon nicht zu Verteidigungszwecken, sondern dazu benutzt werden, die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA auf der westlichen Halbkugel zu wahren und reaktionäre Regimes zu stützen.

Bei den Verhandlungen über die neuen Verträge war die Frage der Militärstützpunkte der USA eine der akutesten. Washington suchte seinen militärischen Bereitstellungsraum dort so lange wie nur möglich zu behalten. Schließlich konnte es durchsetzen, daß es die 14 Stützpunkte bis zur Jahrhundertwende behalten darf. Den Verträgen zufolge werden sie von jetzt an aber „die drei Verteidigungsherde“ genannt. Da bestehen nach wie vor Ausbildungszentren für Offiziere aus lateinamerikanischen Ländern und für die „Kommandos“ (Fort Gulick), bestehend neuerdings aus einem Magazin der US-Kriegsmarine mit nuklearen Sprengköpfen (Fort Sherman), ferner die Polizeioffiziersschule in Fort Davis und der elektronische Horchposten in Fort Clayton. Auf die Marinebasen Coco Solo und Rodman sind Atom-U-Boote mit Polarisraketen gestützt. Auf dem Testgelände in Fort Sherman werden Reservisten aus den USA im „Vorgehen gegen Partisanen“ gedrillt.

Wie wir sehen, klammert sich der Imperialismus an die Landenge von Panama. Er wird sie aber unweigerlich räumen müssen.

DIVERSIONEN AUF WEITE SICHT

„Radio Liberty“ (RL) und „Radio Freies Europa“ (RFE) werden von der US-Regierung großzügig dotiert. Dieses Jahr verfügten sie über 93,9 Mio. Dollar. Trotzdem hat das außenpolitische Komitee des Repräsentantenhauses dafür gestimmt, daß ihnen noch 3 Mio. Dollar bewilligt werden. Der amerikanischen Presse zufolge sind im Haushaltssplan 1981 für sie 113,5 Mio. Dollar ausgesetzt.

Warum ist man so freigebig? Sonst ist die Regierung der Monopole ja knickerig, wenn es sich um die Etatposten Gesundheits- und Bildungswesen sowie Kultur handelt. Die Sache ist die, daß die beiden Sender am allerwenigsten den üblichen Sendern gleichen. Sie sind Diversions- und Spionagezentren, deren Wühlakte gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Brüderländer gerichtet sind. Und sie sind nicht etwa Geheimdezernate Washingtons, alles andere als das. Das System der Zuständigkeiten und die Geldquellen besagen eindeutig, daß RL und RFE offizielle, aus dem Bundesetat finanzierte Propagandaorgane sind, geleitet und unterhalten, genau wie die CIA, das FBI, das Pentagon, das Amt für internationale Verbindungen und jedes andere Amt der US-Regierung.

Zu diesem Schluß kommt man nach dem Lesen des ausgiebig dokumentierten und mit überzeugenden Fakten und Argumenten ausgestatteten Sammelbandes „Die Diversions im Äther“, in dem das Treiben der genannten beiden Sender gebrandmarkt wird.*

Viele Jahre lang strengte sich Washington an, zumindest äußerlich den Anstand zu wahren, und gab die Hetzsender für Privatunternehmen aus, mit denen die US-Administration

* „Die Diversions im Äther“, Dokumentation. Budpress (Ungarn), Panorama (DDR), Sofia Press (Bulgarien), Interpress (Polen), Agentur Nowosti (UdSSR), Orbis (CSSR). Verantwortlich für die Herausgabe: W. Schundejew, zusammengestellt von A. Ruchadse. Verlag der Agentur Nowosti, Moskau 1980.



tion nichts zu tun habe. Das behauptet man, obwohl schon damals in zahlreichen Meldungen der Presse, auch der westlichen, die Direktverbindung zwischen RL/RFE und der CIA aufgedeckt war, so daß sich die Weltöffentlichkeit nicht darüber täuschte. Erst im Januar 1971, als Senator Clifford Case und Repräsentantenhausmitglied Ogden Reid im US-Kongreß dokumentarisch nachwiesen, daß die beiden Sender gehätschelte Sprößlinge der CIA sind und restlos von dieser unterhalten werden, erst da nahm die US-Regierung sie unverhohlen unter ihre Fittiche und hoffte, die Giftmischer dadurch weißwaschen zu können. Zu diesem Zweck wurde 1973 der Rat für Auslandsrundfunk (International Broadcasting Council — IBC) gebildet, dessen fünf Mitglieder vom US-Präsidenten ernannt werden und zu dem auch die Exekutivdirektoren von RL und RFE gehören. Für die politische Tätigkeit der Sender zeichnet das Staatsdepartement verantwortlich. Formal sollte das bedeuten, daß die Sender ihre Verbindung zur CIA gelöst hatten. Der erste Vorsitzende des IBC, David Abshire, stellte die Sache im Kongreß so hin, als befasse sich RL/RFE von nun an ausschließlich mit dem Informations- und Ideenaustausch gemäß der KSZE-Schlufakte. Das war eine faustdicke Lüge.

Wie ein Verfasser des Sammelbandes, der sowjetische Journalist Sergej Goljakow, schreibt, haben weitere Geschehnisse gezeigt, daß diese Erklärung sich nicht mit den Tatsachen verträgt. Anfang 1976 kehrte nach erfülltem Sonderauftrag der Offizier der tschechoslowakischen Aufklärung Pavel Minafik nach Prag zurück und wies stichhaltig nach, daß die beiden Sender auch weiter von der CIA für Wühlakte gegen die sozialistische Ländergemeinschaft benutzt wurden. Davor, daß der Washingtoner Geheimdienst auch weiter die operative Leitung der Münchener Sender ausübt, sprach auf einer Pressekonferenz in Sofia der bulgarische Kundschafter Christow, der 11 Jahre bei RFE gearbeitet hatte. Und hier eine Zeugenaussage sozusagen aus erster Hand: In einem

Interview für die Wochenschrift „U.S. News & World Report“ sagte CIA-Direktor Stansfield Turner, alles sei bei RL/RFE beim alten geblieben, die leitenden Posten seien noch immer mit Staatsbürgern der USA, größtenteils mit CIA-Beamten oder mit der CIA liierten Leuten, besetzt.

Es handelt sich aber nicht nur um subversive Rundfunkpropaganda. Wie der Journalist Julian Wilczyński aus Polen in seinem Artikel in dem Sammelband mitteilt, betreiben Abteilungen der besagten Sender auch eine „Tätigkeit außerhalb des Äthers“, die für Washingtons Geheimdienst außerst interessant ist. Was für eine? Das beantwortet die „New York Times“ so: Es bestehe ein ständiger Kontakt zwischen Angestellten der Sender und Bewohnern einiger Länder des „sowjetischen Blocks“, die für RL Informationen einholen. Es erübrigt sich wohl zu erläutern, welcher Art diese Tätigkeit in einem oder anderen Land ist und wie die Informationen ausländischen, dem Sozialismus feindselig gegenüberstehenden Zentren und Staaten zur gefälligen Verwendung zugeleitet werden. Die Abteilung Forschung bei RL, schreibt in diesem Zusammenhang die amerikanische „International Herald Tribune“, gelte als „einzig in ihrer Art, sie besitzt ein einseitiges Bild vom Leben in den kommunistischen Ländern... Ein Besuch dieser Abteilung gibt einen gewissen Begriff vom Umfang ihrer Forschungen. Die Karte Polen umfaßt z. B. 150 000 Karten, fast die Hälfte mit Einzelheiten aus den Lebensläufen (früherer und jetziger) führender Partei- und Regierungsfunktionäre.“ Die Karten enthalten auch Einzelheiten über Politik, Wirtschaft, Streitkräfte, Forschungsanstalten und Kulturstätten der sozialistischen Länder.

Verschiedene Informationen bekommen RL und RFE nicht nur dadurch, daß sie ihre Leute als Touristen, Kaufleute oder Wissenschaftler in die sozialistischen Länder schicken, sondern auch dadurch, daß sie Bürger dieser Länder, die kapitalistische Staaten besuchen, mit raffinierten Methoden ausholen. Nach einer sorgfältigen Verarbeitung von Material aus der Bibliothek des US-Kongresses gelangen die Buchverfasser zu dem Schluß, daß RL und RFE im Jahresdurchschnitt 7000 Bürger sozialistischer Länder in die Macht nehmen.

Ein aufschlußreiches Detail: Das Spionagematerial, das RL und RFE zusammentragen, wird nicht nur von den Geheimdiensten der USA, sondern (natürlich mit Bewilligung der CIA) auch von denen ihrer NATO-Partner benutzt. Davon zeugen im vorliegenden Band dokumentarisch belegte Tatsachen: „Aus Hearings im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des US-Senats am 29. April sowie am 1. und 5. Mai

1975. Frage Senator Cases: „Wie verhalten sich die NATO-Staaten zum Sender Freies Europa?“ Herr Abshire: „Senator Case, als ich Außenministerien europäischer Regierungen aufsuchte, war ihnen allen“ (und bestimmt nicht nur den diplomatischen, sondern auch den Geheimdiensten, über die sich der IBC-Präsident natürlich ausschweigt) „„das hohe Niveau der Forschungen bekannt, deren Ergebnisse den Sendern zur Verfügung gestellt werden““. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Sogar Präsident Carter hat in seiner Rede im US-Kongreß „Über die Rundfunksendungen für das Ausland“ (März 1977) von der engen Koordinierung der Tätigkeit von RL und RFE einerseits und der Ämter in den NATO-Ländern für psychologische Kriegsführung anderseits gesprochen.

Offenbar ist dieser Aspekt der Tätigkeit dieser Hetzsender, deren Hauptquartier nicht in den USA, sondern in München seinen Sitz hat, den Geheimdiensten der NATO derart recht, daß die deutsche Bundesregierung ein Auge dafür zu drückt, daß es widerrechtlich ist, wenn RL und RFE in der BRD bestehen und sich betätigen. Und schließlich sind die Sender in München schon lange zu Sprachrohren

von Verrätern an ihren eigenen Völkern in den sozialistischen Ländern gemacht worden, für die die westliche Propaganda das Wort Dissidenten gebraucht, das Andersdenkende bedeutet. Das sollen Andersdenkende sein? Es ist ja schon wiederholt bewiesen worden, daß sie direkt oder indirekt im Dienst der CIA und anderer westlicher Spionagedienste stehen! Mit dem Fremdwort aus einer toten Sprache will man die politischen Kadaver galvanisieren, die sich im „psychologischen Krieg“ des Imperialismus gegen die sozialistische Ländergemeinschaft zu Agenten hergeben. Hetzreden der „Dissidenten“ werden von RL und RFE im Äther verbreitet. Im US-Kongreß wurde in der Debatte über die Verbindungen der Münchner Sender mit den Herstellern von Hetzschriften festgestellt, daß schon zwischen 1969 und 1972 in den sozialistischen Ländern ein ganzes Netz von Korrespondenten des sogenannten Samisdat (Selbstverlag) vorhanden gewesen sei, geleitet von dem versierten amerikanischen Agenten Abraham Brumberg, der die Verleumdungen der „Dissidenten“ den Medien des Westens zugespielt habe. Vor kurzem schrieb die „Prawda“, zum selben Zweck sei in München ein spezielles „Samisdat-Archiv“ angelegt worden, das dem Leiter des RL-Aufklärungs-

dienstes, dem CIA-Mann Albert Beuter, unterstehe.

Jetzt, wo der US-Imperialismus unverkennbar einen neuen kalten Krieg anzettelt und eine für den Frieden und die Sicherheit aller Völker bedrohliche Situation herbeiführt, haben die Münchner Hetzsender mit ihrer subversiven Betätigung starken Auftrieb erhalten. Die „Washington Post“ schrieb neulich, daß die CIA neue Pläne für eine Intensivierung der Wühlakte gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder aufgestellt hat, laut denen u. a. die RL/RFE noch mehr aktiviert werden sollen. Das bestätigt ein übriges Mal, daß die Hetzsender politische Werkzeuge des Antikommunismus, daß sie Propagandazentralen der reaktionären Kräfte sind.

Deshalb können sich alle gutwillten Menschen, alle, die für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Entspannung und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit sind, der Schlußfolgerung in dem vorliegenden Sammelband anschließen, daß die Sender „Radio Liberty“ und „Radio Freies Europa“ keinen Platz unter den Massenmedien haben. Auch im politischen Leben der modernen Welt sind sie völlig fehl am Platze.

V. TSCHERNJAWSKI

CHILE

HENKER, HENKERSGEHILFEN

Die Dokumente, die wir heute veröffentlichen, haben unsere chilenischen Freunde, Patrioten, die für die Freiheit ihrer Heimat kämpfen, an unsere Redaktion geschickt. Die Gegner des Regimes und Angehörige der „Verschollenen“ entdecken von Zeit zu Zeit solche Briefe in ihren Postkästen.

Empörung und Abscheu rufen diese Briefe hervor, die meist in Druckbuchstaben verfaßt sind.

„Violeta Súñiga! Wir kennen dich gut. Du bist eine Kommunistin und warst in Rußland. Wir werden dich einfach abschlachten...“

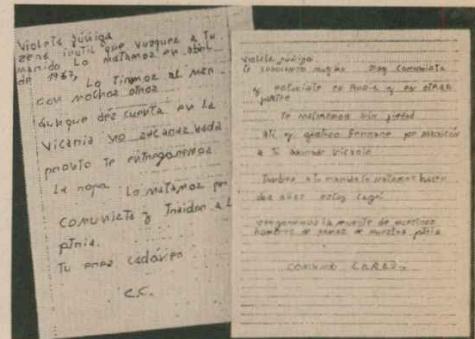
„Du wirst deinen Mann vergeblich suchen. Wir haben ihn im April 1977 getötet. Zusammen mit vielen anderen haben wir seine Leiche ins Meer geworfen. Bald werden wir dir seine Kleidung schicken. Wir haben ihn getötet, weil er Kommunist und Verräter

der Heimat ist. Auch du wirst bald eine Leiche sein...“.

„Elena! Wir wissen, wo du dich aufhältst, mit wem du dich trifft. Der Kommunismus ist tot. Christus aber lebt. Bald bist du dran...“.

Solche Drohbriefe sind mit „Comando Carevic“ unterzeichnet. Das ist eine der in Chile tätigen paramilitärischen faschistischen Banden, benannt nach einem Geheimagenten, der durch eigene Schuld umkam, doch von der Junta als Held ausgegeben wird.

Die rechtsradikalen Terrorbanden bezeichnen sich als „Gruppen von Privatpersonen“. Doch zweifelsohne agieren sie nicht nur mit Duldung, sondern mit direkter Unterstützung und in engem Kontakt mit Pinochets Geheimpolizei — wie die Banditen von Patria y Libertad, die am gleichen Tag und zur gleichen Stunde, als Panzer auf den



Präsidentenpalast La Moneda zurollten, eine Treibjagd auf „Kommunisten“ veranstalteten. Die Junta überläßt solchen Banden einen Teil ihrer „Arbeit“, um sich so ein „Alibi“ zu verschaffen, freie Hand zu haben und Zeit zu finden, damit sie große Töne von einer „Liberalisierung des Regimes“, von einem allmählichen Übergang zur „verfassungsmäßigen Ordnung“ abgeben kann.

W. TSCHIRKOW

METAMORPHOSEN DER GESELLSCHAFT JESU

Lasar WELIKOWITSCH

Im Westen diskutierten viele Blätter lebhaft über eine kürzliche Mitteilung der Kurie des Jesuitenordens, laut der, erstmalig in der Geschichte der Gesellschaft Jesu, ihr General zurücktritt. Er (der „schwarze Papst“), Pedro Arrupe, habe Papst Johannes Paul II. schon im April d. J. um die Erlaubnis dazu ersucht und sich auf sein Alter berufen (er wird im November 73). Das Oberhaupt der katholischen Kirche hatte grundsätzlich keine Einwände, bat Arrupe jedoch, damit noch einige Zeit zu warten.

Erst ein gutes Vierteljahr danach wurde der Rücktritt vom Hauptquartier des Ordens, das sich in Rom, in der Straße Borgo Santo Spirito 5, befindet, publik gemacht.

Wenn die Nachricht Aufsehen erregt hat, so ist das nicht verwunderlich. Seit Entstehen der Gesellschaft Jesu (sie wurde 1534 gegründet und 6 Jahre später von Papst Paul III. offiziell bestätigt) ist der Ordensgeneral, der auf Lebzeiten gewählt wird, noch nie freiwillig aus dem Amt geschieden. Jetzt ist diese Tradition, die auf Ignatius von Loyola, den Gründer des Ordens, zurückgeht, gebrochen worden.

Pedro Arrupe, Leiter einer Provinz des Jesuitenordens in Japan, wurde zum Oberhaupt der Gesellschaft Jesu auf deren 31. Kongregation (1965/1966) gewählt. Dort wurde auch die Bestimmung über einen eventuellen Wechsel des Ordensleiters bestätigt, laut der ein Rücktrittsgesuch des jeweiligen „schwarzen Papstes“ in den Provinzkongregationen zur Debatte gestellt werden muß und das neue Oberhaupt von einer Generalkongregation des Ordens zu wählen ist.

Obwohl also die Prozedur der Machtübergabe in der Gesellschaft festgelegt ist, war bisher noch kein einziges Mal eine Abdankung erfolgt. Womit erklärt sich dieser ungewöhnliche Schritt des 28. Ordensgenerals? In der Auslands presse werden Zweifel an der offiziellen Begründung Arrupes laut, sein Entschluß hänge mit der Gesamtlage in der katholischen Kirche, mit der

Krise des modernen Katholizismus zusammen. Das Vorhandensein dieser Krise ist von Papst Johannes Paul II. bestätigt worden. Im vorjährigen Herbst, bei einer Audienz Pedro Arrupes und 30 anderer führender Männer der Gesellschaft Jesu beim Papst, erklärte dieser, daß „die Krise im religiösen Leben auch Ihren Orden nicht verschont und bei den Christen, der Hierarchie und dem Papst Besorgnis erregt.“

Verschwindet der allmächtige Orden?

Ein Anzeichen für die Krise in der „schwarzen Garde“ des Vatikans, wie die Jesuiten auch genannt werden, ist das Sinken ihrer Zahl, der Austritt vieler aus dem Orden. In den acht Jahren von 1966 bis 1974 ist die Zahl seiner Mitglieder von 36 038 auf 29 436 gesunken. 1979 hatte er nur noch 27 000 Mitglieder. Über diese Verluste ist die Kurie des Ordens sehr besorgt. Der Jesuit James Naughton, der vom „schwarzen Papst“ insgeheim beauftragt worden war, die Ursache der Fahnenflucht der „Soldaten Loyolas“ herauszufinden, gelangte zu folgendem Schluß: „Sollte die Flucht aus dem Orden im selben Tempo weitergehen und durch neue Beitritte nicht wettgemacht werden, so kann man sagen, daß der Orden so gut wie verschwinden und daß es im Jahre 2000 keinen einzigen Jesuiten mehr geben wird.“

Eine Ursache davon, daß sich die Reihen der Gesellschaft Jesu stark gelichtet haben, besteht in der Aufrechterhaltung des Zölibats für Geistliche, das in der katholischen Kirche schon im 11. Jahrhundert eingeführt wurde. Auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) wurde versucht, eine Abschaffung des Zölibats zur Sprache zu bringen. Papst Paul VI. verbot aber sogar eine Debatte dieses Weltkirchengremiums darüber. Im Jahre 1967 erließ er eine Enzyklika über das Zölibat der Geistlichen, in der er erneut die Unantastbarkeit dieser Bestimmung der katholischen Kirche bestätigte.

Früher war die Gesellschaft Jesu sehr einflußreich und stellte die Hauptstütze des Heiligen Stuhles dar. Der Jesuiten-Ordensgeneral Tambu-

rini sagte zu einem hohen französischen Gast: „Von diesem Zimmer aus regiere ich nicht nur Paris, nicht nur China, sondern die ganze Welt, und niemand weiß, wie das vor sich geht.“ Das war im 18. Jahrhundert, aber die Zeit, als der „schwarze Papst“ über das Schicksal von Regierungen und Königen bestimmte, ist vorüber.

Die Ordensmitglieder bemühten sich immer, in die nächste Umgebung von Monarchen zu gelangen, um die Staatspolitik beeinflussen zu können. Nach der Devise „Der Zweck heiligt die Mittel“ scheut die „Soldaten Loyolas“ im Kampf gegen diejenigen, die die katholische Kirche als ihre Feinde ansah, vor nichts zurück. Jesuiten waren die ersten Missionare, die in Lateinamerika und Asien eindrangen und den Kolonialatoren mit dem Kreuz den Weg bahnten.

Im 20. Jahrhundert haben die Ordensmitglieder die Päpste, insbesondere Pius XII., beeinflußt. Zu dessen Umgebung gehörten auch die deutschen Jesuiten Leiber, Hentrich und Gundlach. Sie beteiligten sich rege an der Erörterung wichtigster Fragen, die die Politik des Vatikans betrafen. Jesuiten steckten hinter den nach dem zweiten Weltkrieg vom Vatikan herausgegebenen Dokumenten über die Ausstoßung von Kommunisten aus der Kirche. Die Mitglieder der Gesellschaft Jesu hinter dem Bronztor hatten direkt etwas mit der Abfassung anderer päpstlicher Dokumente, darunter auch Enzykliken, zu tun. Sie hatten und haben im ideologischen Apparat des Vatikans führende Stellungen inne und haben unmittelbar auf die Auswahl von Vatikanbeamten sowie entscheidend auf die Karriere vieler Geistlicher eingewirkt. In den von Jesuiten geleiteten Einrichtungen und den Periodika des Ordens, z. B. in der Zeitschrift „Civiltà Cattolica“, wurden die sozialen Doktrinen des Katholizismus formuliert und präzisiert.

Berater Papst Pauls VI. für soziale und politische Fragen waren auch „Soldaten Loyolas“. Viele sind Berater, Experten verschiedener Kongregationen sowie der Sekretariate des Vatikans. So sind von den 30 Beratern des Sekretariats für Kontakte mit Ungläubigen 15 Jesuiten. Zum Erzbischof von Mailand, dem größten Bistum Italiens, hat Papst Johannes Paul II. den Jesuiten Martini, den Rektor der päpstlichen Gregorianischen Universität (der Gregoriana) in Rom, ernannt. Einige Ordensmitglieder sitzen auch in Staatsämtern. Vizeassistent des ehemaligen US-Präsidenten Nixon und später einer seiner einflußreichsten Mitarbeiter

war der Jesuit McLaughlin. Er kandidierte auch bei den Wahlen zum US-Senat. Drei Jahre lang arbeitete er im Weißen Haus und war der erste katholische Geistliche unter den Mitarbeitern eines amerikanischen Präsidenten.

Die Untergebenen des „schwarzen Papstes“ sind eifrige Verfechter eines klerikalen Antikommunismus. Sie arbeiten mit allerlei antikommunistischen Zentren zusammen und treten gegen gemeinsame Aktionen von Katholiken und Kommunisten auf. Bezeichnenderweise erwacht bei den herrschenden Kreisen Chinas ein reges Interesse für die Tätigkeit des Ordens. Voriges Jahr bekam dieser aus Peking das Angebot, in Schanghai die Aurora-Universität wieder zu eröffnen, die vor ihrer Schließung von den Jesuiten kontrolliert wurde. Voriges Jahr war eine repräsentative Delegation der Gesellschaft Jesu in China.

Wie jede Ware

Die Jesuiten nennen sich Bettelmönche, was sie jedoch nicht daran hindert, gute Geschäfte zu machen. Sie lassen selbst oder durch Strohmänner große Kapitalien für sich arbeiten, die ihnen ansehnliche Gewinne einbringen. Sie haben in vielen Ländern Geld investiert. Die amerikanischen Jesuiten sind mit Mammutkonzernen der Stahlindustrie wie Republic Steel und National Steel liiert, ferner mit Konzernen des Flugzeugbaus wie Lockheed und einer Reihe anderer.

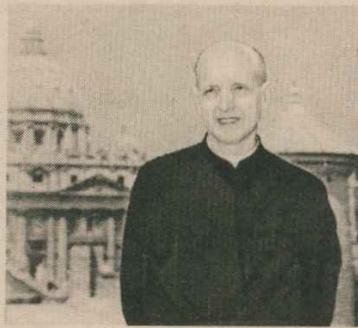
Alle Geschäfte werden streng geheim getätigt. Übrigens haben die Untertanen des „schwarzen Papstes“ ausreichende Erfahrungen darin. Jetzt, wo die Verhältnisse für die Kirche nicht so einfach sind, müssen sie besonders vorsichtig sein und ihre Transaktionen sorgfältig tarnen. Sie haben aber die vor mehr als 400 Jahren von Ignatius von Loyola vorgeschriebene religiös-politische Mission keineswegs niedergelegt. Der „Spiegel“ schrieb zu Anfang der 60er Jahre, auch jetzt stelle man sich die Macht der Jesuiten enorm und den Schleier des Geheimnisses um sie undurchdringlich vor. Der Orden habe aber auch ein Geheimnis aus neuester Zeit: wie es ihm trotz des festzustellenden Mißtrauens gegen die Jesuiten gelungen sei, selbst bei den Katholiken als reformistische Avantgarde der römischen Kirche zu gelten.

Die Zeitschrift übertreibt unverkennbar, welche Rolle der Orden jetzt spielt. Er hat weder die Macht noch die Kraft wie früher. Die zwei-

te Bemerkung des „Spiegels“ ist dagegen recht interessant. Der Orden, der in der sogenannten Gegenreformation führend war, verfügt jetzt eine Reformation der katholischen Kirche. Die „schwarze Garde“ des Vatikans, die sich immer den wandelbaren Verhältnissen anzupassen wußte, kämpft besonders eifrig dafür, daß der Katholizismus seine Positionen in der Welt von heute behält. Aus dem grauen Haus auf der Borgo-Santo-Spirito-Straße ziehen sich Fäden nach fast 90 Ländern.

Die Philosophen, Soziologen und Theologen des Ordens propagieren eifrig die Sozialdoktrin des Katholizismus. In den unter Kontrolle und Obhut der Gesellschaft Jesu stehenden Universitäten werden Geistliche herangeschult. An ihnen haben auch ziemlich viel bürgerliche Staatsmänner studiert. In der westlichen Presse werden diese Universitäten und Colleges Bastionen genannt, die dem Orden seinen Einfluß in der Kirche sichern.

Die Jesuiten beschäftigen sich eingehend damit, die Formen der reli-



Pedro Arrupe, der „schwarze Papst“

Foto aus „Spiegel“ (BRD)

giösen Propaganda zu perfektionieren und auf die heutigen Verhältnisse zuzuschneiden. Man müsse für die Religion wie für jede Ware werben — zu diesem Schluß sind die Leiter der Gesellschaft Jesu gelangt. Der „schwarze Papst“ Arrupe verglich den Katholizismus einmal mit Coca-Cola. Er sei „zwar kein mildes Getränk, doch zweifellos eine ausgezeichnete Ware. Nur wissen wir nicht, wie wir sie verkaufen sollen. Moderne Geschäftsleute, die uns beobachten, müssen die Köpfe schütteln.“ Die höchsten Prälaten der katholischen Kirche müßten ihr Tätigkeitsfeld genauso gut wie die Kaufleute, die Coca Cola führen, den Markt für dieses Getränk kennen.

Das Interesse für die Reklame erklärt sich damit, daß die katholische Kirche ihren Einfluß auf die

Massen, namentlich auf die Jugend, schwinden sieht. Um bei dieser das Interesse für Religion zu heben, haben sich die Ordensmitglieder nicht damit begnügt, von der Kanzel zu predigen. Der französische Jesuit Duval gab Konzerte, er spielte Gitarre und sang nach Popmelodien Chorale.

Besonderes Gewicht legen die Mitglieder der Gesellschaft Jesu auf die Massenmedien. Radio Vatikan liegt faktisch in Händen der „schwarzen Garde“. Es sendet täglich in vielen Sprachen, auch in denen der Völker der sozialistischen Länder. Leiter des Senders ist Roberto Tucci, ein Jesuit, der dem Heiligen Stuhl nahesteht. Die wichtigsten Programme werden von Mitgliedern der Gesellschaft Jesu zusammengestellt. Sie bestimmen auch Inhalt und Gesamtrichtung der Rundfunkpropaganda.

Der Propaganda unter den Arbeitern schenkt der Orden viel Aufmerksamkeit. Außer Mitgliedern anderer katholischer Orden, z. B. der Dominikaner und der Franziskaner, arbeiten Jesuiten in Fabriken. Sie haben die Sutane gegen den Overall vertauscht und tragen „das Wort Gottes“ ins Arbeitsermilieu. Arrupe empfing am 9. Februar d. J. 14 geistliche Arbeiter aus einigen Ländern Westeuropas und betonte, wie wichtig ihre Mission sei. Er sagte: „Ein Jesuit als Arbeiter ... hat in der Welt der Arbeit die besondere Mission einer apostolischen Tätigkeit.“ Diese nannte der „schwarze Papst“ eine Seelsorge und die damit beschäftigten Geistlichen einen „Brückenkopf auf einem zu erschließen den Kontinent“, mit welchem er unverkennbar die Arbeiterklasse gemeint hat.

Der Ordensgeneral begründete die Notwendigkeit der religiösen Propaganda unter den Arbeitern damit, daß sich in der Welt der Arbeit Ideen ausbreiten, die unchristlich, gottlos und materialistisch seien. Arrupe machte es den in Fabriken arbeitenden Geistlichen zur Aufgabe, ganz in den werktätigen Massen aufzugehen. Ein Jesuit als Arbeiter sei Hefe, die den Teig nicht treibe, wenn sie sich nicht in ihm auflöse.

Für Dialoge „mit anderen Kulturen“

Um sich bei den Werktätigen Vertrauen zu verschaffen, brandmarken die Jesuiten öfter den Kapitalismus und seine Mängel, was von der bürgerlichen Presse als prokommunistisch bezeichnet wird.

Was die „Soldaten Loyolas“ da-

mit ausrichten wollen, geht aus einer Rede Arrupes auf einer Pressekonferenz hervor. Er sagte: „Man beschuldigt uns oft, Kommunisten zu sein. Die Menschen brauchen jetzt aber nicht Worte, sondern Taten. Das sieht man besonders in Lateinamerika, wo z. B. die Arbeiter der Zuckerrohrplantagen unter unmenschlichen Verhältnissen in Lagern leben und nur verpflegt werden, weil man ihre Arbeitskraft braucht.“ Was den Marxismus betreffe, so könne man einen Kulturtrend nicht mißachten, der so einflußreich und weitverbreitet ist. Man dürfe Dialoge und eine konkrete Zusammenarbeit mit marxistisch orientierten Gruppen und Bewegungen nicht a priori von der Hand weisen.

Diesen Gedanken äußerte er auch auf der fünften Tagung einer Synode katholischer Bischöfe im Herbst 1977. Er rief die Kirche zu einem Dialog „mit anderen Kulturen, auch der in den marxistisch inspirierten politischen Bewegungen“, auf. Das halbamtlche Vatikanblatt „Osservatore Romano“ schrieb in einem Kommentar zur Rede des Ordensgenerals, die Kleriker müßten den verschiedenen sozialen und politischen Projekten der Gegenwart Rechnung tragen, nicht, um ihnen zuzustimmen, sondern um einen Dialog mit den diese Projekte aufstellenden Organisationen anzuknüpfen, denn Schweigen würde auf eine Unfähigkeit des Katholizismus schließen lassen, angemessen auf die lebenswichtigen Erfordernisse der Gegenwart zu reagieren. Das Blatt zitiert Arrupe: „Der Marxismus ist eine Realität unserer Zeit.“ Der „schwarze Papst“ unterbreitete der Synode ein entsprechendes Dokument.

Im Mai 1965 rief Papst Paul VI. die Jesuiten zum entschlossenen Kampf gegen den Atheismus und nannte ihn eine Hauptaufgabe der Gesellschaft Jesu. Bei einer Audienz sagte er zu Jesuiten, daß sie von jetzt an mit aller Kraft gegen den „streitbaren Atheismus“, gegen den philosophischen Atheismus derer anstreiken müssen, die „Gott leugnen“, ja überhaupt gegen den Atheismus. Damit beschäftigt sich jetzt hauptsächlich der Orden.

Allmählich aber sind die Leiter der Gesellschaft Jesu darauf gekommen, daß die antikommunistischen Brandreden im Sinne Pius XII. die Kirche nur in Mißkredit bringen. Deshalb eben reden sie jetzt vom Dialog mit den Marxisten und hoffen, daß es ihnen gelingen wird, seinen Inhalt und seine Ausrichtung zu bestimmen.

Diese neuen Tendenzen in den Reihen Arrupes sind beim konservati-

ven Flügel der katholischen Hierarchie nicht unbemerkt geblieben. Auf der 3. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM) Anfang vorigen Jahres zweifelte Bischof Trujillo sogar an, ob die Anwesenheit Arrupes berechtigt sei.

Im Zuge des „Aggornamento“

Der Kurs auf das „Aggornamento“ (die Modernisierung) der katholischen Kirche, den das zweite Vatikanische Konzil bestätigte und der bei einem großen Teil der Ordensmitglieder Zustimmung gefunden hat, äußert sich auch in der Tätigkeit der Gesellschaft Jesu selbst. In dessen Befriedigt es die Jesuiten nicht, daß ihn der Vatikan in seiner Praxis nicht konsequent steuert.

Der spanische Jesuit José Dies Alegria, Professor an der Gregoriana, hat sich den Unwillen des Vatikans mit seinem Buch „Ich glaube an die Hoffnung“ zugezogen. Darin kritisierte er die katholische Sozialdoktrin dafür, daß sie das Privateigentum für unantastbar erklärt. An die Hoffnung zu glauben, bedeutet, so sagt Alegria, an die Möglichkeit des Aufbaus einer anderen Welt zu glauben, die auf sozialer Gerechtigkeit beruhen soll, und für die Christen bedeute das Kampf gegen die mit der kapitalistischen Struktur verbundenen politischen Kräfte. Weiter ist er mit der Einstellung des Vatikans zur Ehescheidung und mit seiner Absicht nicht einverstanden, an der katholischen Lehre von Ehe und Familie keinerlei Änderungen zuzulassen. Da Alegria der Aufforderung der Ordensspitze nicht nachkommen will, an seinem Buch gewisse Änderungen vorzunehmen, wurde er zeitweilig aus dem Orden ausgeschlossen und der Professur an der Gregoriana entzogen.

An dieser Universität wurde auch Prof. Pietro Brugnoli abgesetzt. Er hatte sich rege an der Tätigkeit der Katholiken beteiligt, die sogar den Ordensgeneral kritisiert und Flugblätter „Arrupe contra Arrupe“ mit Anspielungen darauf verbreitet haben, daß der „schwarze Papst“ sein Versprechen nicht hält, bestimmte Reformen vorzunehmen. Eine Gruppe von Studenten der Gregoriana hat sich mit ihren gemäßregelten Professoren solidarisiert.

Die US-Zeitschrift „Time“ schrieb über die Aktionen von Jesuiten gegen den Kurs des Vatikans: „Was früher die vorderste Verteidigungsstellung war, ist jetzt eine fünfte Kolonne.“ Das ist allerdings stark übertrieben, aber die Tendenz, die sich im wichtigsten Orden der ka-

tholischen Kirche andeutet, ist richtig aufgezeigt.

Seit 1970 ist der amerikanische Jesuit Robert Drinan fünfmal in den US-Kongreß gewählt worden. Im Mai 1980, zwei Tage, bevor er die Papiere einreichen mußte, um bei den kommenden Wahlen kandidieren zu können, bekam er Weisung vom Vatikan, zum sechsten Mal nicht zu kandidieren. Die Weisung entsprach sinngemäß § 4 von Artikel 139 des kanonischen Gesetzbuches, der die Wählbarkeit von Geistlichen auf wie immer geartete politische Posten begrenzt. Die neue Führung im Vatikan fordert sie auf, sich nicht am politischen Leben zu beteiligen. Auf der erwähnten CELAM-Konferenz sagte Papst Johannes Paul II., die Geistlichen dürften sich am politischen Leben nicht beteiligen. Der Jesuit Drinan habe sich faktisch über die Verfügung des Vatikans hinweggesetzt.

Manche seiner Schritte im US-Kongreß hatten schon früher Unmut bei der katholischen Hierarchie erweckt. So verhielt er sich kritisch zum Vietnamkrieg der USA. Kardinal Kroll, der Erzbischof von Philadelphia, forderte sogar seine Abberufung aus dem Kongreß. Die westliche Presse betrachtet die Weisung des Vatikans an Drinan, seine parlamentarische Tätigkeit aufzugeben, als Warnung an die Geistlichen Lateinamerikas, von denen sich viele aktiv am sozialen und politischen Leben beteiligen.

* * *

Nach dem zweiten Vatikanischen Konzil von 1965 wurden die Differenzen in der Gesellschaft Jesu heftiger. Das zeigte sich besonders auf der 32. Kongregation des Ordens (Dezember 1974—März 1975), namentlich in der Debatte über eine gewisse Demokratisierung des Ordens. Darüber wurde eigentlich keine Entscheidung getroffen. Man einigte sich nur darauf, daß sechs von der Kongregation gewählte Berater in Zukunft dem „schwarzen Papst“ beigegeben werden sollen. Noch ein Zeichen für die Differenzen im Orden besteht darin, daß unter seinen Mitgliedern auch solche wie ein chilenischer Geistlicher sind, der von Pinochets Junta drangsaliert wird; ferner solche wie ein General der ehemaligen Nationalgarde Somozas, des Exdiktators von Nikaragua.

Der Entschluß Arrupes zum Rücktritt zeugt also von einer Verschärfung der Krise der gesamten katholischen Kirche also auch der Gesellschaft Jesu. Er zeugt von noch größeren Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen im Orden und von tieferen Gegensätzen zwischen ihm und der römischen Kurie.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Bekanntlich hat die Sowjetunion seinerzeit Konzessionen an ausländische Firmen erteilt. Warum kritisieren Sie dann so häufig die amerikanischen und andere Konzessionen in Lateinamerika?

Pedro MARTINEZ
Medellin, Kolumbien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Alexander
BARYSCHEW

Ja, Señor Martinez, in den ersten Jahren der Sowjetmacht, in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, hat es bei uns eine solche Praxis gegeben. Die Sowjetregierung schloß damals Verträge mit Firmen in Deutschland, den USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und einigen anderen kapitalistischen Staaten, die ihnen Naturressourcen sowie die Leitung von Betrieben und anderen Wirtschaftsobjekten zur Nutzung übertrugen, d. h. ihnen Konzessionen einräumten.

Die überaus schwere wirtschaftliche Lage der jungen Sowjetrepublik nach dem Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention zwang uns dazu. Das Sowjetland lag in Schutt und Asche. Die Menschen hungerten. Das Produktionsvolumen der industriellen Großbetriebe erreichte, verglichen mit dem letzten Vorkriegsjahr, nur ein Siebtel.

Besonders akut stand die Frage der Kapitalinvestitionen. 39 Md. Goldrubel — so groß war der Schaden, den die Wirtschaft unseres Landes genommen hatte. Wo in dem bettelarmen, verwüsteten Rußland sollte man eine solche Summe auftrieben, um die Fabriken und Eisenbahnen wiederaufzubauen, sie mit den notwendigen Brenn- und Rohstoffen zu versorgen sowie die ärmliche Lage der Arbeiter und Bauern zu verbessern?

In dieser Lage beschloß man, neben der Aufbierung aller inneren Ressourcen teilweise auch das Auslandskapital in den Aufbau einzubeziehen. Ein besonderer Regierungserlaß erlaubte 1920 den Abschluß von Konzessionsverträgen.

Lenin schrieb seinerzeit zu den Konzessionen, daß wir Opfer bringen, indem wir dem Auslandskapital Millionen wertvoller Materialien überlassen ...

doch zugleich müssen wir die für uns erforderlichen Vorteile erhalten, d. h. eine Zunahme der Zahl der Lebensmittel und möglichst eine Verbesserung der Lage unserer Arbeiter, sowohl jener, die in Konzessionsunternehmen beschäftigt sind, als auch der nicht Beschäftigten.

Diese Politik bewährte sich vor allem, weil im Sowjetland alle Produktionsmittel, die gesamte Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern waren. Konzessionen wurden nur so weit zugelassen, wie sie der Entwicklung der Volkswirtschaft, der Verbesserung der Lage der werktätigen Massen dienten und unter der Bedingung, daß sie auf keine Weise die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes beeinträchtigen durften, und unter voller Staatskontrolle standen. Wir haben den Kapitalisten keinerlei Privilegien eingeräumt. Die Sowjetmacht und die Partei gingen davon aus, daß „die Konzession auch eine Form des Kampfes ist, eine Fortsetzung des Klassenkampfes in anderer Form, keinesfalls aber eine Ersetzung des Klassenkampfes durch Klassenfrieden“.

Die den Kapitalisten eingeräumten Konzessionen wurden bis 1937, ohne eine breite Entwicklung erfahren zu haben, annulliert.

Und wie ist es um die Konzessionen bestellt, die den ausländischen Monopolen in vielen lateinamerikanischen Ländern eingeräumt werden? Meistens dürfen die ausländischen Kapitaleigner

unkontrolliert auf unerschlossenen oder in der Erschließung befindlichen riesigen Territorien, bzw. in der einen oder anderen Schlüsselindustrie eines Landes wirtschaften. Die Konzessionsinhaber, die Alleinrecht auf die Förderung, Verarbeitung und den Absatz der Rohstoffe anstreben und dann Maximalprofite daraus ziehen, unterstellen zugleich die ganze Volkswirtschaft ihrer Kontrolle.

Südlich des Rio Grande gibt es dafür mehr als genug Beispiele. Besonders in den Ländern mit Militärdiktaturen, die für die ausländischen Konzessionäre ein wahres Eldorado sind — z. B. Paraguay. Die Gesamtfläche der US-Konzessionen erreicht dort die Hälfte des Landesterritoriums. Je 6 Mio ha haben sich die International Products Corp. und die Pure Oil Comp. angeeignet. Die Fiduciária Fluminense erhielt 4 Mio Hektar. Die paraguayischen Behörden, die skrupellos gegen das Gesetz verstößen, das die Verpachtung von Grundstücken über 300 000 ha an ausländische Firmen untersagt, haben diesen und anderen Konzessionsbesitzern zahlreiche Vorteile zum Nachteil des Landes eingeräumt. Insbesondere stehen die Abkommen mit diesen Konzernen unter der Klausel, daß Paraguay nur 11% des geförderten Öls erhält.

Das Ergebnis einer solchen Konzessionspolitik führt dazu, daß 84% der Wirtschaft Paraguays vom Auslandskapital kontrolliert werden.



Berichten Sie bitte über die Internationale Vereinigung für politische Wissenschaften!

K. NIKOLAJEW
Leningrad

Die Internationale Vereinigung für politische Wissenschaften (IPSA) wurde 1949 unter Schirmherrschaft der UNESCO gegründet. Sie ist im Internationalen Rat für Sozialwissenschaften vertreten. Die IPSA will die Entwicklung der politischen Wissenschaften in der ganzen Welt durch die Schaffung und Aktivierung der nationalen Verbände, durch die Verbreitung von Informationen über Arbeiten in den politischen Wissenschaften, durch die Veranstaltung wissenschaftlicher Konferenzen und die Herstellung persönlicher Kontakte zwischen den Wissenschaftlern fördern.

Der IPSA gehören nationale Verbände und einzelne Wissenschaftler aus mehr als 40 Ländern an. Auf dem 11. IPSA-Weltkon-

greß (August 1979, Moskau) waren ca. 1600 Wissenschaftler aus 60 Staaten vertreten.

Die Sowjetische Vereinigung für politische Wissenschaften ist seit 1961 Kollektivmitglied der IPSA.

Höchstes IPSA-Organ ist ein Rat aus Vertretern der nationalen Verbände sowie aus Einzelmitgliedern, die das Exekutivkomitee für die Länder ohne Kollektivmitglieder ernannt. Der Rat tritt alle drei Jahre zu einer Tagung zusammen. Zwischen den Ratssitzungen leitet ein 10- bis 15köpfiges Exekutivkomitee (u. a. Präsident und Vizepräsident, die vom Rat gewählt werden) die IPSA-Tätigkeit.

Das Sekretariat der Vereinigung befindet sich in Ottawa.

PS

Ein bröckelndes Symbol



Der Engländer Edwin Drummond und der Amerikaner Stephen Rutherford waren angeklagt, der Freiheitsstatue in New York Beschädigungen im Wert von 80 000 Dollar beigebracht zu haben. Sie hatten sie aus Protest gegen die Festnahme eines Kämpfers für die Gleichberechtigung der Neger in den USA ersteigert, und so sei es geschehen. Der Prozeß endete mit einer Blamage. Es stellte sich heraus, daß die Statue schon seit 40 Jahren nicht von Fachleuten untersucht und in dieser Zeit von Witterung und Smog schwer angegriffen worden war. Wie Prof. Norman Weiss von der Columbia University sagte, ist das Symbol der amerikanischen Freiheit „schneller defekt geworden, als zu erwarten gewesen war“. Die Anklage gegen die beiden mußte niedergegeschlagen werden.

Wenn's nun mal steht ...

In Peking geht die „qualvolle Umwertung“ des Denkens und Tuns von Mao Zedong weiter. Zugleich entscheidet man, welche Denkwürdigkeiten zu Lob und Preis des „großen Steuermanns“ stehenbleiben sollen. In einem kürzlichen Interview, das Deng Xiaoping der italienischen Journalistin Oriana Fallaci gab, sagte er folgendes: „Uns stehen Maos Ver-

dienste an erster und seine Fehler bloß an zweiter Stelle.“ Das sieht so aus: Sein Bild auf dem Pekinger Tiananmen-Platz bleibt als Anerkennung seiner Verdienste. Was aus Maos Pantheon werden soll, ist noch unklar. Deng sagt, es sei ein Fehler gewesen, den Bau aufzuführen, da er aber nun einmal stehe, wäre es „peinlich“, etwas daran zu machen.

Hoher, aber nicht willkommener Gast

Ende Oktober stattete der Präsident Israels, Yitzhak Navon, Ägypten einen Besuch ab. Sämtliche Sicherheitskräfte wurden aufgeboten, Unmuts- und Protesterklärungen aus dem Volk gegen den Gast zu unterbinden. Und doch... Sadat mußte das Programm für den Besuch mehrmals ändern und z. B. den Besuch in einem Hüttenwerk aufschieben, weil die Arbeiter und die Gewerkschaft entschieden dagegen waren, den Gast zu empfangen. Auch die Theater Kairos weigerten sich, Vorstellungen für Navon zu geben. Schließlich mußte eine Sondersitzung der Volkskammer abgesagt werden, weil viele Abgeordnete angekündigt hatten, sie würden den Sitzungssaal sofort beim Erscheinen des Gastes am Rednerpult verlassen.

Kriegspsychose — ein Geschäft



Der Stubenmaler Symack aus dem Städtchen Mori-

ches (Staat New York) hat auf den Handel mit Konserven umgesattelt, die besonders lange aufbewahrt werden können. Warum nur mit solchen? Weil in den USA schon ziemlich viele Leute unter dem Eindruck der militaristischen Psychose zu hamstern angefangen haben. Daraus machen sich Einzelgänger wie Symack und große Firmen ein Geschäft. J. Starr, Präsident einer Handelsgesellschaft, sagte händereibend: „Ich habe soeben einem Kunden aus Albany Konserven für 12 000 Dollar verkauft. Er will sie in einem speziell eingerichteten Keller aufbewahren — bis zur globalen nuklearen Katastrophe.“

Unschönes aus Schönheitssalons



Der Britische Medizinerverband hat festgestellt, daß die Schönheitssalons in England ihre Klienten nicht nur ausplündern, sondern auch gesundheitlich schädigen. Ein Patient konnte, nachdem ihm die Tränensäcke wegoperiert worden waren, die Augen überhaupt nicht mehr zumachen. Ein anderer mußte sich nach einer Schönheitsoperation an der Nase, die ihn über 1000 Pfund kostete, noch fünfmal operieren lassen, so unsachgemäß war die erste ausgeführt worden.

Mit „gutem“ Beispiel voran

Der südkoreanische Diktator Chon Du Hwan nennt sich gern einen Verfechter der Demokratie und Schützer der Bürgerfreiheiten, von denen er allerdings eine sehr merkwürdige Vorstellung hat. Vor kurzem hat er nämlich 617 Periodika, den vierten Teil

aller südkoreanischen, verboten, offenbar, damit sich die Herausgeber der anderen die Pressefreiheit genauso wie er selbst vorstellen.

Auf Biegen oder Brechen

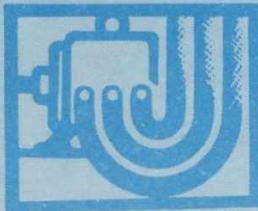
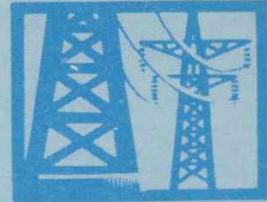
Um die Invasion japanischer Waren auf die Märkte der USA zum Stillstand zu bringen, lassen sich deren Behörden immer neue Gegenmaßnahmen einfallen. Der „New York Times“ zufolge hat das amerikanische Konsulat in Tokio den größten japanischen Gesellschaften und Banken mitgeteilt, die Ausstellung von Einreisevisa für Geschäftsleute, die nach den USA fahren wollen, sei von jetzt an viel komplizierter und könne sogar verweigert werden. Nach Ansicht der Betroffenen wollen die US-Behörden damit bei den Konkurrenten der US-Firmen „Ratlosigkeit“ stiften.

Die nicht genug kriegen können



Ein Gericht in England sprach die saudische Prinzessin Noura Al Saud schuldig, in einem Londoner Warenhaus eine Armspange, fünf Paar Manschettenknöpfe, einen Ring und Ohrgehänge für insgesamt ca. 18 Pfund Sterling gestohlen zu haben. Sie war geständig. Gemeinsam mit ihrem Gatten, einem saudischen Prinzen, befand sie sich auf einer Vergnügungsreise in England. Britische Zeitungen schreiben sarkastisch, der Prinz habe ein Monatseinkommen von 12 000 Pfund Sterling, und seine Dame habe, als sie festgenommen wurde, 350 Pfund in ihrem Handtäschchen gehabt.

Zeichnungen: W. Rosanzew



PARTNER IN MEHR ALS 65 LÄNDERN!

V/O ENERGOMACHEXPORT

EXPORTIERT

Ausrüstungen für Wärme-, Wasser-, Gas- und Dieselkraftwerke, darunter: Dampfturbinen und -kessel, Turbogeneratoren, Dieselmotoren und -dynamos, Elektro- und Benzinmotoren, Benzinaggregate, Hochspannungs- und Niederspannungsausrüstungen, Leistungstransformatoren und Meßwandler, industrielle Elektroöfen, Eisenbahnausrüstungen, städtische elektrische Verkehrsmittel und Elektroenergie;

IMPORTIERT

Elektroschweiß-, Gasschweiß- und Gasschneidausrüstungen sowie ergänzende Anlagen für alle exportierten Erzeugnisse und kauft Ausrüstungen für Bauvorhaben in anderen Ländern.

AUF WUNSCH DES AUFTRAGGEBERS OFFERIERT UNSERE FIRMA DAS KNOW-HOW UND LIZENZEN, ÜBERNIMMT PROSPEKTIERUNGS-, PROJEKTIERUNGS- UND MONTAGEARBEITEN BEIM BAU VON ENERGIEANLAGEN, UNTERWEIST NATIONALE KRÄFTE IN DER WARTUNG SOWJETISCHER MASCHINEN UND LIEFERT ERSATZTEILE ZUR OFFERIERTEN TECHNIK.

UdSSR, 127 486, Moskau, Deguninskaja ul. 1, Korp. 4.

Fernruf: 487 31 82,

Telex: 411 965 ENEK SU.

ENERGOMACHEXPORT

Majestätisch ist die Natur Nikaraguas mit ihren ewig grünen tropischen Wäldern, den Bergseen und den Vulkanen. Es gibt hier Kupfer- und Goldlager. Die Täler der Republik mit ihren Baumwoll- und Kaffeefeldern, Mais- und Zuckerrohrfeldern sind überaus fruchtbar. Begabt und fleißig sind die Nikaraguaner.

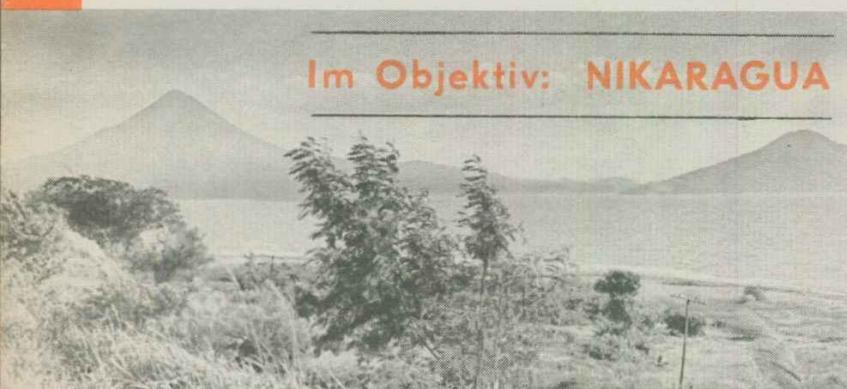
Doch weder der Reichtum der Natur noch das Talent und der Fleiß konnten das Volk vor Armut und Hunger, vor Krankheiten und Analphabetentum bewahren, unter denen die Menschen



Schüler Managuas bei einem Kinderfest anlässlich des ersten Jahrestages des Sieges der Revolution

Der Nationalpalast, umbenannt in Palast der Helden der Revolution

Im Objektiv: NIKARAGUA



Blick auf den Vulkan Momotombo

während der Herrschaft des Mörderclans der Somozas fast 50 Jahre litten.

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit das bewaffnete Volk Nikaraguas unter Führung der Sandinistischen Befreiungsfront die Verbrecherclique vertrieb.

Eine historisch kurze Zeitspanne, in der sich große Umwandlungen vollzogen haben. Die erste Etappe der Alphabetisierungskampagne, die Hundertausende Arbeiter und Bauern erfaßte, ist abgeschlossen. Die Pro-



Bei der Kaffee-Ernte

Alphabetisierungskampagne auf dem Lande



Wiederaufbau in der Hauptstadt



Immer auf dem laufenden

Fotos:
W. Wessenski
und TASS

duktion in den Fabriken läuft wieder an. Auf Ländereien, wo der Somoza-Clan und seine Schleppenträger gewirtschaftet hatten, entstanden prosperierende Genossenschaften und Staatsgüter. Ein Wohnungsbau- und ein Beschäftigungsprogramm wurden in Angriff genommen. Große Aufmerksamkeit gilt der Wiedergeburt der nationalen Kultur, der Entwicklung des Bildungs- und des Gesundheitswesens. Gewerkschaften und andere Massenorganisationen festigten ihre Reihen. Überall sind die sandinistischen Komitees zum Schutz der Revolution aktiv...